

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 RM, monatlich 1,10 RM.
 Einzelhefte 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 8 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Streifenband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Erklärungen und Geschäftsverhand-
 lungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Separatistische Budgetbewilligung

Aus Wien wird uns vom 22. Juli geschrieben:

Wer die schweren und ersten Debatten in Erinnerung hat, die sich an die Budgetabstimmung in den drei süddeutschen Bundesstaaten vor und in Nürnberg geknüpft haben, wird vielleicht mit Verwunderung hören, wie einfach es mit einer derartigen Budgetbewilligung anderswo zugeht und mit welchen Gründen sie „gerechtfertigt“ werden kann. Allerdings ist es bei den tschechischen Separatisten geschehen, und diese haben sich von den Grundfragen der internationalen, klassenbewußten Sozialdemokratie doch auf allen Gebieten recht weit entfernt. Am letzten Freitag haben in dem neugewählten mährischen Landtag die Separatisten für das provisorische Budget gestimmt, und die Budgetbewilligung ist keineswegs ein Seitenstück jener mährischen Linie des Separatismus, der sich in Verleugnungen des Klassenkampfes seit jeher gefallen hat; vielmehr beruht die Abstimmung auf einem Beschluß, dem der Parteivorstand vorweg seine Zustimmung gegeben hat, weshalb diese mährische Abstimmung für die Entwidlungsfähigkeit des Separatismus zur völligen Grundlosigkeit ein denkwürdiges Zeugnis bietet. Und damit die internationale Welt die sozialdemokratischen Qualitäten der tschechischen Separatisten einmal genau erkenne und davon geschützt bleibe, sich von dem Phrasenschwall, den sie bei internationalen Gelegenheiten so reichlich handhaben, das Urteil verwirren zu lassen, müssen die Tatsachen dieser Abstimmung genau dargelegt werden.

Von irgendwelchen sachlichen Gründen für diese Budgetbewilligung, die erste in Österreich, ist natürlich keine Rede. Die Separatisten können sich darauf nicht berufen, wie es bei den süddeutschen Abstimmungen der Fall gewesen ist, daß sie etwa die meisten Stimmen des Staats in der Spezialdebatte genehmigt hätten, und wegen ihrer einwandfreien Art hätten genehmigen dürfen, monach die Gesamtabstimmung nur die Konsequenz ihrer Einzelabstimmung gewesen wäre. Von all dem ist hier keine Rede; handelt es sich doch nur um ein Provisorium — um die Generalexekution an den Landesauschuss zur Einhebung der Steuern und Leistung der Ausgaben — und zwar für das letzte Viertel des Jahres; die Separatisten können also nicht einmal geltend machen, daß sie auf den Inhalt des Staats-Einkaufs genommen hätten, geschweige denn, daß sie ihn in irgendeiner ausschlaggebenden Weise bestimmt hätten. Gaben sie doch gegen die zwei ersten Viertel des Staats im letzten Landtag selbst gestimmt — der dritte ist durch die Landtagsauflösung ohne Zustimmung des Landtags geblieben — also schon durch das eigene Votum bekräftigt, daß es die sozialdemokratische Zustimmung nicht finden könne! Und das, was jetzt bewilligt wurde, ist derart, daß es von Vertretern der Arbeiter nie bewilligt werden darf! Die Einnahmen der Länder werden in Österreich durch Zuschläge auf die staatlichen Steuern, in der Hauptsache auf die Haus- und Hauszinssteuer beschafft, also durch Zuschläge auf die antisozialsten Steuern, denen die schreckliche Wohnungssteuerung in Österreich vor allem zuzurechnen ist. Und in Mähren tragen diese Zuschläge 61 Proz. (in Niederösterreich 29 Proz.); und diesem verrotteten Steuersystem haben die Separatisten ihre Zustimmung gegeben! Ebenso ungeheuerlich ist die Abstimmung in Hinblick der Verwaltung, der die Separatisten mit ihrer Bewilligung ein so uneingeschränktes Vertrauensvotum erteilt haben. Die Länder besitzen in Österreich neben der staatlichen auch eine autonome Verwaltung, die sogenannten von den Landtagen gewählten Landesauschüsse. Der mährische wird nun aus zwei hochprivilegierten Großgrundbesitzern, zwei deutschbürgerlichen und vier tschechischbürgerlichen Abgeordneten gebildet: eine Klassenvertretung der Besitzenden, wie sie Schroffer gar nicht ausgeführt werden könnte. Und die Separatisten zögern nicht, der kontrolllosen Auslieferung der Landesverwaltung an diese echten Arbeiterfeinde mit ihren Stimmen zu bekräftigen! Man wird wohl sagen dürfen, daß eine derartige skandalöse Abstimmung in der europäischen Internationale noch nie erlebt worden ist!

Ebenso wenig sind für die Bewilligung auch irgendwelche zwingende oder plausible politische Gründe aufzutreiben. Weder ist die Konstellation im Landtag so, daß die Bewilligung gefährdet worden wäre, noch so, daß von einer Ablehnung ein Nachteil zu befürchten war. Für die Bewilligung standen vorweg (151 Mitglieder hat der Landtag) 96 Stimmen parat; es wäre also auf die sieben Separatisten wahrlich nicht angekommen. Nicht einmal der Scheingrund, den die Separatisten vorbringen — und was ist das für ein „Grund!“ — ist stichhaltig. Sie wollen für den Etat nämlich deshalb gestimmt haben, um der deutschen Minorität im Landtag die Gelegenheit zu entziehen, die Abstimmung zur Erpressung „nationaler Konzessionen“ zu mißbrauchen. Wohl eine laudable Auffassung der nationalen Beziehungen in einem von zwei Nationalitäten bewohnten Lande und namentlich eine löbliche Auffassung bei Tschechen, die „nationale Konzessionen“ ununterbrochen fordern und von den unerbürdlichen Rechten der Minorität, wenn sie die Minorität sind, in den bewegtesten Worten zu reden pflegen! Aber von der Beschaffenheit dieses Arguments, daß die nationalistische Ent-

artung des Separatismus deutlich aufzeigt, ganz abgesehen: der ganze Vorwand selbst ist der aufgelegte Schwindel. Erstens war weit und breit von nationalen Forderungen der Deutschen nichts zu sehen, weil einleuchtenderweise ein Budgetprovisorium dazu gar keine Gelegenheit wäre; zweitens haben die Tschechen allein im Landtag gar nicht die Mehrheit, sind also immer auf die Stimmen der Großgrundbesitzer angewiesen, und drittens war die Abstimmung der Großgrundbesitzer keinen Augenblick fraglich — weil sie für das Budget, das doch geradezu ihr Budget ist, immer stimmen —, die Mehrheit also auch ohne die Separatisten gesichert, weshalb auch die deutsche Opposition den Landtag nichts ins Gedränge bringen konnte. Was die Separatisten zur Rechtfertigung ihres ehrlosen Verhaltens vorbringen, sind also keine Gründe, sind leere Ausreden. Und daß sie nur diese dummen Beschönigungen vorbringen können, deren Nichtigkeit auf der Hand liegt, beweist sonnenklar, daß ihre Abstimmung ganz andere, und zwar höchst zweifelhafte Gründe hat.

Die Abstimmung der Separatisten ist eben nur aus ihrer allgemeinen politischen Haltung zu begreifen: aus ihrer Feindschaft vor der nationalen Verfehlung und aus ihrem heißen Wunsch, wie es einer ihrer Wortführer einmal so charakteristisch sagte, in den „Schloß der Nation“ wieder aufgenommen zu werden. Sie wollen vor ihrem Bürgertum unter allen Umständen als „gute Tschechen“ dastehen; sie wollen die letzten Zweifel an ihrer chauvinistischen Verlässlichkeit tilgen; sie wollen, insbesondere wegen der Geschäfte bei Wahlen, dazum, daß zu dem „Mißtrauen“, zu dem sie den Chauvinisten einmal, als sie eben noch internationale Sozialdemokraten waren, Anlaß gegeben haben mögen, heute kein Grund mehr, aber schon gar kein Grund mehr vorhanden sei. Daß die Separatisten alle nationalistischen Ausdeutungen bedenkenlos mitmachen, genügt zur Erhärtung ihrer „tschechischen Zuverlässigkeit“ noch immer nicht; sie mußten das Sozialdemokratische ganz beiseite werfen und sich in die tschechische Mehrheit vorbehaltlos einfügen; dann erst haben sie die Feuersprobe bestanden, dann erst erscheinen sie als vollwertiges Glied des „tschechischen Volkes“! Und weil die Separatisten ihre Pflicht begriffen, haben sie sich, ohne daß der geringste sachliche Anlaß vorlag, zu dieser Budgetbewilligung einfach gedrängt! Klassengegenos, Klassenkampf, diese altfränkischen sozialdemokratischen Auffassungen haben die Herren Separatisten gründlich überwunden; ihr Wortführer verkündete stolz im Landtag (man muß das wörtlich vernehmen):

Als Vertreter der Arbeiterschichten der tschechischen Nation in Mähren fühlen wir uns als Teil der tschechischen Majorität in diesem Landtag. Wir würden es für uns und für die Schichten, die wir vertreten, als Verleumdung erachten, wenn wir aus dieser Majorität ausgeschlossen werden sollten. Die tschechische Arbeiterschaft erfüllt alle Pflichten ihrer Zugehörigkeit zur Nation als selbstverständlich, und nur jemand, der aus kurzfristiger Parteifeindschaft, daß der Kampf der tschechischen Nation um eine bessere Zukunft ohne Teilnahme der Arbeiter nicht mit Erfolg zu führen und auszulämpfen ist, könnte uns als ihre Vertreter aus der Nation oder deren Repräsentation ausschließen.

Nach dieser Erklärung wird sich über diese Budgetbewilligung der Separatisten wohl niemand mehr im unklaren sein, wird sie jedermann als das würdigen, was sie in Wahrheit ist: die völlige Abkehr von den Ueberzeugungen des klassenbewußten Proletariats, das unerbüllte Einschwenken in die bürgerlich-nationale Welt, zu der sich die Separatisten bekennen und in der sie freudig Platz nehmen! Die Zurückentwicklung der Partei des revolutionären Klassenkampfes zu einem Anhängel der bürgerlich-nationalistischen Parteien ist nun vollendet, und keinerlei Phrasen, die die Routine noch behalten hat, werden diesen wahren Sachverhalt mehr zu vertuschen vermögen.

Der verpatzte Kreuzzug.

Vor neun Monaten zogen die christlichen Balkanstaaten in vermeintlich treuer Waffenbrüderschaft gegen den Halbmond. Ein Kreuzzug sollte es sein im Namen des Christengottes. Im Namen des Gottes der Nächstenliebe fand das blut- und greuelvolle Ringen statt, das zur Niederwerfung der Türkei führte. Aber kaum waren die Osmanenheere vernichtet, da wandten sich die Raub- und Raubgelüste gegen den christlichen Bundesbruder, und ein zweiter Krieg hub an, blutiger, barbarischer und grausamer als der erste. Die Vormacht des Balkanbundes, Bulgarien, verblendet durch eine unerfüllte Eroberungspolitik, erlag den Schlägen der einstigen Bundesgenossen; die schon zur Ohnmacht verurteilte Türkei wachte den allen christlichen Phrasen höhnisch sprechenden Bruderzwist aus. — der Halbmond flattert heute wieder über all den Städten Thraziens, aus denen er im Oktober vorigen Jahres in kurzem Siegeslaufe von den Bulgaren verdrängt war. Die Weltgeschäfte hat in wenigen Wochen die blutigste Satire erlebt, die jemals auf kriegerisches Razarenentum geschrieben worden ist.

Die leider noch wenig zahlreiche Sozialdemokratie in den Balkanländern hat vor Beginn des Krieges all die Konflikte,

die Greuel und Blutopfer vorausgesagt. In Belgrad und Sofia haben unsere Genossen darauf hingewiesen, daß hinter den christlichen Kreuzzugsphrasen sich nur dynastische und nationalistische Sonderinteressen bergen, daß die Völker ihr Gut und Blut für ein Ziel einsetzen, das viel besser und gründlicher durch eine friedliche Föderation der Balkanstaaten auf gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Grundlage zu erreichen sei. Man hat sie verlacht und verspottet. Die Riesenzahl der Getöteten und Verwundeten, der vom Nationalhaß niedergemetelten friedlichen Einwohner, die rauchenden Trümmer niedergebrannter Dörfer und Städte führen jetzt eine zu eindringliche Sprache, als daß in Zukunft die Mahnungen der Sozialisten ein ebenso schwaches Echo finden werden als vor Ausbruch des Krieges. Nach Beendigung des Nordens wird der Sozialismus auch im Proletariat der Balkanstaaten seine Werbekraft erweisen. Das ist der einzige Lichtblick, den die zwei Akte der blutigen Balkantragödie für die Zukunft eröffnen.

Noch am späten Nachmittag des Dienstag verkündete eine Depesche aus Sofia, daß die Bulgaren noch Herren Adrianopels seien. Am Abend aber kam die Meldung, daß die kleine bulgarische Besatzung ohne Kampf Adrianopel und Kirklisse, diese beiden Stätten bulgarischer Kriegsrühmes, geräumt hat. Die Türken richteten sich in dem mit leichter Mühe wieder erworbenen Gebiet häuslich ein. Die bulgarische Regierung fühlte sich des thyrasischen Besitzes so unbedingt sicher, daß sie alle Truppen herauszog, um sie gegen die einstigen Kreuzzugsgefährten zu führen.

Die klüglichsche Rolle bei alledem spielt die Diplomatie der Großmächte. Die Türkei erklärt ganz einfach, daß sie den Londoner Präliminarfrieden so gut wie für null und nichtig ansehe, nur die äußerste Gewalt könne sie wieder aus Adrianopel treiben. Und Griechenland und Serbien schließen sich dieser türkischen Auffassung an. Die Vertreter der Großmächte führen jetzt große Worte gegen die Türkei im Munde, um ihre eigene Ratlosigkeit und egoistischen Gründen entspringende Zerfahrenheit zu verschleiern.

Der Einzug der Türken in Adrianopel.

Konstantinopel, 23. Juli. Eine unabhängige Kavalleriekolonne unter dem Obersten Ibrahim und eine fliegende Infanteriekolonne unter Ender Bey sind heute früh in Adrianopel eingezogen. Sie hatten mit den bulgarischen Truppen einen kurzen Kampf zu bestehen. Die Bulgaren hatten vorher die Munitionsdépôts und einige Regierungsgebäude in die Luft gesprengt. Der zum Wali von Adrianopel ernannte frühere Minister des Innern Dabshi Ali ist auf seinen Posten abgereist. Gleichzeitig haben sich dreihundert Gendarmen unter dem Obersten Fauson Bey nach Adrianopel begeben. — Sechshundert bulgarische Gefangene wurden hierher gebracht.

Der Abzug der Bulgaren.

Sofia, 23. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Unter dem Trude zahlreicher regulärer türkischer Truppen, die Montagabend vor Adrianopel erdienten, war die kleine bulgarische Garnison, die sich in der Stadt befand, genötigt, sich zurückzuziehen, ohne Widerstand zu leisten. Dienstag früh besetzten die Türken die Stadt und begingen dort furchtbare Grausamkeiten. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik. Demselben Schicksal wie Adrianopel verfiel Kirklisse, dessen schwache bulgarische Garnison sich gleichfalls zurückzog. Auch dort wurden die Einwohner niedergemetelt.

Die Türkei gegen das Londoner Protokoll.

Konstantinopel, 23. Juli. Zu der Frage des neuen Protokolls, über das gegenwärtig zwischen Türkei, Serbien und Griechenland verhandelt wird, wird von zuständiger Seite erklärt: Das Dokument, über dessen Benennung noch nicht entschieden ist, wird hauptsächlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen festsetzen und die Wiederherstellung des Friedens in sich schließen, ohne andere Einzelheiten zu enthalten, die später geregelt werden sollen. Der Londoner Präliminarfriedensvertrag wird, ohne im Prinzip aufgegeben zu werden, infolge der durch die Besetzung Adrianopels geschaffenen Lage und unter dem in der letzten türkischen Zirkularnote entwickelten Gesichtspunkt als nicht zutreffend angesehen.

Neue Kämpfe.

Belgrad, 23. Juli. (Meldung des Serbischen Pressebureaus.) Bei Piroz haben zwei bulgarische Bataillone mit einem Maschinengewehr die serbischen Vorposten in Garban angegriffen. Der Feind wurde mit beträchtlichen Verlusten in der Richtung des Dorfes Monze auf bulgarisches Gebiet zurückgewiesen. Bei Detshani und Kladenak hat der Feind unerwartet die serbischen Vorposten auf der Grenzlinie angegriffen. Es gelang ihm, auf kurze Zeit einige Kilometer weit in serbisches Gebiet einzudringen. Die serbischen Truppen erhielten jedoch Verstärkungen und der Feind wurde wieder über die Grenze zurückgeworfen. Am gestrigen Tage und in der Nacht versuchte der Feind einen Angriff von Lenher in der Richtung auf Klässina. Er wurde jedoch zurückgeworfen.

und erlitt beträchtliche Verluste. In der Gegend von Egri Balanka spielten sich auf dem äußersten linken Flügel Kämpfe an der Grenzlinie ab, die ohne große Bedeutung sind. In der letzten Nacht versuchten die Bulgaren in der Richtung von Jaremo Selo einen Angriff auf die serbischen Truppen. Die serbischen Truppen waren jedoch auf ihrer Hut und konnten aus Erfahrung die verdeckte bulgarische Taktik. Sie warfen die Bulgaren rasch in ihre alten Stellungen zurück. Heute früh 8 Uhr versuchte der Feind seinen Angriff zu wiederholen. Der Kampf dauerte mit Unterbrechungen den ganzen Tag über an. Die serbischen Truppen haben vollständige Fühlung mit den griechischen Truppen.

Die Serben auf bulgarischem Gebiet.

Belgrad, 23. Juli. (Meldung des Presse-Bureaus.) Die serbischen Truppen zogen nach erbittertem Kampfe bei St. Nikola gegen die Bulgaren, welche die Stadt Anzabewatsch und Dörfer am Timok plünderten, siegreich in Velogradischki, einer von Serben bewohnten Stadt (?) in Bulgarien, ein, wo sie von der Bevölkerung begeistert begrüßt wurden. Gleichzeitig zogen serbische Truppen aus Rajetschar in die Stadt ein. Die serbischen Truppen erbeuteten 32 Geschütze, 17 Munitionswagen, 3000 Gewehre, ein Maschinengewehr, ein Feldhospital und eine große Anzahl Lebensmittel.

Bulgarische Klagen über Grausamkeiten der anderen.

Sofia, 23. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Griechen haben in der Mädchenschule in Serres 93 Bulgaren eingeschlossen, unter denen sich außer Bewohnern der Stadt zehn Soldaten und vier Gendarmen befanden, und sie getötet. Die Leichen wurden sämtlich am 11. Juli von den bulgarischen Behörden aufgefunden.

Griechische Kavallerie plünderte das bulgarische Dorf Harjubo im Distrikt Kükütsch und machte dort alle Greise, Frauen und Kinder nieder. Ueber 800 Familien aus den Bezirken Keschin, Malgara und Wundsprü sind auf der Flucht vor den Türken in Bulgarien angekommen und andere langen noch unaufhörlich an. Der Kommandant der bulgarischen Truppen in Küstendil berichtet, daß serbische Truppen, die in den Distrikt Wozilgrad eingedrungen waren, das Dorf Doukat vollständig geplündert und eingeschert haben. Im Distrikt Malgara zerstörten die Türken sieben Dörfer und verewaltigten dort die Frauen. Auch der bulgarische Marktflecken Harlagundi wurde geplündert.

Die Friedensverhandlungen.

Bukarest, 23. Juli. (Amstich.) Griechenland und Serbien stimmen dem Vorschlage Rumaniens zu, daß die Präliminarien und der Friede in Bukarest unterzeichnet werden. Griechenland stellt das Verlangen, daß der Waffenstillstand gleichfalls in Bukarest unterzeichnet werde. Die bulgarische Regierung hat auf die letzte rumänische Note mit der Erklärung geantwortet, daß sie die formulierten Hauptpunkte annehme und hoffe, daß die nebensächlicheren Punkte keine Schwierigkeiten bieten werden. Die Verhandlungen betreffend die Friedenspräliminarien und den Waffenstillstand werden gleichzeitig begonnen werden müssen, da die Verhandlungen einen Waffenstillstand herbeiführen können. Die rumänische Regierung beauftragte den Unterchef des Generalstabs Obersten Christescu, welcher sich gegenwärtig in Belgrad befindet, sich nach Risch zu begeben.

Wie das Wolffsche Bureau berichtet und — berichtet.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: „Das Wolffsche Bureau will sich also außer einem Uebersetzungsfehler in seinem vom 'Vorwärts' am 18. d. M. kritisierten Kammerbericht nichts haben zuschulden kommen lassen. Die Darstellung der Abstimmung über die Tagesordnung Denis-Roel, erklärt es, sei vollkommen korrekt und darum die Kritik des 'Vorwärts' gänzlich unbedeutend gewesen. Sehen wir, da sich das Wolffsche Bureau auf das Detail der Abstimmung beruft, einmal zu, wie es sich damit verhält:

Die Verhandlung am 11. d. M. hatte sich um sechs Internationalen bewegt. Von diesen betraf eine die Wahregeln, die die Regierung gegen die die Soldatendemonstrationen „antistenden“ revolutionären Organisationen zu treffen beabsichtige, eine zweite diese Kundgebungen selbst und die Wahregeln gegen sie und gegen die „Antistiter außerhalb der Armee“, die vier anderen die ungesetzlichen Hausdurchsuchungen und die arbeiterfeindliche Gewaltpolitik der Regierung. Nach Abschluß der Debatte kam die Abstimmung über die eingebrachten Tagesordnungen daran. Die erste, vom „unabhängigen Sozialisten“ Breton beantragte, tadelte die „antipatriotischen Umtriebe“ und betonte die Notwendigkeit, die Disziplin in der Armee und die Achtung vor den Befehlen aufrecht zu erhalten, setzte aber hinzu: „aber auch die Notwendigkeit, die strenge Beobachtung der gesetzlichen Formen und Wahrscheinlichkeiten für alle zu sichern“. Dieses Nebenjages wegen, der, wie Breton ausdrücklich nach einer Intervention Barthous erklärte, einem Mißtrauensvotum gleichkam, forderte Barthous unter Stellung der Vertrauensfrage, der Tagesordnung die geforderte Priorität zu verweigern. Eben darum stimmten die Sozialisten für die Priorität, ohne natürlich damit den ganzen Inhalt der Bretonischen Tagesordnung zu billigen. Dieser wurde die Priorität mit 387 gegen 199 Stimmen verweigert. Nun war die Reihe an der Tagesordnung der Deputierten Denis und Roel. Sie lautete:

„Indem die Kammer die Kundgebungen tadelte, zu denen sich die Soldaten mehrerer Garnisonen haben fortsetzen lassen und die zu ihrer Unterdrückung von der Regierung getroffenen Maßnahmen billigt, drückt sie ihr Vertrauen zur Enschlossenheit der Regierung aus, die Wiederkehr der Kundgebungen zu verhindern und die Strenge des Gesetzes gegen die antimilitaristische Propaganda zur Anwendung zu bringen, verwirft jeden weiteren Zusatz und geht zur Tagesordnung über.“

Im Namen einiger radikaler Deputierter beantragte der Deputierte Paul Boncour, die Tagesordnung zu teilen und zwar nach den Worten: „die zu ihrer Unterdrückung getroffenen Maßnahmen billigt“. Der Sinn dieser Teilung ist klar. Die Bürgerlich-Radikalen wollten die Soldatendemonstrationen sowie die gegen sie getroffenen Maßnahmen tadeln, da sie auf dem Standpunkt des bürgerlichen „Patriotismus“ stehen und sich nicht von den reaktionären „Antipatriotismus“ vorwerfen lassen wollten. Die Sozialisten, die keinen Grund haben, sich vor der reaktionären Demagogie zu fürchten, und die Unterdrückungsmaßregeln mißbilligen, stimmten natürlich gegen diesen ersten Teil der Tagesordnung. Er wurde mit 431 gegen 72 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde eine weitere Teilabstimmung vorgenommen und zwar über den Satz: „drückt sie ihr Vertrauen zur Enschlossenheit der Regierung aus, die Wiederkehr der Kundgebungen zu verhindern.“ Dies war die Hauptabstimmung, denn sie hatte das Vertrauen zur Re-

gierung zum Gegenstand. Der Deputierte Breton erklärte ausdrücklich: „Wir stimmen gegen diesen Teil. Denn wir haben kein Vertrauen zur Enschlossenheit einer Regierung, die unter ihrer Brutalität eine dauernde Enschlossenheit verbirgt.“ Die Abstimmung erfolgte wie die zwei vorhergehenden durch Stimmlinien. Sie ergab 383 Stimmen dafür, 158 Stimmen dagegen.

Damit war alles wesentliche erledigt, alles übrige eine bloße Formalität. Das könnte nur jemand leugnen, der vom Mechanismus des französischen Parlamentarismus keine blasse Ahnung hat. Die Regierung hatte das Vertrauen von einer großen Mehrheit ausgedrückt bekommen, die Sozialisten ihren prinzipiellen Standpunkt durch ihre Abstimmung über den ersten Teil klar ausgedrückt. Der dritte Teil der Tagesordnung hatte keinen neuen politischen Gehalt mehr, er war nur eben ein Rest und wurde dann, gleich der Tagesordnung im ganzen, durch die rasche, bedeutungsloseste Form der Abstimmung erledigt. Das ist in der Tat durch „Händeaufheben“ geschehen. In der Praxis vollzieht sich das in einer solchen Situation in der Weise, daß die Hand aufhebt, wer gerade aufsteht, seine sieben Sachen nicht zusammenpackt oder nicht schon das Weite gesucht hat. Es ist daher völlig sinnlos, eine Abstimmung nach einer Interpellationsdebatte nicht nach den Skrutinien, sondern nach dem Bild einer auseinanderlaufenden Kammerzerstreuung charakterisieren zu wollen. Die Bedeutungslosigkeit dieser Abstimmungen geht auch schon daraus hervor, daß der stenographische Bericht einfach verzeichnet: „wird angenommen“, ohne zu sagen, ob mit oder ohne Opposition.

Der Wolffsche Bericht setzt freilich aus eigenem die Worte „fast einstimmig“ hinzu und hebt just den letzten Abschnitt der Tagesordnung hervor, der, wie wir gezeigt haben, in der gegebenen Situation ebenso jede Bedeutung verloren hatte, wie dann die Tagesordnung als Ganzes. Von entscheidender Bedeutung ist die Schlussabstimmung über ein Gesetz, hier aber ging es eben nur um eine im Augenblick für den Fortbestand der Regierung entscheidende Formel, der ihr Genüge schon durch die zwei Skrutinien geschehen war.

Man betrachte aber nur den Wolffschen Bericht! Er gipfelt gerade in dem Satz: „Der letzte Abschnitt, der die ganze Schärfe des Gesetzes gegen die Antimilitaristen fordert, wurde fast einstimmig angenommen.“ Und im Passus vom „Händeaufheben“. Der in die Details des parlamentarischen Verfahrens in Frankreich und des journalistischen Verfahrens im Wolffschen Bureau nicht eingeweihte Leser sieht da förmlich eine Renaissancie des „Schwurs im Volkhaus“ von 1789 — eine Kammer, die einstimmig — die Sozialisten inbegriffen — mit feierlichen Gebärden die Rache des Gesetzes gegen die Antimilitaristen herausbeschwört!

Ist es danach unrichtig, wenn der 'Vorwärts' gesagt hat: „Dieser ganze Bericht ist falsch! Ist er nicht in der Tat ein klassisches Beispiel von berufslicher Unfähigkeit und Schlämpererei und von offizieller Unberücksichtigung? Doch wer möchte an die Harmlosigkeit dieser Berichterstattung mit ihren Uebersetzungsfehlern, Auslassungen und Zusätzen glauben? Daß der Pariser Berichterstatter des Wolffschen Bureaus noch nicht so weit gekommen sein soll, den Mechanismus des parlamentarischen Apparates zu verstehen, wäre eine beleidigende Annahme, für die wir uns durchaus nicht einsetzen möchten. Aber welche fatale Familienähnlichkeit haben die französischen Telegramme des Wolffschen Bureaus mit den deutschen Telegrammen der französischen Offiziere, worin diese während der Verhandlungen über die Militärvorlage dem französischen Publikum die patriotisch-militaristische Begeisterung und Ungeduld der deutschen Sozialdemokratie vorgeführt haben!

Politische Ueberblick.

Der Streit über die Vermögenszuwachssteuer im Zentrum.

Schon bisher war bekannt, daß es bei den Beratungen über die Vermögenszuwachssteuer in der Zentrumsfraktion des Reichstages zu allerlei Differenzen gekommen ist. Wie denn auch schließlich bei der Abstimmung sich 22 Zentrumsgedordnete der Stimmabgabe enthalten haben; doch hieß es, daß diese Differenzen nicht ernstlicher Natur gewesen seien. Die „Köln. Volkszeitg.“ hat sogar noch vor einigen Tagen behauptet, die 22 Abgeordneten, die nicht mitgestimmt haben, hätten durch ihren Wortführer der Mehrheit der Fraktion ihre Bereitwilligkeit erklärt, ebenfalls für die Vermögenszuwachssteuer stimmen zu wollen, wenn ihre Stimmen zur Durchbringung des Gesetzes nötig sein sollten. Demgegenüber macht der hierfals „Münsterische Anzeiger“ verschiedene Mitteilungen aus den Fraktionsberatungen, die deutlich zeigen, daß in der Zentrumsfraktion über die einzunehmende Haltung zur Vermögenszuwachssteuer heftig gestritten worden ist. Das Blatt schreibt:

„So ungern wir der „Kölnischen Volkszeitung“ auf das Gebiet der vertraulichen Fraktionsberatungen folgen, so glauben wir doch, diese Behauptung richtig irren zu sollen. Die Situation war so, daß das von einzelnen Mitgliedern der Fraktion mit den Liberalen vereinbarte Kompromiß bei seinem Bekanntwerden in der Fraktion bei der Mehrheit durchaus keine freudige Zustimmung gefunden hat, aber daß die Mehrheit doch geglaubt hat zustimmen zu sollen, in der Meinung, daß in dem damaligen Stadium eine andere Vereinbarung nicht mehr möglich sei. Der Abgeordnete Erzberger sagt im „Tag“ (193), daß es das Zentrum gemeint sei, das da ein „großes Opfer“ gebracht habe, indem es den neuen und letzten Verständigungsversuch mitmachte. Die Minderheit war anderer Meinung und hätte am liebsten gegen das Gesetz gestimmt, um so mehr, da sie überzeugt war, daß eine andere Lösung möglich gewesen wäre. Daß sie das nicht getan, daß sie sich darauf beschränkt hat, sich der Stimme zu enthalten, war ein Akt der Selbstverleugnung, der sich gründete auf die Würdigung der Gesamtlage und auf die Rücksichtnahme auf den anderen Teil der Fraktion. Mit Rücksicht auf die gesamte Lage, auf die Wichtigkeit der Wehrvorlage hatte dann diese mit ihren 22 Abgeordneten doch recht beträchtliche Minderheit schließlich erklärt, daß sie für den Fall, daß durch die Stimmenthaltung das Zustandekommen des ganzen Werkes gefährdet werden sollte, noch einmal über ihre Stellungnahme beraten wolle. Es ist aber nicht gesagt worden, daß sie dann für das Kompromiß stimmen wolle. Es scheint, daß wir über diese Haltung anders denken als die „Kölnische Volkszeitung“. Wir sind der Meinung, daß die 22 Herren, die sich der Stimme enthalten, ein außerordentliches und anerkanntes großes Maß von Selbstbeherrschung, Ruhe, Entgegenkommen und Rücksichtnahme bewiesen haben, indem sie sich trotz der großen und starken Abneigung gegen dieses Gesetz, das das Zentrum in seinen Einzelheiten in den vorhergehenden Jahren mit aller Entschiedenheit und Ueberzeugung bekämpft hat, schließlich dazu verstanden, ihren ablehnenden Standpunkt nur durch Stimmenthaltung zu dokumentieren und so einen scharfen Gegensatz und Nichtstimmung vermeiden.“

Neunzehn Kirchenfürsten gegen die christlich-gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Der Streit zwischen der orthodoxen Berliner und der Kölner Richtung im Katholizismus nimmt seinen Fortgang. Auch der Verband der katholischen Kaufleute, der vor einigen Tagen in Leipzig versammelt war, hat zu dem katholischen Gewerkschaftsstreit Stellung genommen. Diese rein katholische Ständevertretung der Kaufleute, in der Handlungsgeschäften und Prinzipale in schönster Seelenharmonie vereinigt sind, ist dem Volksverein für das katholische Deutschland längst ein Greuel. Der Volksverein wünscht eine Annäherung der bürgerlichen Handlungsgewerkschaftsbewegung an die christlichen Gewerkschaften. Er spekuliert vor allem auf den Deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsverband, der ja schon vor Jahren sich an dem ersten nationalen Arbeiterkongress beteiligte und diesem Kongress sogar in dem unergieblichen Wilhelm Schrad einen Präsidenten stellte. Diesen Bestrebungen des Volksvereins steht jedoch der Verband der katholischen Kaufleute im Wege; denn er will von keiner interkonfessionellen und gewerkschaftlichen Organisation etwas wissen, steht er doch völlig unter kirchlichem Einfluß. Jede Ortsgruppe hat ihren geistlichen Beirat und für den Gesamtverband ist soeben in Leipzig sogar die Bestellung eines geistlichen Beirats im Hauptamt beschlossen worden.

Der Verband hat denn auch dem Volksverein für das katholische Deutschland in aller Oeffentlichkeit eine so deutliche Abfuhr erteilt, daß wahrscheinlich harte Auseinandersetzungen zwischen beiden Organisationen folgen werden. Die Resolution lautet:

„Die 86. Hauptversammlung des Verbandes katholischer Kaufmännischer Vereine spricht sich nach der altentwäglichen Darlegung der bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Volksverein dem pflichtgemäßen Verhalten der Verwaltung vollste Anerkennung aus. In Uebereinstimmung mit der Verwaltung erklärt die Hauptversammlung, daß sie sich von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber dem Volksverein als solchen frei weiß und dessen große Bedeutung für die Interessen des katholischen Volkes rückhaltlos anerkennt, selbst wenn über die Frage der Stellung des katholischen kaufmännischen Vereins in der kaufmännischen Ständebewegung Meinungsverschiedenheiten bestehen. In dieser Hinsicht muß die Hauptversammlung erwarten, daß der Volksverein als katholische Organisation nichts unternimmt, was den katholischen kaufmännischen Verband schädigt. Jeder derartige Versuch würde den ernstesten Widerstand des ganzen Verbandes finden.“

Nicht ohne tiefere Bedeutung ist, daß sich vier deutsche Erzbischöfe und 15 deutsche Bischöfe durch Zuschriften und Telegramme auf die Seite des antigewerkschaftlichen Verbandes gestellt haben.

So ist der Bischof von Fulda „hoch erfreut über das Bekenntnis zu den echten katholischen Prinzipien“ und auch der neue Erzbischof von Köln hofft zurecht, daß die diesjährige Hauptversammlung die Weiterentwicklung auf der Grundlage der bewährten Prinzipien kräftig fördern wird.“

Diese „echt katholischen und bewährten Prinzipien“ sind bei der streng konfessionellen und antigewerkschaftlichen Richtung. Die Kundgebung der neunzehn deutschen Kirchenfürsten richtet sich also zugleich indirekt gegen die christlichen Gewerkschaften und die sogenannte hochemittierte Kölner Richtung.

Der genarrte Reichstag.

Unter dem frischen Eindruck des entsetzlichen Erfurter Kriegesgerichtsurlaubs hat der Reichstag belamlich am letzten Tag vor den Ferien einem Rotgesetz zugestimmt, das bei bestimmten militärischen Vergehen mildernde Umstände zugebilligt. Der Reichskanzler versprach im Bundesrat für dieses Rotgesetz einzutreten, und der Reichstag gab sich damit zufrieden, in der Erwartung, daß das Rotgesetz vom Bundesrat schnellstmöglich verabschiedet werde.

Diese Erwartung ist nicht eingetreten, vielmehr wurde die Beratung des Rotgesetzes im Bundesrat bis zum Herbst vertagt, und es ist noch keineswegs ausgemachte Sache, daß der Bundesrat dem Gesetz zustimmen wird. Die vom Erfurter Kriegesgericht verurteilten Referendarien werden sich nun bereits Anfang August vor dem Oberkriegesgericht in Kassel zu verantworten haben, und allem Anscheine nach wird dieses Gericht an dem Urteil der ersten Instanz nicht viel ändern. Gewiß bleibt dann noch die Anrufung des Reichsmilitärgerichts; wenn aber dort die Verhandlung stattfindet, bevor der Bundesrat dem Rotgesetz zugestimmt hat, so wird den Verurteilten nicht geholfen werden können. Sie werden nach wie vor darauf angewiesen sein, die Gnade des Kaisers anzureufen. Der Reichstag bezweckte aber mit seiner Zustimmung zu dem Rotgesetz, daß es noch auf den vorliegenden Fall angewendet werde. Hätte der Reichskanzler nicht versprochen, für das Rotgesetz einzutreten zu wollen, dann wäre ohne Zweifel der sozialdemokratische Antrag angenommen worden, der die Zulassung mildernder Umstände bei bestimmten militärischen Vergehen in das Wehrgesetz hineinbringen wollte. Die Regierung hätte dann die Wahl gehabt, entweder sofort zugestimmen oder die ganze Militärvorlage scheitern zu lassen. Daß sie in diesem Fall zugestimmt hätte, unterliegt keinem Zweifel, und die Wohlthaten des Rotgesetzes kämen dann den Erfurter Verurteilten ohne weiteres zugute.

Der Fall beweist wieder einmal, was auf die Versprechungen der Regierung zu geben ist.

Gedämpfte Meinungsfreiheit.

Ein Teil der bürgerlichen Gastwirte hatte das Volksthum, als nicht ganz „echte Patrioten“ bezeichnet zu werden. Den Anlaß dazu gab ihre Petition gegen den Militärboikott. Man machte ihnen den Vorwurf, nicht genügend sozialistenfeindlich zu sein. Das hat die Erben anscheinend sehr gekränkt. Ihr Protest gegen den Militärboikott war wahrlich nicht politischer Natur. Die Wirte wollen Geschäfte machen — weiter nichts. Doch halt: selbst das verlangen sie nicht unbedingt. Wer sich von ihnen den Luxus einer eigenen, amtlich nicht gern gesehenen Weltanschauung gestattet, dem sollen die Wohlthaten des Rotgesetzes kommen. Das Fachblatt der bürgerlichen Wirte druckt ausdrücklich zu ihrem Lob eine Resolution des angeschlossenen Wirtevereins in Rattowitz ab, in der es heißt:

„Wir stehen voll und ganz auf dem Standpunkt des Reichsverbandes — der Wirte — daß Soldaten während der Dauer von politischen Versammlungen nicht in ein Lokal hineingehören.“

Ebenso stehen wir auf dem Standpunkt, daß Soldaten nicht bei einem Wirte verkehren dürfen, ihr sich zu einer staatsfeindlichen Partei bekennen und bei dem nur seine Bestimmungsgenossen verkehren.“

Nach diesem schönen Beweis behördlich gewünschter Gesinnungstätigkeit werden den Wirten die Gnadenarme wohl wieder aufgehen. Wir haben hier nur darauf aufmerksam zu machen, daß die bürgerlichen Wirte den Wohlthät ihrer sozialistischen Geschäftskollegen bedauern. Vielleicht wünschen sie ihn gar. Es wäre doch ganz nett, wenn die Militärbehörde ihnen, den Gesinnungstätigen, Rucksack zugieße.

Steigende Güter- und Pachtpreise.

Die „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“, das amtliche Organ der Landwirtschafts-

Kammer. Bericht in ihren beiden jüngsten Nummern über ungewöhnliche Steigerungen landwirtschaftlicher Güter- und Pachtpreise in der Provinz Hannover. In Dehnsen (Kreis Lüneburg) habe der Landwirt Wigal seine 300 Hektar große, aus zwei Höfen bestehende Besitzung für 235 000 M. verkauft. Da der bisherige Besitzer das Gut vor zehn Jahren für nicht ganz 100 000 M. erwarb, hat sich also sein Kapital, selbst wenn man berücksichtigt, daß er erhebliche Summen für die Instandsetzung des damals heruntergewirtschafteten Anwesens ausgegeben hat, in zehn Jahren mindestens verdoppelt. Bemerkenswert an diesem Besitzwechsel ist, daß der Käufer, ein Agent aus Magdeburg, einen Teil der Ländereien zerschlagen hat, um das Restgut ebenfalls zu veräußern gedenkt; selbstverständlich mit entsprechendem Gewinn. Die kommenden Besitzer, zum Teil kleine Landwirte, werden dann für denselben Boden, der vor zehn Jahren 100 000 M. kostete, wahrscheinlich mehr als den dreifachen Preis zahlen müssen. Und wenn sie bei derartig teuer erworbenen Grund und Boden nicht auf ihre Rechnung kommen, werden sie umso lauter nach stärkerem Zollschutz schreien, um mit Hilfe des Staates die verderblichen Folgen einer solchen Preisentwässerung abzuwenden!

In derselben Nummer berichtet die „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ unter anderem über einen neuen Besitzwerb des bekannten „Wunderdoktors“ Schäfer ist, der für ein 80 Hektar großes Gut in Südergellersen (Kreis Lüneburg) 98 000 M. bezahlt habe. Das Blatt bezeichnet diesen Preis als „außerordentlich hoch“, wenn man berücksichtigt, daß der Hof zum größten Teil aus Oßbländereien bestehe und daß die Ernte, sowie das tote und lebende Inventar nicht mit übergehe. Eine weitere Nachricht desselben Blattes besagt, daß „außerordentlich hohe Kanoppreise“ auch bei einem Gutverkauf in Söhmar (Kreis Verden), erzielt wurden, wo 25 Morgen Land, also nackter Ackerboden, für 52 500 M. verkauft wurden, oder pro Hektar für 84 000 M.

Den hohen Bodenpreisen entsprechen auch die enorm geringen Pachtpreise. Auch dafür bringt das genannte Blatt ein charakteristisches Beispiel. Danach bezahlt der Pächter des H. Dirschen Hofes in Billen (Kreis Wittmund) für die neue Pachtperiode 121 M. pro Hektar, statt 80 M. bisher. Das bedeutet eine Steigerung von rund 51 Prozent. Auch das Organ der hannoverschen Landwirtschaftskammer bezeichnet diese Steigerung als „ganz erheblich“, wenn man in Betracht zieht, daß die Abgaben und Löhne (? Red. d. Fortwärts) von Jahr zu Jahr zunehmen und die ganze Lebenshaltung immer teurer werde.

Die unnatürliche Aufwärtsbewegung der Güter- und Pachtpreise gibt also auch maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen zu Bedenken Anlaß, zumal ja die Preissteigerung eine allenthalben beobachtete Erscheinung ist. Daß aber aus der Erkenntnis die einzig richtige Konsequenz: Abschluß des Hochschutzes als hauptsächlichstem Faktor der Preissteigerung, gezogen wird, ist nicht anzunehmen.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller gegen Hochschutzzölle.

Wir wie vor kurzem berichteten, hat der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Dr. Schweighöffer sich dahin ausgesprochen, daß er von dem Abbau der (amerikanischen) Schutzzölle sich eine Stärkung des (amerikanischen) Wirtschaftslebens verspreche. Dieses wertvolle Eingeständnis, daß die Befreiung der Hochschutzzölle die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande stärkt, wird jetzt auch von der Korrespondenz des Handelsvertragsvereins wie folgt festgemeldet:

„Es kommt darin klar zum Ausdruck, daß der Geschäftsführer des Zentralverbandes ebenso wie die Urheber der Tarifvorlage von dem Abbau der Schutzzölle eine Renaissance des amerikanischen Wirtschaftslebens und eine Stärkung des amerikanischen Exports auf dem internationalen Markte erwartet. Herr Dr. Schweighöffer könnte vielleicht einwenden, gewiß tue ich das, nur darf nicht übersehen werden, daß das geplante Ausmaß der amerikanischen Zölle im allgemeinen immer noch reichlich so hoch ist, wie das jetzige deutsche Zollniveau. Allein auf die Zollhöhe kommt es hier gar nicht in erster Linie an. Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage. Es ist, wie Herr Dr. Schweighöffer selbst bemerkt, ein „außerordentliches Experiment“, das die Demokraten unternehmen wollen. Eine in vielen Branchen so plötzliche und erhebliche Zollermäßigung ist seit der mitteleuropäischen Freihandelsbewegung der vier Jahre des vorigen Jahrhunderts noch in keinem anderen Handels- und Industriestaate vorgekommen, und auch die wichtigsten Grundzüge, von denen sich die Verfasser des Entwurfs leiten ließen und die zum Teil darin auch Ausdruck gefunden haben, ähneln durchaus den damaligen Forderungen der deutschen und englischen Freihändler, die zu bekämpfen der Zentralverband seit Anbeginn seiner Tätigkeit nicht würde geworden ist, ja die eigentlich den Anstoß zu der Gründung des Verbandes gegeben haben.“

Auch der Einwand wäre hinfällig, daß diese Zollfreiheit für die amerikanischen Produzenten von geringer tatsächlicher Bedeutung seien. In allen Artikeln ist vielmehr mit der lebhaften Konkurrenz des Auslandes zu rechnen, besonders Kanadas, Argentiniens, Brasiliens usw. Wenn nun Herr Dr. Schweighöffer von dieser prinzipiellen Umkehr der amerikanischen Handelspolitik, sowohl für deren „Stoßkraft auf den freien Märkten“ erwartet, warum sollte dann Deutschland nicht demnächst dieses vortreffliche Beispiel nachahmen und so am allerbesten dieser „bedeutenden Stärkung“ der amerikanischen Konkurrenz das richtige Gegengewicht bieten?

Wir sind in der Tat begierig zu hören, was Herr Schweighöffer auf diese Frage zu antworten weiß.

Wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem Kriegsgericht in Thorn hatte sich der Unteroffizier Otto Theodor Emil Lietz vom 21. Infanterieregiment wegen böswilligen und verletzlichen Verdachens gegen das Reichsgeheimnis, betreffend Verrat militärischer Geheimnisse, Fahnenfluß, militärischen Diebstahl, Verrat, Preisgabe von Dienstgeheimnissen, und vorwärtsdringender Behandlung Untergebener zu verantworten. Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Angeklagte zu acht Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere, Entziehung der Polizeiaufsicht, Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Oesterreich.

Ein neues Schreckensurteil über Reservisten.

Wien, 22. Juli. (Fig. Ver.) Von einem böhmischen Kriegsgericht wurden eine Anzahl eingezogener Reservisten aus Böhmen (Beneškau) zu Arrest, und Kerkerhufen von 15 Tagen bis 3 Jahren verurteilt, weil sie einem in der Mitteilung nicht näher bezeichneten Befehl des den Transport kommandierenden Führers nicht nachgekommen waren.

Ungarn.

Raz Großmann.

Budapest, 22. Juli. (Fig. Ver.) Raz Großmann, einer der Mitbegründer und lange Zeit einer der Führer der sozialdemokratischen Partei in Ungarn, ist in seinem 41. Lebensjahre am 19. Juli in Budapest gestorben. Obwohl er in den letzten Jahren keinen aktiven Anteil an der Parteibewegung nahm — als Vizepräsident der Landes-Arbeiterunfallversicherungsgesellschaft und Krankenkasse wurde er durch die von der Koalitionsregierung autorisierte Dienstprognostik daran gehindert —, gehörte er doch mit

Leib und Seele der sozialdemokratischen Partei an und erzielte in seiner neuen amtlichen Stellung im Interesse der kranken Arbeiter eine segensreiche Tätigkeit. Ein kühler, außerordentlich scharfer Verstand, ein unbeugbarer, in der Wahl seiner Mittel von Strapazen nicht allzusehr geplatzter Wille — das waren die Qualitäten, mittels deren sich Raz Großmann vom Seherjungen zum tatsächlichen Leiter des größten sozialpolitischen Instituts des Landes hinaufgearbeitet hat. Er trat im letzten Jahrzehnt des verflohenen Jahrhunderts anlässlich des ersten großen Buchdruckerstreiks in die Bewegung und wurde sehr rasch in die ersten Reihen gestellt. Er trat mit anderen Kollegen der konservativ-günstlichen Richtung des alten Buchdruckervereins entgegen, suchte für den engeren Anschluß der Buchdrucker an die sozialdemokratische Partei und war der Mitbegründer und Obmann des neuen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Buchdruckerfachvereins. Gleichzeitig nahm er an der politischen Bewegung regen Anteil, wurde in die Parteileitung gewählt, wofür er zehn Jahre angehörte, und wurde der Redakteur des deutschsprachigen Parteiorgans „Volksstimme“. Für die Schlagfertigkeit seines Geistes spricht auch der Umstand, daß er seine Artikel, ohne sie vorher niedergeschrieben zu haben, selbst setzte. Als Agitator wirkte er durch scharfe, polemische Reden, die ihm dreimal Gefängnisstrafen eintrugen. Als im Jahre 1904 die Zivilliste des Monarchen mit zwei Millionen Kronen erhöht wurde, machte er in einer Versammlung die Bemerkung: Ist der König mit seinem allzu hohen und unverdienten Lohne nicht zufrieden und will er eine Gehaltsaufbesserung, so möge er in den Streit treten. Diesen Streit konnte die Gesellschaft ohne irgendwelchen Schaden ertragen. Er wurde insofern der Majestätsbeleidigung angeklagt und zu 9 Monaten Zuchthaus verurteilt, die er während des Verfassungsausschlusses abbüßte. Im Jahre 1907 trat er in die Landeskrankenkasse ein, deren Organisation größtenteils seine Arbeit war. In dieser Tätigkeit raste ihn der frühe und unerwartete Tod weg.

Frankreich.

Die Finanzreform.

Paris, 23. Juli. Die Kammer erörterte Artikel 3 der Finanzgesetze, monach vom 1. Januar 1915 ab die Grundbesitzer in eine Verhältnißsteuer verwandelt, und die persönliche Mobiliarsteuer durch eine allgemeine gestaffelte Einkommensteuer ersetzt werden. Finanzminister Dumont erklärte, daß man im Laufe des Jahres 1915 die Einkommener auf 250 000 Steuerzahler ausdehnen könne, wenn man dabei die verwaltungstechnischen Möglichkeiten berücksichtige. Er fügte hinzu, daß er nicht mehr versprechen könne, als er zu halten vermöchte. Es sei aber unmöglich, die Steuer dann auf 3 Millionen Steuerzahler auszuweiten. Der radikale Raibh widersprach unter dem starken Beifall der äußersten Linken und eines Teiles der Rechten, indem er darauf bestand, daß die Reform vom 1. Januar 1915 ab vollständig durchgeführt werde. Raibh, der kürzlich als Finanzminister den Senat für eine Uebergangsmassnahme stimmen ließ, stellte sich auf Dumonts Seite und fügte hinzu, daß man kein festeres Versprechen abgeben könne. Der Vizepräsident der Abordnung der Rechten Renault machte ebenfalls unter dem Beifall der äußersten Linken und eines Teiles der Rechten der Regierung den Vorwurf, daß sie die Entlastung des Grundbesitzes durch die verspätete Anwendung der Einkommensteuer in Frage stelle.

Die Kammer nahm mit 347 gegen 3 Stimmen die Umwandlung der Grundbesitzsteuer an und schließlich auch mit 424 gegen 198 Stimmen die Anwendung der Einkommensteuer vom 1. Januar 1915 ab. Der gesamte Artikel wurde mit 436 gegen 33 Stimmen angenommen.

Jacquier (Radikal) und Javal (sozialistischer Radikaler) verteidigten sodann einen Zusatzantrag, der dahin zielt, in das Budget für 1914 die Deckung der neuen Militärvorlagen in Gestalt einer gestaffelten Einkommen- und Vermögenszuwachssteuer einzufügen, und gleichzeitig Maßnahmen vorzusehen, um Steuerhinterziehungen zu unterbinden.

Rußland.

Verfolgungselbzeug gegen die Arbeiter.

Petersburg, 22. Juli. (Fig. Ver.) Die letzten Tage haben eine Anzahl Maßnahmen der russischen Regierung gegen die Presse und die Organisationen der Arbeiter gezeigt, die an Festigkeit und Bösartigkeit die bisherigen weit hinter sich zurücklassen. Laut Befehl der Petersburger Gerichtskammer vom 16. Juli sind die Arbeiterblätter „Lutsch“ und „Pravda“ wie auch das Wochenblatt der „Volksstimme“, „Trudowoj Golos“ bis zur Fällung eines Gerichtsurteils vorläufig inhihiert worden. Zu gleicher Zeit hat der Minister des Innern die Schließung des in Moskautagenden Kongresses der Handelsangestellten Rußlands, der von zahlreichen Städten besucht war, angeordnet.

Die Petersburger Gerichtskammer begründete ihren Beschluß betreffend die provisorische Schließung der Arbeiterblätter damit, daß sie „systematisch die Geseze verletzt, einen schroff ausgeprägten Parteicharakter getragen und einen offenkundig schädlichen Einfluß auf die Volksmassen ausgeübt hätten“. Diese von den ritterlichen Bedientenseelen verfaßte Begründung bricht selbst dem reaktionären russischen Preshgesetz Hohn. Auf Grund dieses Gesezes hat die Verwaltung und das Gericht die Arbeiterpresse auf die tüchtigste Weise drangalariert. Ein Blick auf die Statistik der Verfolgungen der Arbeiterpresse zeigt dies zur Genüge. Während des ersten Jahres des Bestehens der „Pravda“ wurden von 298 Nummern 41 konfisziert, 16 mit einer Straffumme von 7800 Rubel belegt und 3 mit der Verhaftung der Redakteure auf je drei Monate bestraft. Von je fünf Nummern wurde eine gerichtlich oder im Verwaltungswege verfolgt, und zwar waren die gegen die Zeitung erhobenen Anklagen so haltlos, daß die Konfiskationen in 13 Fällen nachträglich vom Gericht rückgängig gemacht wurden und keine der mit Strafen belegten Nummern genügenden Anlaß zur Erhebung einer Anklage gegen die Redakteure bot. Die Verfolgungen gegen den „Lutsch“ waren noch heftiger. Von 211 Nummern, die bis zum 1. Juni d. J. erschienen, wurden 57 konfisziert und 17 mit einer Straffumme von 8500 Rubel belegt. Am Durchschnitt wurde ein Drittel aller erschienenen Nummern unterdrückt und zwar war das Einschreiten der Behörde auch hier so willkürlich, daß ein Teil der Konfiskationen nachträglich rückgängig gemacht werden mußte und keine der mit Strafen belegten Nummern Anlaß zur Erhebung einer Anklage bot. Seit etwa zwei Wochen ist in Petersburg und zum Teil auch in der Provinz eine Protestbewegung der Arbeiter gegen die ununterbrochenen Presseverfolgungen im Gange. Nachdem die Arbeiter zuerst in Form von Kollektivprotesten, die an die sozialdemokratische Dumafraktion gerichtet wurden, gegen die Barbarei der fortgesetzten Maßregelungen der Arbeiterpresse Einspruch erhoben, veranfaßten sie in der letzten Woche eine Anzahl von Proteststreiks und Straßenmanifestationen, die allein in Petersburg über 50 000 Teilnehmer

zählten. Die Antwort der Regierung auf diesen spontanen Protest der Massen war die plötzliche Schließung sämtlicher Arbeiterblätter.

Ebenso muß auch die Schließung des Moskauer Handlungsgehilfen-Kongresses als eine brutale Herausforderung der Regierung bezeichnet werden. Fast ein ganzes Jahr hatten die Vorarbeiten für diesen Kongreß gedauert. Sämtliche Hilfsorganisationen in allen Enden des Reiches, die bereits durch die vorjährige Protestbewegung gegen das neue Geseze betreffend die Regelung der Arbeitsbedingungen in Handelsbetrieben miteinander in nähere Beziehungen getreten waren, nahmen lebhaften Anteil an den Vorarbeiten zum Kongreß. Dem Drängen dieser Massen konnte die Regierung um so weniger widerstehen, als sie die Handlungsgehilfen, die politisch immerhin ziemlich wesentlich in Betracht kommen, durch geringfügige Konzessionen in ein ihr genehmes Fahrwasser zu drängen hoffte. Als aber die Sitzungen des Kongresses ein ziemlich deutlich ausgeprägtes Klassenbewußtsein der Handlungsangestellten und ihre Bereitschaft, für die Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage einzutreten, zum Vorschein brachten, begnügte sich die Regierung nicht mehr mit der rigorosen Beaufsichtigung des Kongresses und den fortwährenden Einmischungen in die Verhandlungen, sondern löste kurzerhand den Kongreß auf, nicht ohne nachträglich unter den Kongreßteilnehmern Verhaftungen vornehmen zu lassen.

Letzte Nachrichten.

Eine Kritik des türkischen Vordringens.

London, 23. Juli. (B. L. D.) Oberhaus. Lord Horderham fragte, ob die Mächte, die doch auf Montenegro einen Druck ausgeübt hätten, die albanische Grenze, die durch das Kongreß der Mächte beschlossen worden war, anzunehmen, einen ähnlichen Druck auf die Türken ausüben würden, damit sie die Anerkennung der Grenzlinie Enos-Midia, der sie im Londoner Vertrage unter der Sanktion Europas zugestimmt hätten, aufrecht erhielten.

Lord Morley sagte: Die diplomatische und militärische Lage ist viel zu kritisch und heikel, als daß ein Vorteil durch eine Diskussion in diesem Hause erzielt werden könnte. Die Politik der britischen Regierung ist gewesen und ist noch, die Türkei zu unterstützen in der Regelung ihrer Finanzen auf gesunder Grundlage, in der Besserung ihrer Verwaltung und in der Schaffung ihres endgültigen Zustandes. Wir wünschen diese Politik weiter zu verfolgen, aber die Erfüllung dieses Wunsches muß im Zusammenarbeiten und in Uebereinstimmung mit den anderen Großmächten erreicht werden.

Morley schloß: Wenn die Türkei die Frage der Grenzlinie Enos-Midia wieder anschnabelt, so könnte eine solche Handlungsweise sehr leicht sehr ungünstig auf Fragen zurückwirken, an denen die Türkei sehr nahe interessiert ist, und die während des Krieges zwischen der Türkei und den Balkanstaaten nicht erhoben worden sind, und die wir durch den Londoner Vertrag abgeschlossen hofften. Ich kann keine Erklärung abgeben über die Aktion, zu der die Mächte etwa bereit sind, oder über einen Druck, wenn die Türkei unglücklicherweise den Rat außer acht lassen sollte, den sie bereits als gegeben haben.

Gruelkaten der Bulgaren.

Bien, 23. Juli. (B. L. D.) Die „Österreichische Zeitung“ bringt folgenden Bericht ihres Berliner Korrespondenten. Der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Saloniki hat sich bekanntlich nach Serres begeben, um die Meldungen von den dort durch die Bulgaren verübten Untaten nachzuprüfen. Wie ich von vertrauenswürdigster Seite erfahre, heißt es im amtlichen Bericht, den der Generalkonsul an seine Regierung erstattet hat, wörtlich folgendermaßen: Ich begab mich, von meinem italienischen Kollegen begleitet, in einem Militärautomobil nach Serres. Diese früher blühende und reiche Stadt ist heute zu drei Vierteln ein rauchender Trümmer- und Aschenhaufen. Die Bulgaren hatten Serres am 5. Juli verlassen, am 11. Juli jedoch erschienen abermals reguläre Truppen und Komitaischi, die von Offizieren und Beamten geführt wurden. Sie bombardierten die wehrlose Stadt mit ihren Geschützen und plünderten und verbrannten die schönsten Stabteile von Grund aus, insbesondere mehrere Gebäude, die österreichischen Untertanen gehören und sogar unser eigenes Konsulat.

Die Verwüstungen werden auf ungefähr 45 Millionen Franz geschätzt. Häufig parache Persönlichkeiten wurden massakriert. Darunter der ungarische Staatsangehörige Albert Bira. Mehrere Personen sind in den Flammen umgekommen. Fünf von den neuen Depots der österreichischen Firma Herzog u. Co. wurden zerstört und brennen zurzeit noch. Der Schaden wird hier allein auf 2 1/2 Millionen Franz geschätzt. Unsere Fahne ist nicht respektiert worden. Unser Vizekonsul Stolfo wurde, obwohl er die österreichisch-ungarische Fahne in Händen hielt, ins Gehirge weit außerhalb der Stadt geschleppt zusammen mit 150 anderen Personen, die sich in das Konsulat geflüchtet hatten. Er wurde erst nach Zahlung eines Lösegeldes wieder freigelassen. Es ist unumgänglich notwendig, daß man unseren Schutzbesohlenen, die den reichsten israelitischen Familien angehören, Hilfe schickt. Ich bitte um Absendung bedeutender Geldmittel zum Ankauf von Lebensmitteln und Kleibern. Die Stadt Drama wurde von den Griechen besetzt. In Dogator fand man mehrere hundert Frauen und in Demi-Chisar 140 Personen von den Bulgaren massakriert auf.

Die Explosionskatastrophe in Wiener-Neustadt.

Wien, 23. Juli. (B. L.) Die Explosionskatastrophe in der Wöllersdorfer Munitionsfabrik in Wiener-Neustadt hat bisher drei Todesopfer gefordert. Weiter sind 17 Personen, fast durchweg Frauen verletzt worden, drei davon so schwer, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Die Entstehungsurache der Explosion konnte noch nicht genau festgestellt werden. Man nimmt an, daß die Katastrophe durch die Explosion eines Hundes erfolgte. Wahrscheinlich hat der betreffende Arbeiter zu stark auf den Hund geschlagen. Vielleicht ist die Explosion infolge Vermischung eines Fremdkörpers beim Füllen eines Geschosses erfolgt. Nach der Explosion entstand unter den Arbeitern eine Panik, als sie das Tor des Arbeitsraumes verschlossen fanden.

Die Arbeiter wurden, als die erste Aufregung sich etwas gelost hatte, angefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie weigerten sich jedoch. Das Kommando der Munitionsfabrik sah sich schließlich genötigt, die Einstellung der Arbeit anzuordnen. Die Verhältnisse, die die Explosion angerichtet hatte, sind sehr bedeutend. Die Decke des Arbeitsraumes, in dem die Explosion erfolgte, ist eingestürzt. Der Materialschaden ist sehr groß. Bemerkenswert ist, daß dies bereits die fünfte Explosion in diesem Jahre in der Munitionsfabrik Wöllersdorf ist. Von seiten der Kriegsbehörden wurde eine eingehende Untersuchung über die Ursache der Explosion angeordnet.

Unserem langjährigen Genossen Robert Baack... Die Genossen des 6. Kreises Bezirk 816.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 1. Berl. Reichstagswahlkreises. August Klebe... Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Ernst Friedrich... Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten hiermit die traurige Nachricht... Heinrich Neithardt... Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Heinrich Neithardt... Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Heinrich Neithardt... Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Le- und Diskutierklub Süd-Ost. Heinrich Neithardt... Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Max Krause... Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Willi Peters... Der Vorstand.

Ernst Stark... Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Willi Farz... Der Vorstand.

Georg Steingraber... Der Vorstand.

Nachruf. Albert Schäfer... Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Max Albe... Die Ortsverwaltung.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschehersteller Deutschlands. Hermann Thomas... Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband. August Zingler... Die Ortsverwaltung.

In der Freitagnacht entfiel plötzlich mein lieber Sohn Georg Steingraber... Der Vorstand.

Theater. Donnerstag, den 24. Juli 1913. Prater. Des Bummelmädchens... Der Vorstand.

Reichshallen-Theater. Gastspiel der berühmten Dresdener Victoria-Sänger... Der Vorstand.

Sachse-Oper. Schiller-Theater O. Undine. Kroll-Oper. Die Meistersinger... Der Vorstand.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Tagebuch einer Verlorenen... Der Vorstand.

Passage-Panoptikum. Der persische Augenfakir... Der Vorstand.

Dankjagung. Marie Storchmann... W. Storchmann und Töchter.

Deutsches Schauspielhaus. Berliner Theater. Theater am Kollendorferplatz... Der Vorstand.

Reichshallen-Theater. Gastspiel der berühmten Dresdener Victoria-Sänger... Der Vorstand.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert... Der Vorstand.

Admiralspalast. Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten... Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer... Der Vorstand.

Dankjagung. Benno Klöppel... Der Vorstand.

Volksgarten-Theater. Unsere Don Juans... Der Vorstand.

Voigt-Theater. Badenstraße 58. Die schöne Melusina... Der Vorstand.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Heute Donnerstag, den 24. Juli 1913: Elite-Tag! Konzert und Vorstellung verbunden mit Großem Brillant-Feuerwerk... Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain. Kaffee-Frei-Vorstellung... Der Vorstand.

Reederei Kahn & Hertzner. Am Sonntag, den 27. Juli: Teupitz (Zarnow) Krampenburg Neue Mühle... Der Vorstand.

Dankjagung. Robert Jürgens... Minna Jürgens und Kinder.

Metropol-Theater. Die Kino-Königin... Der Vorstand.

Berliner Prater-Theater. Das Bummelmädchen... Der Vorstand.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Heute Donnerstag, den 24. Juli 1913: Elite-Tag! Konzert und Vorstellung verbunden mit Großem Brillant-Feuerwerk... Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain. Kaffee-Frei-Vorstellung... Der Vorstand.

Reederei Kahn & Hertzner. Am Sonntag, den 27. Juli: Teupitz (Zarnow) Krampenburg Neue Mühle... Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund Gau Berlin und Umgegend. Sonntag, den 27. Juli 1913: 22. Sänger-Fest in Schloß Weißensee. Gesamtschöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries. Einzelchöre. Mitwirkende: Sozialistische Liedertafel New York als Gast. Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters (Franz v. Blon). Feuerwerk. Von 4 ab: TANZ gegen Nachzahlung von 50 Pf. Die Kaffeekuchen sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet. Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. (Festhalt mit Programm an der Kasse gratis.) Anfang mittags 12 Uhr. 17/13 Billetts sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern: P. Kupfer, Landsberger Allee 58; Julius Klare, Glasgower Str. 8; A. Seikrit, Neukölln, Thüringer Str. 10 III; J. Steffen, Langenbeckstr. 5, Quergeb. 1; O. Engel, Neukölln, Reuterstr. 11, Stf. III; Paul Schneider, Hufelandstr. 31, Laden; G. Wutzky, Schliemannstr. 3 III. Die Generalprobe zum Sängerfest findet am Freitag, den 25. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Konzertsale der Brauerei Friedrichshain statt.

Der politische Massenstreik.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis hatte für den Dienstag zwei große Mitglieder-versammlungen einberufen, in denen zu der Frage des Massenstreiks Stellung genommen werden sollte.

In Kellers Saal in der Koppenstraße sprach Rosa Luxemburg.

Die wesentlichsten Gesichtspunkte des 1 1/2 stündigen Vortrages waren ungefähr folgende:

Unter dem gewaltigen Eindruck der großen russischen Revolution im Jahre 1905, wo die Anwendung des Massenstreiks dem russischen Proletariat neben Niederlagen auch Siege brachte, ist in Deutschland das Problem des politischen Massenstreiks diskutiert worden. Die Resolution des Jenaer Parteitages ist ein Niederlichg dieser Diskussion. Die Resolution erklärt den politischen Massenstreik als eine auch in Deutschland anwendbare Waffe des Proletariats. Dann kam eine Zeit, wo die Erörterung dieses Problems zurücktrat. 1910 wurde dann der politische Massenstreik im Zusammenhang mit unseren Aktionen für die Erringung des Wahlrechts in Preußen wieder lebhaft diskutiert.

Wie und wann hat diese Diskussion begonnen? In der Wilmerdorfer Versammlung? Das ist ein Irrtum. Er ist aber entschuldbar bei denen, die nur den „Vorwärts“ lesen. Der hat es allerdings so hingestellt, als habe Genosse Frank in der Wilmerdorfer Versammlung den Anlaß zur Diskussion des politischen Massenstreiks gegeben. Das ist nicht richtig. Schon lange, ehe in Berlin über den Massenstreik gesprochen wurde, haben sich die Parteigenossen in verschiedenen Orten damit beschäftigt.

Wenn wir die gegenwärtige Diskussion betrachten, so sehen wir auf der einen Seite sehr warme Befürworter des Massenstreiks in dem Sinne, daß sie die Forderung vertreten, der Parteitag solle den Parteivorstand beauftragen, nach Rücksprache mit der General-Kommission den Massenstreik in die Wege zu leiten.

Die Vertreter der ersten Richtung, die für die möglichst baldige Anwendung des Massenstreiks eintreten, gehören verschiedenen politischen Strömungen an. Genosse Frank, der ja auch für den Massenstreik eingetreten ist, vertritt in der Politik eine opportunistische Richtung. Er sieht sich in Baden für die Großblodpolitik mit den Nationalliberalen ein.

Wie man sich nicht zum Massenstreik stellen soll. Der Massenstreik ist keine Sache, die man machen kann, wenn die Politik der parlamentarischen Künstler versagt hat. Ein Massenstreik, unter solchen Umständen ins Werk gesetzt, ist von vornherein eine verlorene Sache. Im Jertum sind die politischen Künstler, welche glauben, sie könnten den Massenstreik herausbeschwören und ihn mit einem Wink der Hand wieder beenden.

Die belgische Bewegung ist eine Fundgrube der Belehrung über das Problem des Massenstreiks. Nachdem seinerzeit das Vorkwahlrecht durch den Massenstreik befeitigt war, legten unsere belgischen Genossen den Schwerpunkt ins Parlament. Der Massenstreik wurde damit in den Schrank gehängt. Das Absehen von allen Aktionen des Proletariats war verbunden mit dem Plan, gemeinsam mit der bürgerlichen Linken das allgemeine Wahlrecht zu erringen.

ihre Politik auf das Zusammenarbeiten mit den Liberalen eingerichtet hatte, suchte die Massen zu beruhigen durch das Versprechen, den Massenstreik für später vorzubereiten. Dann begann die systematische Verzögerung des Massenstreiks. An Stelle eines elementaren Ausbruchs fing man eine neue Taktik an, man bereitete einen Massenstreik vor, der auf Monate im voraus festgelegt war. Nach einer Vorbereitung von neun Monaten ist endlich, da sich die Massen nicht länger zurückhalten ließen, der Streik zustande gekommen und zehn Tage mit bewundernswerter Disziplin geführt worden.

Massenstreik in Verbindung mit der Großblodpolitik nichts als Niederlagen

gebraucht hat. Angesichts dessen werden wir es ablehnen, wenn man uns die Großblodpolitik im Süden und den Massenstreik in Preußen empfiehlt. Auf der anderen Seite sagt man, es sei verfrüht, in Deutschland den Massenstreik zu propagieren, denn wir seien dazu weniger reif als das Proletariat anderer Länder. Parteigenossen, wir haben in Deutschland die stärksten Organisationen, die am besten gefüllten Massen, die zahlreichste Reichstagsfraktion, und wir sollten allein im ganzen internationalen Proletariat nicht reif sein?

Dann sammeln sich auch die Unorganisierten unter unsere Fahnen. Solche Organisationen, die für den Fall einer Aktion die Unterstützung im voraus auf den Pfennig berechnen, taugen nichts. Sie können den Sturm nicht aushalten. (Beifall.) Das alles muß man sich klar machen und nicht so ängstlich die Scheidewand zwischen Organisierten und Unorganisierten ziehen.

Wenn verlangt wird, daß der Parteivorstand in Verbindung mit der General-Kommission den Massenstreik vorbereiten soll, so ist zu sagen: Massenstreik lassen sich nicht machen. Aber das ist notwendig: Wir müssen uns klar sein, daß wir einer Situation entgegengehen, wo Massenstreiks in Deutschland unvermeidlich sind. Wir haben erst jetzt wieder durch die Annahme der ungeheuren Militärvorlage einen Sieg des Imperialismus erlebt. Nach manchen Hoffnungen, die man in unseren Reihen auf ein Zusammengehen mit den Liberalen setzte, sehen wir, daß diese dem Imperialismus den Steigbügel hielten. Wenn unsere Fraktion bei der Dedungs-vorlage behauerlicherweise für die Besteuerer eintretet, so war das nichts anderes als die Absicht, zusammen mit den Fortschrittler und Nationalliberalen den Block der Blauschwarzen auszuscheiden.

Der jüngste Abschnitt unserer Parteipolitik datiert von unserem Wahlsieg im Jahre 1912. Die größten Hoffnungen wurden auf diesen Sieg gesetzt. Ein im „Vorwärts“ abgedruckter Artikel kautschid sprach davon, daß sich ein neuer Liberalismus bemerkbar mache. Das war eine sehr verhängnisvolle Illusion, die sich aber aus der für die Stidwahl gegebenen Dämpfungs-parole erklärt.

Die Dämpfung ist eine Politik wie sie nicht sein soll. Nach der Dämpfung kam die vage Hoffnung auf den neuen Liberalismus, dann die überschwenglichen Erwartungen, die sich an den Sieg eines Sozialdemokraten im Reichstagspräsidium knüpften. Alle diese Hoffnungen sind zu Boden gefallen; aber sie zeigen, daß unsere Politik und Taktik nicht auf der Höhe steht. Wir haben jetzt den Jubiläumsumrummel erlebt und der Besuch des Platzgaren am Berliner Hofe. Diese Gelegenheit hätte benützt werden müssen zu irgendeiner republikanischen Aktion.

Wenn wir uns den kommenden großen Ereignissen würdig zeigen wollen, dann dürfen wir nicht am verkehrten Ende anfangen und den Massenstreik technisch vorbereiten wollen. Wenn die Verhältnisse reif sind, dann wird sich auch die Taktik des Massenstreiks ergeben. Zerbrechen wir uns nicht die Köpfe mit der rechtseitigen Unternehmung. Was notwendig ist, Parteigenossen, das ist, daß Sie aufpassen auf die Parteipresse, damit sie Ihr Werkzeug ist und Ihre Meinung und Stimmung zum Ausdruck bringt. Auch darauf müssen Sie achten.

das unsere Parlamentarier hinter sich eine drängende Masse spüren, damit sie nicht so verhängnisvolle Bahnen betreten wie bei der Militärvorlage. Gestalten Sie die Organisation so, daß Sie nicht warten brauchen, bis mit dem Kommandostich von oben gewinkt wird, sondern daß der Kommandostich in Ihrer Hand ist. Nicht in technischen Einzelfragen dürfen Sie sich verlieren, wie Umge-haltung der Zahlabende und des Delegiertenstems. Alles das ist ja wichtig, aber vor allem muß sich das Auge den allgemeinen Richtlinien unserer Politik im Parlament und im ganzen Lande

anzuwenden. Die Politik darf nicht so gemacht werden, daß die Massen immer vor vollendeten Tatsachen stehen. Vor allem müssen Sie darauf sehen, daß

die Presse eine scharfgelächene Waffe im Kampfe ist, und daß sie die Dunkelheit in den Köpfen zerstreut. Die Massen müssen zur Geltung kommen, um das Schiff der Partei vorwärts zu schieben, dann können wir getrost in die Zukunft blicken. Die Geschichte wird Ihre Sache machen. Schauen Sie, daß auch Sie Ihre Sache gutmachen. (Starker Beifall.)

Als erster Diskussionsredner

sprach Preter. Unter lebhafter Unruhe und Widerspruch der Versammlung bezeichnete er die Kritik, welche Genossin Luxemburg an einzelnen Personen und Parteieinrichtungen übte, als nicht zur Sache gehörig. Diese Kritik, die mit dem Massenstreik gar nichts zu tun habe, hätte im Interesse der Parteioorganisation unterbleiben sollen. Eine Propagierung des Massenstreiks zum Zwecke der Aufklärung bezeichnete der Redner als notwendig, aber nicht in dem Sinne, daß alle Einzelheiten des Massenstreiks im voraus festgesetzt werden.

Genossin Luxemburg bewege sich in romantischen Illusionen.

Die Organisationen hätten doch eine große Bedeutung auch bei der Durchführung eines Massenstreiks, der aber aus Anlaß einer Einzelfrage, wie der des preussischen Wahlrechts, nicht ins Werk gesetzt werden solle. Auf die unorganisierten Massen könnten wir nicht rechnen. Das habe der Bergarbeiterstreik gezeigt. Da hätten sich die Unorganisierten nur in sehr kleiner Zahl beteiligt, obgleich doch für einen wirtschaftlichen Streik die Massen leichter ins Feld geführt werden könnten wie bei einem politischen Streik. Gerade die Arbeiter-schichten, auf die es bei einem politischen Massenstreik hauptsächlich ankomme: Das Eisenbahn-, Post- und Verkehrspersonal, würden nicht mitmachen. Die preussischen Junker würden übrigens von einem Massenstreik der Industriearbeiter gar nicht betroffen werden. Er treffe aber außer den Arbeitern auch die bürgerlichen Elemente, die Gegner der Junkerpolitik seien. Der Massenstreik könne möglich und notwendig sein, um einen Staatsstreik von oben, wie Raub des Wahlrechts oder Koalitionsrechts abzuwehren. Das sei eine Sache, durch die 90 Proz. der Bevölkerung bis ins Innerste erregt werden.

Das Hauptgewicht müsse gelegt werden auf die Organisation der Massen

und die Erziehung der Jugend in unserem Sinne. (Lebhafter Beifall.)

Adamski betonte unter lebhaftem Beifall, der Massenstreik müsse, auch über die Köpfe der Führer, in die Wege geleitet werden.

Dr. Alfred Bernstein wies auf die Notwendigkeit starker Organisationen hin und empfahl als notwendige Ergänzung des Massenstreiks den „Geburtenstreik“. Die Frauen sollten sich sagen: Diesem Staat geben wir keine Kinder. (Beifall.)

Drehler meinte, die Kaiserfeier solle ja auch ein Massenstreik sein, der aber in jedem Jahre Fiasko gemacht habe. Wenn ein politischer Massenstreik inszeniert werden sollte, dann würden wir auch ein glänzendes Fiasko erleben.

Rehner trat dieser Auffassung sowie einigen Ausführungen Preters entgegen und vertrat die Ansicht: Der Massenstreik sei in Deutschland möglich, aber es müsse erst der Boden dazu vorbereitet werden. Die heranwachsende Jugend müsse in unserem Sinne erzogen werden. Wenn die Träger der Bajonette zu denken anfangen, dann sei es mit der Herrschaft der Besitzenden zu Ende.

Julian Vorhardt stimmte der Genossin Luxemburg in ihrer Kritik der Parteitaktik zu. Die gesamte Taktik der Partei sei seit geraumer Zeit viel zu zahm geworden. In den Organisationen würden die Genossen nicht im rechten Geist erzogen. Die Parteitaktik sei ganz und gar darauf eingestellt, daß die Massen nur zum Reichstag, zu den Landtagen und den Gemeindeförperschaften zu wählen haben, aber die Kreise der diplomatischen Führer sollten nicht durch die Massen gestört werden. (Beifall.) Die Bildungsbestrebungen und die Jugendbewegung seien auch nicht von oben, sondern erst auf Drängen der Massen gekommen. Es komme darauf an, daß die Masse in der Parteipolitik selbst zu bestimmen habe und nicht alles den Führern überlassen bleibe. Die Frage des Massenstreiks könne nicht von den Führern entschieden werden, weil sie ja nicht die großen Opfer zu tragen haben, die jeder am Streik Beteiligte bringen muß. Darum müssen in der Frage des Massenstreiks die Massen selbst entscheiden. Damit sie es können, sei Aufklärung nötig. Der Geist der Dämpfung, in dem wir seit 1 1/2 Jahren leben, müsse weichen, und der Geist eines frisch-fröhlichen Kampfes müsse einziehen. (Lebhafter Beifall.)

Rijner meinte, auf die Unorganisierten könnten wir nicht rechnen. Ein friedlicher Massenstreik wie in Belgien sei in Deutschland nicht möglich.

Ein Schlußantrag wurde angenommen. Rosa Luxemburg sagte in ihrem

Schlußwort,

sie sei von der Diskussion sehr enttäuscht. Es sei beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten seien. Was hier gegen sie gesagt worden sei, das sei an ihren Ausführungen vorbeigesprochen. Weiter betonte die Rednerin, sie habe nicht, wie in der Diskussion gesagt wurde, unsere Organisation herabgesetzt. Sie habe doch anerkannt, die Macht der Organisation sei so groß, daß, wenn sie rufe, die Massen sich unter ihre Fahne stellen. Die Organisation der Sozialdemokratie sei die Seele der Volksbewegung, des Klassenkampfes. Die große Waffe sei der Leib. Man sehe doch nicht die Seele herab, wenn man sage, sie sei imstande, den Leib mitzureißen. Die Geldfrage sei hier berührt worden. Zum Kriegführen im Sinne des Militarismus sei Geld allerdings die Hauptsache. Im proletarischen Klassenkampf komme es aber auf die Kraft des Geistes an. Aber für gefüllte Massen und große Mitgliederzahlen sorgen wolle, der müsse zeigen, daß er den Herzen der Masse die Nahrung geben könne, nach der sie lachen. Wann und bei welcher Gelegenheit der Massenstreik kommt, könne die Rednerin nicht sagen. Aber sie wolle, daß, wenn er kommt,

die Massen reif dafür sind. — Wenn wir auch an die Gesetze der Entwicklung gebunden seien, so sei es am letzten Ende doch unsere Aktion, die berufen sei. Werkzeug und Volkstredner der Entwicklung zu sein. — Die Debatte über den Massenstreik solle nicht beeinträchtigt werden durch billige Begeisterung, auch nicht durch den Besinnungs-, der nur mit eingeschriebenen Mitgliedern rechnet. Sie solle vielmehr Anstoß geben zu einer gründlichen Prüfung der Parteitaktik, nicht um Kleinlich an den Führern zu nörgeln, sondern um große und starke Entschlüsse zu fassen. Dann werden Führer und Massen, wenn die Stunde ruft, auf dem Posten sein. (Lebhafter Beifall.)

In der „Arania“, Wrangelstraße, sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Lenz

vor einem dichtgedrängten Publikum, unter dem die Frauen sehr stark vertreten waren. Redner wies eingangs seines Referats auf die Debatten über den Massenstreik hin und knüpfte hieran ungefähr folgende Ausführungen:

Die Parteitaktik wird in der letzten Zeit einer scharfen Kritik unterzogen, an der sich insbesondere die Parteipresse beteiligt hat

und noch beilegt. Diese Kritik knüpft sich vornehmlich an den Ausgang der preussischen Landtagswahlen und an die Abstimmungen und Verhandlungen im Reichstage. In die Debatten über die beiden Ereignisse ist nun mit einem Male der

Schlachtum von Massenstreik

hineingeklappt. Es bleibt dahingestellt, wer ihn zuerst ausgestoßen, das radikale Stuttgart oder der revisionistische Frankfurt.

Er ist da und wir müssen eben Stellung dazu nehmen. Die Debatte darüber sieht allerdings etwas buntfärbig aus. Randerelei Meinungen über den Massenstreik werden laut, einige sehen ihn geradezu als Wünschelrute an, die uns aus einer fiesigen Situation, aus einer Sackgasse mit Gewalt herausweisen könne. Sicherlich aber hat der Ausfall der preussischen Landtagswahlen bewiesen, daß wir einen Fall vor uns haben, der auf dem bisherigen Weg nicht zu erstärmen ist. Nun sagen welche: Jetzt muß zur Eroberung des Reichstagswahlrechts für Preußen zum Massenstreik gegriffen werden, und darauf antwortet wieder unser offener radikales Parteiblatt, an die praktische Durchführung dieser Idee sei jetzt nicht zu denken.

Wir hatten in der Partei schon ähnliche Debatten über den Massenstreik, so auf dem Parteitag in Jena. Damals kam der Massenstreik aus Ruhland und das Ergebnis der Parteitagshandlungen war folgendes:

Das theoretische Bekenntnis zum Massenstreik.

Der Parteitag sagte: Wenn es einmal hart auf hart geht, dann greifen wir auch zu dieser Waffe. Damit war die Sache erledigt und die Massenstreikfrage schließt wieder ein. Jetzt taucht sie mit einem Male aufs neue auf. Aber es ist kein Literatengespinnst, kein Akademikerstreik, nein, das Problem ist aus der Masse herausgewachsen. Wenn wir nun fragen, ob die Debatte einen fruchtbareren Charakter verleiht, so kann man nur urteilen, indem wir die Wandlungen, die unsere Partei im Laufe der Zeit durchgemacht hat, verfolgen. In den Zeiten des Sozialistengesetzes hat die Partei sich durchgeschlagen mit ihrer eigenen Taktik. Wir wissen heute bestimmt, daß Bismarck die Bewegung im Blut erstickten wollte. Dazumal, wo die herrschende Klasse lauernd wie ein Tiger lag, um uns zu überfallen, blieb die Partei in der Defensive; sie beschränkte sich in der Verteidigung und benutzte die Zeit, um langsam zu erstarren. In jenen Jahren war die Reichstagstribüne der wichtigste Ort, von wo das Samenwort des Sozialismus ausgebreitet werden konnte. In den Versammlungen und Zusammenkünften wurde den Arbeitern aber immer wieder gesagt: Laßt Euch nicht provozieren. Später kamen dann die Kämpfe innerhalb der Partei zwischen Radikalen und Revisionisten. Wir sind in jenen Debatten nicht vorwärtsgekommen, sondern wie die Kugel um den eigenen Schwanz herumgegangen. Um eine Frage wie die Budgetfrage wurde auf Parteitag dreimal gekämpft und zwar mit Erbitterung.

Seit jener Zeit haben wir nun ganz neue Erscheinungen erlebt. In Jena 1911 mußte sich der Parteivorstand zum erstenmal gegen eine Kritik von links her verteidigen, die ihm vorwarf, nicht scharf genug gegen die Kriegsgefahr eingeschritten zu sein. Festhalten müssen wir, daß

erkennliche Verschiebungen in der Partei

stattgefunden. Früher bezeichneten David und Rosa Luxemburg die verschiedenen Richtungen. So leicht ist aber die Unterscheidung heute nicht mehr. Diese Grenzlinien sind verwischt und an ihre Stelle neue Markationslinien getreten. Der Parteivorstand befindet sich im Zeichen des Übergangs und die Debatten jetzt fast ein Beweis dafür, daß neue Gruppierungen sich vollziehen, daß wir vor neuen Problemen stehen, die Antwort erfordern. Diese Lösung ist kein Zufall, es müssen Gründe sozialer und wirtschaftlicher Art vorliegen. Wenn wir unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung betrachten, so müssen wir feststellen, daß sich auch dort Umwälzungen vollziehen, die wir imperialistische nennen, daß dort ungeheure Kapitalmassen aufgehäuft sind und daß heute in der Hand weniger Bourgeois weit mehr politische Macht vereinigt ist, als im gesamten Mittelstand. Eine Zerreißung des Mittelstandes ist in den letzten Jahrzehnten in schnellstem Tempo vorgegangen. Nennen wir nur eine Zahl: In 42 Jahren hatten wir eine Volkszunahme von 20 Millionen. Das bedeutet eine Umwälzung in den tiefsten Tiefen der Gesellschaft. Dieses neue Deutschland hat mit dem früheren nichts mehr gemein als den Namen. Im Innern selbst haben sich die Verhältnisse gänzlich wie nur kaum möglich. Deutlich nach außen hin. Eine rasche Umwälzung der kapitalistischen und nichtkapitalistischen Welt hat sich vollzogen. 1904 kam der Krieg in Ostasien. Da sagte man bei uns: Was geht das uns an? Jener Krieg aber wurde für uns der Anfang von großen Veränderungen, von einem Prozeß, der jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Was wir voraus sagten, traf ein: der Krieg endet mit einer Niederlage Rußlands und einer Revolution in Rußland. Und wer die Verhältnisse überschaut, weiß, daß

diese Revolution noch nicht tot

ist. Was aber an jene Ereignisse anknüpfte, war eine Kette fast ununterbrochener Erscheinungen. Umwälzungen und Revolutionen in der Türkei und in China. Und schon zeigen sich neue Gärungen im Chinesenreiche. England, Frankreich und Deutschland gerieten wegen der Aufstellung Afrikas in Revolutionslagen und wir standen am Haarebreite vor einem Weltkrieg. Karakko bildete in den letzten Jahren die furchtbarste und akuteste Gefahr, sie ist beigelegt, aber nicht für immer. Dann kam ein Krieg nach dem andern, Italien, die Türkei, die Balkanvölker, sie alle führten Krieg und was noch weiter kommt, kann niemand wissen. Die weltpolitische Situation hat sich verwandelt in rascheste Unruhe. Und gerade jene Staaten, die als die konservativsten galten, ergittern jetzt unter Kriegen und Revolten,

seit 10 Jahren dampft die Erde fast unauhörlich von Blut und Tränen.

Ob diese Ereignisse an Deutschland vorübergehen werden? Durch diese Kriege und durch die innere Zuspaltung der Klassenverhältnisse werden auch bei uns neue Situationen geschaffen. Sie sind das Produkt der imperialistischen Strömung. Hieraus erkennen wir den Grund zu dem Gärungsprozeß in unserer Partei. In Deutschland stehen die bürgerlichen Parteien in fast allen wichtigen Fragen zusammen. Trotz der 110 Genossen im Reichstag sind

in zwei Jahren zwei Gesetzesvorlagen

durchgebracht worden und so schnell wie nie zuvor. Rein äußerlich betrachtet, kann man sagen: Je mehr Sozialdemokraten im Reichstag sind, um so schneller gehts. Ja, je mehr Sozialdemokraten, um so fester schließen sich die anderen Parteien zusammen und verschmelzen die Gegensätze unter ihnen, gibt es nur ein Haben und Drüben. Darum ist es für uns immer schwerer, diese Gegensätze auszumachen, weil sie immer mehr verschwinden. Wenn bei 110 Sozialdemokraten die arbeitereindlichen Vorlagen schneller durchgehen als sonst, dann muß das parlamentarische System eine veränderte Werteschilderung erfahren und danach muß die Partei sich einrichten. Wenn aber der Wert eines Parlamentes ein gemindert ist, so erbt von unten der Ruf: Massenstreik. Wir sind in einer Lage, wo ohne die entscheidende Teilnahme der Massen keine durchgreifende Verbesserung der Zustände zu erreichen ist. Hier haben wir das historische Bekenntnis:

ohne das bewußte Eingreifen der Masse kommen wir nicht vorwärts! Und da kommt, wie aus der Pistole geschossen, der Ruf: Massenstreik! Dieser Ruf ist nun aber nicht so, daß man plötzlich in den Streik eintreten wird. Wenn der Ruf sich in erster Linie an das Wahlrecht klammert und verlangt den Massenstreik zur Eroberung des Wahlrechts in Preußen, so liegt die Dinge im Zusammenhang mit diesen Ausführungen, bedeutet doch der Kampf nach Eroberung des Wahlrechts nicht so sehr ein Kampf um Mandate, sondern um die politische Gewalt überhaupt. Der Kampf um die politische Macht wird in Preußen ausgefochten werden, Preußen ist die ausschlaggebende Gewalt.

Wir sind entschlossen, den Kampf um die politische Macht in Deutschland beim richtigen Zeitpunkt anzufangen. Es handelt sich nicht darum, einen Massenstreik zu machen, sondern

mit der Taktik der Partei, die aus der reinen Defensive aufgebaut ist und damals klug und angebracht war, zu brechen.

Wir haben eine Million organisierter Parteigenossen, dies ist schon ein Faktor, ein Ereignis im politischen Leben. Doch die Frage, wie diese Masse dirigiert wird, ist von entscheidender Wichtigkeit. Die bisherige schwankende Taktik muß aufhören. Wenn den Massen beigebracht wird, daß sie lediglich auf sich angewiesen ist, wenn die Taktik von Siegesgeminheit und kühnem Mut getragen ist, wenn wir auf Schläge mit Gegenschlägen antworten, dann kommt bei den Massen von selbst das Gefühl der Sicherheit und Entschlossenheit. Flugblattanstragen genügt für eine solche Masse nicht, auch da muß und soll Politik gemacht werden. Der Wille zur Macht muß zum Ausdruck kommen. So werden uns dann auch in entscheidenden Momenten die abseits Stehenden, die Unorganisierten folgen, wenn sie sehen, daß die kühne Taktik unsere Schritte leitet. Keine loslöse Taktik, aber auch kein Bremsen. Wir wollen den Massenstreik nicht künstlich herbeiführen, können wir aber einen Krieg verhindern durch das Parlament? Nein!

Die Masse muß eingreifen in das Rad der Weltgeschichte.

Nedner schließt mit den Worten Dantes: Hier braucht Kühnheit, und zum zweiten Mal Kühnheit, und zum dritten Mal Kühnheit! (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion

eröffnete Adam: Ihm scheint, daß Lenin sehr vorsichtig gewesen sei in der Auslegung des Massenstreiks. Als Arbeiter verstehen wir darunter einfach: Alle Räder stehen still. Die Wahlrechtsfrage stelle die Partei vor immer schwierigeren Problemen. Die Wahlrechtsdemonstrationen seien eine stumpfe Waffe. Nun sehe man sich nach einer anderen um, den Massenstreik. Hier aber hätten die Gewerkschaften ein sehr ernstes Wort mitzureden. (Beifall.) Denn es kann alles, was mühevoll aufgebaut ist, dabei verloren gehen. Es komme darauf an, ob an der heutigen Wirtschaftsform durch den Massenstreik etwas geändert werden könne. Das sei nicht der Fall.

Die Gewerkschaften haben zurzeit wichtigere Fragen zu lösen als die Wahlrechtsfrage.

(Widerpruch.) Vor allem muß gesorgt werden, daß die große Reservearmee vor Hunger und Not geschützt werden kann. Die schwache Beteiligung an den Protestaktionen spreche nicht für die Reife der Arbeiter zum Massenstreik. Es sind erst 28 Proz. der wirtschaftlichen Organisationen angeschlossen. Zubeils Rede sei eine Provokation der Gewerkschaften gewesen, damit verleihe man den Gewerkschaftsführern nur die Arbeit. (Widerpruch und teilweiser Beifall.)

Rintorf: Mit Lenins Rede könne man einverstanden sein. Wir haben alle Ursache, scharfer vorzugehen. Es herrsche unter den Genossen eine große Unlust, weil kein richtiges Vertrauen mehr da sei. Der Massenstreikgedanke müsse in die Massen getragen werden. Unserer Führer müssen uns neue Mittel zum Kampfe geben.

Künzler: Wenn wir so lange warten wollten, wie die Gewerkschaften ihren Geldbeutel beschützen, dann können wir 100 Jahre warten. So gehts nicht weiter. Wir haben nichts zu verlieren! Votum: Der Vorschlag der Gewerkschaften ist die Geldbeutelfrage. Wir kämen zum Stillstand, wenn die radikale Seite nicht immer wieder vorgeht. Der Generalstreik ist die einzige Waffe, womit wir die Macht des Kapitals brechen können. Vor allem aber sei nötig: Der Generalstreik im Kindergebären, um dem Kapital die Arbeitskräfte zu entziehen und eine kleinere, aber besser genährte, geschulte und widerstandsfähige Masse zu erziehen. So können wir den Kampf aufnehmen.

Gebro: Durch die Gewerkschaften ist der Geist grobgezogen worden, der in der Frage zum Ausdruck kommt: Was kriegerisch? Den wahren Sozialismus haben die Gewerkschaften durch die Geldbeutelfrage zurückgebrängt. Partei und Gewerkschaften haben es an der nötigen Entschlossenheit fehlen lassen. Wir haben viele Beamte unter uns. Es sei ja zu verstehen, wenn diese nicht gerne aus ihrer sicheren, guten Existenz herausgerissen sein wollen. denn sie wären die ersten, die ran mühten. Da hülfte dann kein Rundspitzen, da mühte gepiffen werden. Der Hauptkampf gelte dem Militarismus.

G. Weirich: Wenn wir die ganze Gewerkschaftsbewegung betrachten, dann sehen wir, daß die meisten Gewerkschaftsführer die Fähigkeit zum preussischen Minister hätten. Die Partei will die Massenstreikfrage populär machen, da treten auch gleich die Gewerkschaftsführer auf. Das sind gar keine Sozialdemokraten mehr, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Das Parteileben leide an geistiger Leere. Die Zahlwörter seien zu entgeistert und würden mit technischen Fragen ausgefüllt. Er gehe deshalb nur selten hin. Es mühten mehr Politik geschrieben werden. (Rufe: Hänge doch bei Deinem an!) Wir müssen noch mehr an die Gewinnung der Jugend denken.

Schäfers: Adam hat viel gelesen, aber nichts gelernt. Der erste Angriff muß Preußen gelten. Von dort kommen die Angriffe gegen die Rechte der Gewerkschaften, das möchte er, Nedner, den Gewerkschaftsführern sagen.

Weirich: Die Gewerkschaften könnten mit ihrem Gelde, wenn eine so schwere Situation hereindrücke, eingreifen, besonders aber die Familien mit großer Kinderzahl unterstützen. Wenn der Zeitpunkt zum Massenstreik kommt, dann ist in zwei Tagen die Arbeiterschaft mobil, auch die unorganisierte.

Greiber: Man müsse sich wundern, daß kein Gewerkschaftsführer in diesen Versammlungen das Wort nehme. Das Gewäch Adam sei ja eben von anderer Seite widerlegt worden. (Große Unruhe.) Die Tarifverträge haben den Kampfesmut geschwächt. Die Gewerkschaften haben ja was geleistet (Rauf), aber die Arbeiter sind laßter geworden. Der Massenstreik sei ein idealer Kampf ohne Geld. (Rufe: Der Idealismus steigt ohne Geld zum Fenster hinaus!) Ja, bei den Gewerkschaftsführern ist das der Fall. Allerdings, die Soldaten haben wir noch nicht für uns und am 1. Mai werden die meisten Arbeiter leider auch im Betrieb. Die gegnerischen Gewerkschaften und die Unorganisierten würden beim Massenstreik auch nicht mitmachen.

Der Vorkühnde rügt den Ausdruck „Gedäch“ und die Behauptung eines Vorkühnders, daß die Gewerkschaftsführer nur für Geld tätig seien.

Weirich: Partei und Gewerkschaften müssen zusammen die Befreiung aus dem Joch betreiben. Er denke als Genosse ebenso wie als Gewerkschaftler. Wenn wir wollen, dann kommt der Massenstreik, ob es den Führern paßt oder nicht. Lenin nahm als Referent noch das

Schlusswort:

Es scheint hier ja eine lebhaftige Zustimmung gegen die Gewerkschaftsführer zu herrschen. Wenn man aber die Haltung, die Genosse Adam eingenommen habe, allen Gewerkschaftsführern zuschreiben wollte, so würde man denselben unrecht tun. Viele derselben haben sich direkt entgegengelehrt gedankt wie Adam. Allerdings, wenn ein großer Teil sich schon von vornherein gegen das Problem wendet, dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn Zustimmung gegen sie entstehe. Die Massenstreikfrage sei eine wichtige, da komme man mit solchen Argumenten, wie Adam sie vorgebracht, nicht heran, sondern müsse tiefer schürfen. Wenn Adam, der doch Genosse ist, sich so prononziert als Gewerkschaftler hinstellt, so führt das in der Praxis zu einer Zweifelntheorie, die einfach nicht aufrecht zu erhalten ist. Mit einem anseuernden Rahmwort schließt der Redner.

24. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Zweiter Tag.

Karlsbad, 22. Juli 1913.

Die Mandatskommission berichtet, daß vertreten sind: 603 000 Engländer durch 72; 176 000 Deutsche und preussische Polen durch 22; 1000 Holländer durch 1; 14 820 Oesterreicher durch 28; 40 000 Franzosen durch 15; 40 400 Belgier durch 7; 500 000 Reich-

amerikaner durch 3 Delegierte; zusammen 1 374 000 Organisierte durch 148 Delegierte.

Der Kongress behandelt heute die Frage der Arbeitszeit.

Adamson-England begründet eine auch von Belgien beantragte Resolution zugunsten des Achtstundentages einschließlich Ein- und Ausfahrt, 10 stündiger Ruhezeit zwischen den Schichten und Höchstzahl von 8 Schichten in der Woche. — Er weist besonders auf die gesundheitlichen und Unfallgefahren im Bergbau hin und besagt die Erschwerung der geistigen Ausbildung der Bergarbeiter durch die überlange Arbeitszeit. In England wurde 1908 das Achtstundengesetz eingeführt, aber es bezieht die Seilfahrt nicht ein und ist lückenhaft. Wir fordern 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf und 8 Schilling den Tag! (Beifall.)

Carreau-Belgien feiert den internationalen Zusammenschluß der Bergarbeiter, der nun 25 Jahre besteht und stets in erster Reihe die Verkürzung der Arbeitszeit als eine Forderung der Kultur aufgestellt hat. Wir in Belgien litten unter Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden und bliden mit Reid, aber auch mit Stolz und in der Zuebersicht, ihrem Beispiel nachzufolgen, auf unsere englischen Kameraden. Wir haben 1911 das Neunstunden-gesetz erlassen und verbunden das besonders dem internationalen Grubenproletariat, dessen Kampf unsere Schwungkraft vergrößerte. Wir streben besonders die englische 5½-Tagewoche an und dazu ist vor allem Stärkung der Organisation erforderlich. (Beifall, Beifall.)

Dubjel-Deutschland (Pole) unterstützt die Achtstundentresolution unter Hinweis auf die degenerierenden Folgen der gesteigerten Ausbeutung. In Oberschlesien zwingen uns die Kohlenmagnaten und der Fiskus, 10–11 Stunden unter Tage und 12 Stunden über Tage zu arbeiten. Die bis zu 9 Meter mächtigen Stöße müssen rasch abgebaut werden, die Gefahr ist groß und das Leben der leider noch sehr gleichgültigen schlesischen Bergarbeiter währt nur kurze Zeit im Vergleich zu anderen Arbeitern. Es ist höchste Zeit, die verelendete Ausbeutung gesetzlich zu beschränken. (Allg. Zustimmung.) — Die Angabe der niedrigen Löhne in Oberschlesien erregt das Erstaunen der Engländer.

Barolim-Oesterreich weist auf die der belgischen ähnliche Entwicklung in Oesterreich und die Erstämpfung des Neunstunden-gesetzes im Jahre 1902 hin. Das war damals ein großer Erfolg. Aber seitdem haben wir auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung weitere Erfolge infolge des Widerstandes der Regierung und der Verschleppung unserer Anträge durch die bürgerlichen Parteien nicht zu verzeichnen. Die bürgerlichen Abgeordneten haben sich ja sogar gegen den gesetzlichen Feiertagstag für die Fabrikarbeiter ausgesprochen, obwohl er kaum nur den tatsächlichen Zustand sanktionieren würde! (Beifall.) Wir erkennen daraus, daß uns nur der Ausbau der Organisation vorwärts bringen kann. Wir fordern in einer mit Deutschland und Holland gestellten Resolution Verkürzung der Arbeitszeit vor nassen und heißen Orien auf sechs Stunden. Die hohe Erkrankungsrate der Bergleute — bis 80 Proz. und mehr — begründet diese Forderung. (Beifall.) Unsere Bergbehörden könnten das jetzt schon bestimmen, aber sie müssen von der Organisation dazu gedrängt werden, und einmal hat sogar das oberste Gericht erklärt, daß der „hygienische Arbeitstag“ zwar notwendig sei, aber seine Festsetzung dem Neunstunden-gesetz widerspreche! (Beifall.) Wir freuen uns, daß das englische Achtstundengesetz die Unternehmerrläge widerlegt, daß in England die Seilfahrt nicht eingerechnet werde. Unser Antrag ist eine Forderung der Menschlichkeit, die Stärkung unserer Organisation muß sie zum Gesetz machen. (Beifall.)

Cadoux-Frankreich schildert eindringlich den Widerstand des französischen Senats gegen den sozialpolitischen „Fortschritt“ und die „Barrieren“, die das französische Achtstundengesetz dem Achtstundentag in den Weg stellt. Beide Resolutionen werden auf Vorschlag von Langhorst-Deutschland verbunden und hierauf einstimmig angenommen. — In der Nachmittags-sitzung steht zur Beratung der Bergarbeiterkongress.

Schmidt-Bodum (deutscher Bergarbeiterverband) weist auf die Treiberei nach Kohlen, Kohlen hin, wobei die Sicherheitsrisiken unbeachtet bleiben; es erschlafft nicht nur der Körper, sondern auch die Wachsamkeit gegen die Gefahren. Fallen doch die meisten Unfälle nach der amtlichen Statistik auf das Wochenende, was übrigens die Behauptung der Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung) genügend illustriert, daß die meisten Unfälle auf Sonntag-grünbe zurückzuführen seien. 1888 verunglückten pro 1000: 65,46, 1911 aber schon 126,74. Freilich, entschädigt wird nur ein geringer Teil. Von 366 000 Versicherten im Ruhrrevier verunglückten 53 663 — 3000 mehr als im Vorjahre, eine die größte Zunahme als die der Arbeiterzahl. 1902 waren erst etwas über 87 000 verunglückt! 1912 passierten schon 126,74 Unfälle pro Tag, und es gab 1082 tödliche Unfälle gegen 518 vor 10 Jahren. Die Sicherheitsmänner können die bisherigen gesetzlich gesicherten Recht gar nicht ausüben, weil die Unternehmer sie durch die sattem bekannten Schikanen und Lohnrückzügen daran hindern. Der Redner erzählt einige der traurigsten Fälle von Sicherheitsmännern, die Entlohnung und selbst von preussischen Beamten als ungerechtfertigt erklärten Entlassungen von Sicherheitsmännern. Die Beschwerden werden in der Regel von den Bergbehörden abgewiesen. Die Entlohnung des Schlagwerkbundes durch einen Sicherheitsmann auf jeder „Dorfsfeld“ bezeichnet der Redner als Unsin — bis er sich selbst davon überzeuge. Unsere Bergkassen sind eben Blut vom Blut der Hohenherren — und die christlichen Bergarbeiterführer loben diese Zustände noch, wie Herr Imbusch im preussischen Landtag. Und dabei werden die christlichen Sicherheitsmänner, wenn sie ihre Pflicht tun, genau so schikaniert wie unsere. In England sinken die Unfälle — und da soll Deutschland die beste Unfallversicherung haben! Deutschland in der Welt voran — aber besonders bei den Unfällen im Bergbau (Beifall); der Redner beweiht dies zohlenmäßig. Die einzige Abhilfe zeigt unsere Resolution, die auch von Oesterreich und Holland gestellt ist: die Anstellung von geheim und direkt gewählten, von Staat besoldeten Grubenkontrolleuren aus der Mitte der Bergarbeiter! (Beifall, Beifall.)

Zwanzger-Leoben, Vertrauensmann der steirischen Bergarbeiter, führt aus, daß die österreichischen Bergarbeiter, gewöhnt durch die deutschen Erfahrungen, die Übernahme des deutschen Sicherheitsmännersystems ablehnen. Auf das Drängen unserer Freunde hat sich der k. k. Arbeitsrat für staatliche Besoldung der Sicherheitsmänner ausgesprochen, dafür aber will die Regierung kein Geld haben. Wird doch der Grubeninspektion nicht genug Geld zur Verfügung gestellt, um die nötigen Vereisungen vorzunehmen. (Beifall.) Die Unfallziffern steigen auch bei uns. So steht es bei uns mit dem Bergarbeiterkongress! Wir stimmen natürlich für die Resolution.

Gifers-Holland: In der Hochkonjunktur steigen die Unfall-ziffern, da fragen die Bergwerksbesitzer nur nach ihrem Gewinn, nicht nach dem Leben der Arbeiter. Davon können auch wir Holländer ein Lied singen. Von 1500 Bergleuten der Staatsgrube „Wilhelmina“ sind 544 verunglückt. Unsere Gesetze sind noch schlechter als die deutschen. Die Arbeiterschaft bedeutet nichts, denn sie sind vollkommen abhängig von den Grubenverwaltungen. Unsere internationalen Beschlüsse haben wenigstens zur Vorrage eines Gesetzentwurfs durch eine Staatskommission geführt, wozu staatlich besoldete Grubenkontrolleure angestellt werden sollen. Sie sollen zwar von den Arbeiterausschüssen gewählt werden, aber zu diesen sollen auch die Ausländer wahlberechtigt werden. (Beifall.) Die Besuche der Inspektion werden immer rascher heruntertelephoniert und die schlechten Arbeitsorte werden ihr nicht gezeigt.

Garven-Großbritannien legt in sehr temperamentvoller und durch Beifallstürme oft unterbrochener Rede dar, daß die Sicherheit des Lebens des Grubenarbeiters die Hauptfrage für den Kongress ist. Die Privatunternehmer ignorieren solche Rücksichten. Die langsam vordringende Auffklärung im Sinne der Menschlichkeit schafft nicht schnell und sicher genug Wandel. Das Leben der Bürger der Nation muß dem Unternehmerprofit vorangehen. Welche Ent-

Schädigung kann den Kindern den Vater, der Frau den Mann ersetzen? Nur Sicherung gegen weitere Unglücksfälle kann eine halbe Entschädigung sein. Jeder A. englische Knappe verunglückt, und als wir ein neues, besseres Gesetz erlängten, beschuldigten uns die Profiträger des Landesrats (Hörl hörl) Das neue Gesetz schränkt die Verwendung der Elektrizität, namentlich an Orten mit gashaltiger Luft, stark ein, durch elektrische Funken sind ja auch schon so viele Explosionen entstanden. Die Sicherung des Lebens der Bergarbeiter muß allem anderen vorangehen, — stimmen wir einmütig der Resolution zu! (Großer Beifall.)

Palonh: Belgien begründet unter Hinweis auf die Grubenunfälle in Belgien eine Resolution, wonach die Gesetzgebung die Sicherheit der Bergarbeiter in jeder Hinsicht besser gewährleisten sollte. Jetzt werden die Arbeiterinspektoren bei uns, da sich die paritätischen Arbeiter- und Unternehmerkammern nie einigen, vom Arbeitsminister im Sinne der Berufsberufen ernannt, wir schließen uns daher ganz der deutsch-österreichischen Forderung an. (Beifall.) Die Weiterberatung wird nach einer längeren Rede **Macdonalds** Amerika, deren Uebersetzung erst morgen vorgetragen wird, auf morgen vertagt.

Ein Notschrei der arbeitslosen Berliner Holzarbeiter.

Im großen Saale der Brauerei Friedrichshain hielten die arbeitslosen Berliner Holzarbeiter am Dienstag eine große Versammlung ab. Obgleich die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes im „Vorwärts“ darauf hingewiesen hatte, daß die Versammlung nicht von ihr, sondern von dritter Seite einberufen war, war der große Saal der Brauerei völlig überfüllt.

Der Referent **Knaup** führte etwa aus: Die Kollegen sind eingeladen, um die Not der Arbeitslosen zu besprechen. Das Glend ist enorm, das Notstandsidiol auf dem Arbeitsnachweis ist beängstigend. Familienväter wissen nicht mehr, woher sie das notwendige bishiden Essen für ihre vor Hunger scheiternden Kinder hernehmen sollen. Die Verwaltung hat nicht den Mut, dieses grenzenlose Glend bekanntzugeben. Darum griffen wir zur Selbsthilfe und beriefen diese Versammlung selbst ein. Die Krise ist international, die Arbeitslosigkeit so erschreckend wie nie zuvor. Die Wehrhaft der arbeitslosen Kollegen ist 8 bis 10 Wochen arbeitslos, daher längst ganz ausgezehrt, ohne Essen, ohne Trinken, viele nur noch in zerrissenen Stiefeln, die Kleider abgerissen. Unser Vorstand prüht in der Holzarbeiterzeitung mit dem enormen Betragen von über 7 Millionen Mark, welches wir in unserer Verbandskasse haben, während wir, die Mitglieder, vor Glend samt unsern Familien verkommen.

Mitte: Wir können unsere Verwaltung für die Arbeitslosigkeit nicht verantwortlich machen. Verlangen müssen wir aber, daß diese mit uns gemeinsam über Mittel und Wege berät, um unsere Not zu lindern. Von den 7 Millionen Verbandsvermögen muß 1 Million für die Arbeitslosen geopfert werden. Wir sind die Opfer der von den Unternehmern geplanten Aussperrung. Diese hätte uns viel mehr gekostet; daher sollte der Vorstand die Arbeitslosen nicht ganz zugrunde gehen lassen. Vertraglich sind uns in den letzten 18 Jahren 13 Proz. Lohnerhöhung zugebilligt. Praktisch aber sind 20 Proz. abgezogen. Unsere Verwaltung muß erneuert werden, damit wir mitleidende Kollegen als Beamte erhalten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Mitte: Am vorigen Jahr hat die Verwaltung fünfmal abgelehnt, eine Arbeitslosenversammlung abzuhalten. Dieses Jahr ist deren Haltung ebenso.

Müller: Die bewilligte Extrazustützung von 10 M. war kaum ein Tropfen auf eine glühende Eisenplatte; es ist eine dauernde Arbeitslosenunterstützung nötig.

Umlauf: Wir kämpfen nicht gegen den Arbeitsnachweis, sondern gegen dessen Mißstände. Das Obligatorium muß aufrecht erhalten werden, ohne dieses hat der Arbeitsnachweis keinen Zweck. Früher mußten wir mit dem Kaloglicht in der Hand morgens 5 Uhr nach Arbeit suchen und warten, bis sich der annoncierende Meister einen von den vielen ausgesucht hat. Dies entwürdigende Schauspiel hat aufgehört. Die deutschen Proletarier sind viel zu schlapp. Wir lassen uns unsere Rechte erkämpfen. Rechte aus der Hand nehmen. Durch das Vertragsverhältnis ist die Arbeiterschaft eingekerkert worden. (Großer Beifall.)

Da noch 18 Redner vorgemerkt sind, wird die Redezeit auf 10 Minuten eingeschränkt.

Jähne: Die Einberufer der heutigen Versammlung sind lauter alte Verbandskollegen. Man kann uns keinen Vorwurf machen wegen unseres Vorgehens, da es die Verwaltung seit acht Wochen abgelehnt hat, etwas für die Arbeitslosen zu tun. Durch unser Delegiertensystem sind wir in der Generalversammlung rechtlos gemacht worden. Das Verlangen unserer Verwaltung, wir sollten nicht zu unserer Versammlung gehen, hat das Gegenteil bewirkt.

Blombinsky: Eine solche Arbeitslosigkeit haben selbst unsere ältesten Kollegen noch nicht erlebt. Das ganze Familienleben wird zerrüttet. Wo sonst Friede und Eintracht war, da herrschen jetzt Not, Glend, Jank und Streit.

Müller: Wie ist der Arbeitslosigkeit abzuhelfen? Durch die Berliner Aussperrungen wurden außerhalb viele große moderne Fabriken gebaut. Die abgeschlossenen Verträge sind nichtig, weil sie doch nicht gehalten werden. Die Arbeitszeit muß verkürzt werden, damit mehr beschäftigt werden können.

Weide: Kaufen und Verkaufen ist die Devise des Staates. Unsere Warte „Arbeitskraft“, die wir trotz bestem Willen nicht in Werte umsetzen können, ist überflüssig geworden. Die Arbeitslosigkeit ist eine rein wirtschaftliche Frage; geboren aus der ungeredeten Einrichtung des Massenlooses. Daher müssen wir vom Staat und der Kommune Abhilfe fordern und unsere städtischen und staatlichen Parlamentarier beauftragen, daß diese dort auf Abhilfe drängen.

Es wurde dann eine Resolution angenommen, die es mitbilligt, daß die Ortsverwaltung dem Wunsch der arbeitslosen Mitglieder nach Einberufung von Arbeitslosenversammlungen nicht Rechnung getragen hat. In diesen Versammlungen sollte auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Wirkungen hingewiesen und von Staat und Kommune verlangt werden, daß sie ihre Pflichten den arbeitslosen Bürgern gegenüber nachkommen. Verlangt wurde ferner von der Organisation, daß sie die arbeitslosen Kollegen, soweit die Verhältnisse es erlauben, vor der größten Not schütze. Schließlich wurde ausgesprochen, daß der Arbeitsnachweis im jetzigen Stadium nicht geeignet sei, die volle Parität zu wahren.

Die Versammlung, in der so viele Hitzige, von der Not bittierte Worte fielen, wurde schließlich geschlossen mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Gerichts-Zeitung.

Sinnsfällige Anklage gegen Streikposten.

Im Malergewerbe Groß-Berlins wurden im Frühjahr 1700 Malergehilfen ausgesperrt, obwohl der von den Gehilfen aufgestellte Tarif von den Arbeitgebern anerkannt war. Die Aussperrung war aus „Solidarität“ vorgenommen worden, da in vielen Städten im Reich wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Gehilfen streikten. Im April dieses Jahres standen die Maler Franz Kaup und Fritz Bedmann in der Sebastianstraße Streikposten. Bei dieser Gelegenheit soll zwei „Arbeitswilligen“, „Streikbrecher“ zugerufen worden sein. Die Arbeitswilligen stellten gegen Kaup und Bedmann Strafanzug. In der gestrigen Verhandlung vor der ersten Ferien-Kammer konnte nicht festgestellt werden, wer „Streikbrecher“ gerufen hat. Der Staatsanwalt ließ deshalb

die Anklage wegen Beleidigung fallen, beantragte aber, die Angeklagten wegen groben Unfugs zu bestrafen. Angesichts des Umstandes, daß solche Ausschreitungen geeignet seien, die öffentliche Ruhe und Ordnung arg zu gefährden, beantragte er drei Wochen Haft.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Behrend: Es ist jedenfalls auffallend, daß mit einer solchen Doppelpartie die Strafkammer beauftragt worden ist. Derartige geringfügige Dinge werden doch stets vor das Schöffengericht verwiesen. Jedenfalls ist den Angeklagten nicht nachgewiesen, daß sie „Streikbrecher“ gerufen haben und von einem groben Unfug kann gar keine Rede sein. Außerdem steht dies Delikt nicht zur Anklage. Ich beantrage deshalb die Freisprechung. Keineswegs rechtfertigt sich die beantragte hohe Strafe, zumal es sich um eine Aussperrung handelt. — Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Jaenisch: Durch die Beweisaufnahme konnte nicht festgestellt werden, wer „Streikbrecher“ gerufen hat. Es kann deshalb eine Verurteilung wegen Beleidigung nicht erfolgen. Grober Unfug liegt zweifellos vor. Dies Delikt steht aber nicht zur Anklage. Der Gerichtshof hat deshalb die Angeklagten freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Unverständlich ist, worin „grober Unfug“ liegt, wodurch das Publikum in seiner Allgemeinheit belästigt sein soll. Etwa durch Ausübung des Koalitionsrechts? Das ist ja undenkbar. Viel näher liegt die Frage, ob nicht in der Erhebung so unberechtigter Anklagen wie dieser und ähnlicher eine an groben Unfug mindestens grenzende Belästigung des Publikums erblickt werden kann.

Die Polizei und Staatsanwaltschaft Verbahren nachspürt.

Das Automobilunfall auf der Hennigsdorfer Chaussee gelangte gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin III zur Erörterung. Am Tage nach dem Unglücksfall fuhr der Bierkutscher Kubel mit seinem Gefährt die Hennigsdorfer Chaussee entlang. In der Nähe der Unglücksstätte sah er ein Seil, das quer über den Chausseeweg gespannt war. Infolge seiner Achtsamkeit hatte er sich vor Unglück bewahrt. Kubel erstattete sofort Anzeige. Als Antwort erhielt er von der Ortspolizeibehörde ein Strafmandat, in dem ihm sechs Wochen Haft wegen „groben Unfugs“ zubilligt wurden. Infolge Einspruchs gelangte die Sache vor das Schöffengericht Berlin-Weißing. Es wurde der Nachweis geführt, daß die Anzeige des Angeklagten auf Wahrheit beruht. Der Angeklagte wurde infolgedessen freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und lud eine Anzahl Gemeinbedienter als Zeugen vor. Diese bekundeten: Die Angaben des Angeklagten sind wahr. Wenn nach geschehener Anzeige sofort eine Untersuchung stattgefunden hätte, dann wäre es vielleicht gelungen, den Täter habhaft zu werden. — Das Gericht folgte dem Entzage des Verteidigers, Rechtsanwalt Behrend, sprach den Angeklagten wiederum frei und legte auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Wahrscheinlich ein starkes Stück. Ein gemeingefährlicher Verbrecher wird gesucht. Ein Bürger macht der Polizei wichtige Mitteilungen: darauf wird er mit sechs Wochen Haft belegt und es wird vermieden, den mitgeteilten Spuren zu folgen, die zur Entdeckung des oder der Leute hätte führen können, deren Tat an dem Tode eines Ehepaars schuldig ist. Da ist ja das Urbild des Amtsvorstehers Wehrhahn aus dem „Wibergel“ von Hauptmann beinahe überzogen. Dieses Urbild war der frühere Amtsvorsteher von Basse in Gröner. Dieser brachte es unter anderem fertig, zwei ehrbare Bürger, die vermeintlichen freisinnigen Führer Rastke und Kräfte, wegen schweren Einbruchs zu verhaften, nachdem er die im Schnee eingebrückten Spuren der wirklichen Einbrecher in seiner Aufregung zertrampelt hatte. Bei diesem im Jahre 1889 ausgeführten Hauptstück seiner vielen tragikomischen Verfolgungen folgte der stramm konservative Amtsvorsteher seiner angeborenen Klugheit, seinem anerzogenen Haß gegen alle eines Freiheitsdrangs Verdächtigen und den Einflüsterungen seines Schreibers, eines eitel beleumundeten Subjekts, das vom Berliner Polizeipräsidium entlassen war und später unter anderem wegen Unterschlagungen verurteilt wurde.

Ist bei solcher Art des Vorgehens von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht erklärlich, daß die an wirklichen, schweren Verbrechen Schuldigen so selten gefunden werden und daß das Publikum auch bei den Verfolgungen von Verbrechern sich scheut, der Polizei behilflich zu sein? Die gestrige Verhandlung legt die Frage nahe, ob es nicht angezeigt erscheint, eine Strafbestimmung gegen Beamte wegen fahrlässiger Begünstigung von Verbrechen zu schaffen.

Ein Landproletarier auf eigener Scholle.

Vor der Erfurter Strafkammer stand am Dienstag der landwirtschaftliche Arbeiter Ludwig Reimling aus Naust (Kreis Weiskirchen), weil er einem Landwirt zwei Sack Getreide entwendet hatte. Reimling arbeitet seit 17 Jahren gemeinschaftlich mit seiner Frau bei einem Großbauer. Als die Frau erkrankt wurde, mußte sie einer Heilanstalt überwiesen werden, was der Mann vor Gericht beteuerte, seine familiären Verhältnisse sehr schädlich beeinflusste. Der Bauer zahlte dem Manne einen Tagelohn von 1,50 M. Doch der Vorsitzende weiß einen guten Rat, wie ein Arbeiter mit einem Einkommen von 1,50 M. pro Tag seine Lage verbessern kann. „Sie haben doch Kinder, die Küben ziehen und Aehren lesen können.“ so meint er zu dem Angeklagten, „und schließlich haben sie doch auch ein Häuschen und können ein Schweinchen füttern.“ „Jawohl“, spricht der Angeklagte, „meine Kinder müssen arbeiten, auch bin ich Besitzer eines kleinen Anwesens. Doch was nützt mir das alles, mein Häuschen ist mit Hypotheken überlastet. Die Rat trieb mich zu der Tat.“ Diese Angaben wurden durch die Aussagen des Bauern, bei dem Reimling in Stellung ist, bestätigt. Der Zeuge ist sehr wohlhabend und Besitzer von zwei Bauerngütern. Er fühlte sich durch den Angeklagten um etwa 16 M. geschädigt. Während der Verhandlung äußerte er die Befürchtung, daß er durch eine strenge Verurteilung des Angeklagten die billige Arbeitskraft längere Zeit verlieren könnte. Er bittet darum um ein mildes Urteil für den Angeklagten. Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

Aus aller Welt.

Die Grubenkatastrophe auf „Karolus Magnus“.

Aus Aachen wird gemeldet: Von den im Schacht „Karolus Magnus“ verschütteten 15 Bergleuten ist nur ein Bergmann gerettet worden. Für die übrigen besteht keine Aussicht auf Rettung. Es können noch Tage vergehen, ehe die Leichen erreicht werden können, auf denen 8 bis 10 Meter hohe Erdmassen in 70 Meter Tiefe lagern. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig. Der ganze Schacht muß gestützt werden, um ein weiteres Einstürzen zu verhindern. Erst dann kann man an die Beseitigung der Erdmassen gehen. Von den Verunglückten waren sieben verheiratet.

Wann wird gegen Sternidel Anklage wegen des Pladwitzer Raubmordes erhoben?

Dieser Tage ging durch die Zeitungen der Bericht, für den Raubmörder August Sternidel und seine beiden von ihm verführten, auch zum Tode verurteilten Mittäter ständen bereits die Särge bereit! Wir wissen nicht, was an dieser Meldung zutrifft. Wir verweisen aber nochmals darauf, daß die beiden Helfer Sternidels unter Benutzung der Notlage, in der sie sich befanden, von Sternidel zu ihrer abscheulichen Tat verführt worden sind. Daß ihre Begnadigung nicht erfolgt sei, ist offiziell nicht verlaubar, erscheint auch wenig glaublich. Sternidel selbst hat sich aber noch wegen einer Reihe Raubmordtaten zu verantworten, deren erste in das Jahr 1906 fällt. Verurteilt zum Tode wurde er wegen des gräßlichen Raubmordes, den er am 7. Januar 1913 an dem Bauerngutsbesitzer Kallies zu Ortzig, dessen Ehefrau und der Dienstmagd Philipp beging, vom Schwurgericht in Frankfurt a. O. am 15. März dieses Jahres. Wann wird der Prozeß wegen des ersten Raubmordes, den Sternidel beging, stattfinden? Dies erste entsetzliche Verbrechen Sternidels bestand in der Verabundung und Ermordung des Müllers in Pladwitz bei Hirschberg und in darauf folgender Inbrandsetzung der Mühle zu Singling 1906. Seine Mittäter wurden halb verhaftet. Auf seine Ermittlung wurde eine Summe von 2000 Mark ausgelegt. Er wurde auch ermittelt und verhaftet, wurde dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das kam so:

Bei dem Mühlenbesitzer Paul Werner zu Loshwitz, Kreis Bunzlau, hatte Sternidel mit richtigen Papieren 1904 gearbeitet. Am Pfingstsonnabend 1906 sprach Sternidel wieder um Arbeit an, erhielt auch solche, verließ jedoch noch am demselben Abend die Arbeitsstelle, weil er notwendigerweise in Löwenberg zu tun habe. Am Tage darauf erfolgte der Raubmord in Pladwitz. Der Mühlenbesitzer Paul Werner meldete sofort seinen Verdacht der Staatsanwaltschaft zu Hirschberg. Am 5. Oktober 1906 sprach Sternidel bei Werner wieder um Arbeit an. Er entfernte sich dann auffällig aus dem Orte. Dem Mühlenbesitzer Werner gelang es, ihn noch am demselben Tage in Wenig-Balditz festzunehmen zu lassen. Er wurde dem zuständigen Amtsgericht Löwenberg zugeführt. Von dem Amtsrichter wurde er aber entlassen — weil er Papiere auf den Namen Troutmann besaß.

Dadurch ward es Sternidel ermöglicht, noch eine Reihe scheußlicher Verbrechen zu begehen und andere dazu zu verführen. Wird jetzt endlich die Anklage gegen Sternidel wegen des Pladwitzer Raubmordes erhoben werden?

Ueberlandflüge.

Der Ueberlandflug Köln—Berlin—Königsberg, der gestern von dem Offiziersflieger Leutnant Fohls ausgeführt wurde, ist wirklich einmal eine Flugleistung, die sich neben den internationalen, namentlich französischen Flugleistungen sehen lassen kann. Es ist sogar ein internationaler Rekord, da dieser Flug über reichlich 1000 Kilometer Luftlinie mit einem Passagier ausgeführt wurde, während die großen französischen Ueberlandflüge, wie der Brindejones, der von Paris bis Warschau 1400 Kilometer Luftlinie überwand, ohne Passagier ausgeführt wurden.

Der Ingenieur Reichelt, der gleichfalls am Dienstag von Kiel nach Berlin geflogen und in Johannisthal am Nachmittag abermals zum Weiterflug aufgefliegen war, ist gegen 7 Uhr abends in Posen gelandet. Er hat damit 540 Kilometer — gleichfalls mit Passagier — zurückgelegt und dadurch den Monatspreis der Nationalflugspende von 4000 M. gewonnen, außerdem 2500 M. für einen ununterbrochenen dreistündigen Ueberlandflug.

Der französische Flieger Delort, der vor wenigen Tagen die 900 Kilometer Paris—Berlin ohne Zwischenlandung gut zurückgelegt hatte, ist am Mittwoch mit der russischen Fliegerin Galantschikoff in Johannisthal zum Rückflug nach Paris gestartet. Gegen 7 Uhr morgens nahm er in Hannover eine Zwischenlandung vor.

Zur Brandkatastrophe in Binghampton.

Aus New York wird gemeldet: Aus den Trümmern der am Dienstag niedergebrannten Fabriken in Binghampton sind bis jetzt 22 Leichen geborgen worden, deren Identität jedoch nicht festgestellt werden konnte, da sie nur in völlig verholtem Zustande herausgebracht werden konnten. Man nimmt an, daß unter den Trümmern sich noch weitere 50 Leichname befinden. Es ist den Leichenträgern sehr schwer, die Leichen zu bergen, da die Trümmern immer noch fortglimmen. Im Hospital von Binghampton finden 50 Frauen und Mädchen Pflege, die zum größten Teil sehr schwere Brandverletzungen davongetragen haben. Das Unglück nahm einen so furchtbaren Umfang an, da infolge der großen Hitze den Feuerwehrlenten jede direkte Rettungsarbeit unmöglich gemacht wurde. Auch war die Wasserversorgung nur sehr mangelhaft. Es heißt, daß der Brand durch das leichtsinnige Wegwerfen einer Zigarette verursacht worden ist, durch die ein Zelluloidkasten in Flammen aufging, die sich den im Saal befindlichen Niederstößen mitteilten.

Sicherlich indes haben auch diese Opfer des Kapitalismus ihren Tod gefunden, weil die Anlage der Fabrik aller sicherheitspolizeilichen Vorschriften spottete!

Keine Notizen.

Besehungslid. Aus Essen a. R. wird vom Mittwoch gemeldet: Auf der Straße Hugo, Schacht 1, gerieten bei der Seilbahnförderung drei Arbeiter unter einem herankommenden Wagen. Einer wurde dabei sofort getötet. Die beiden anderen Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen.

Vom Blitz erschlagen. Der fünfzehnjährige Sohn des Ordinarius für Physik an der Universität Marburg ist in Drammald (Schweiz) vom Blitz erschlagen worden.

Explosion in einer Munitionsfabrik. Heute vormittag explodierte in der Wöllersdorfer arabischen Munitionsfabrik infolge Unvorsichtigkeit einer Arbeiterin ein Zünder, wodurch auch die übrigen in demselben Arbeitsraum befindlichen Explosionsstoffe zur Explosion gebracht wurden. Neunzehn Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt. Einer ist gestorben. Das Gebäude ist schwer beschädigt. Der Brand wurde sofort unterdrückt.

Ein großes Dampferunglück. Der französische Dampfer „Bille de Dijon“ ist nach hier eingetroffenen Telegrammen bei Rapido in Chile gesunken. Nach einem bei der Gesellschaft in Nantes, der der Dampfer gehört, eingetroffenen Telegramm sind von der 22 Mann starken Besatzung nur drei Personen gerettet worden, so daß insgesamt 19 den Tod in den Fluten gefunden haben. Das Schiff hatte eine Kohlenladung an Bord und war auf dem Wege nach Hamburg.

Die Tabakfelder sind verwüstet

Am stärksten erscheinen durch den Balkankrieg die berühmten Tabakfelder betroffen, die sich in Südmazedonien um die Ortschaften Cavalla, Drama, Ceres und Xanthi erstrecken. Nirgends hat der Balkankrieg so schrecklich gewütet wie gerade hier, und trostlos blickt der mazedonische Bauer auf das Zerstörungswerk, das den Segen des Bodens vernichtete.

So steht man nun der Tatsache gegenüber, daß diese südmazedonischen Felder, deren Produkt den qualitativ feinsten, unentbehrlichen Rohtabak darstellt, wohl auf lange Zeit hinaus schwer geschädigt sind. Denn selbst nach Beendigung des Krieges wird es jahrelanger zähester Arbeit bedürfen, um die Tabakfelder allmählich wieder in den vorigen Stand zu setzen und die Ernte auf die frühere Höhe zu bringen. Die Cigarettenindustrie hat daher mit einer bedenklichen Stockung in der Zufuhr dieses unvergleichlich feinen Tabaks zu rechnen.

Die Manoli-Cigarettenfabrik hat diese Entwicklung der Dinge schon lange befürchtet und setzte sich daher die Aufgabe, rechtzeitig die größtmöglichen Quantitäten dieser best ausgereiften, urtürkischen Tabake direkt beim Produzenten zu kaufen. Große Mengen wurden in das Transitlager der Firma nach Berlin-Tempelhof überführt, wo sie gegenwärtig aufgestapelt sind, während ein anderer großer Teil noch unter dem Schutze der Behörde auf dem Kriegsschauplatz lagert.

Unter Berücksichtigung der enormen Steigerung, die der Absatz der Manoli-Marken ständig erfährt, hat die Manoli-Cigarettenfabrik ihren Bedarf an den besten türkischen Rohtabaken auf Jahre hinaus gedeckt, so daß sie nach wie vor aus dem Vollen schöpfen und, wie bisher, das Beste vom Besten liefern kann.

Manoli-Cigarettenfabrik

Lieferanten der franz. und ital. Regien
Kammerlieferanten Sr. k. u. k. Hoheit
des Erzherzogs Franz Ferdinand
von Oesterreich-Ungarn.

Gewerkschaftliches.

Unbewußte Selbstkritik.

Das gewerkschaftliche Führer mit Befriedigung konstatieren: unsere Laktik verhinderte zwar den Zuwachs von Mitgliedern, brachte uns gar Verluste, trotzdem sind wir stolz auf unsere, solches bewirkende Maßnahme, das ist gewiß kein alltägliches Vorkommnis.

„Gätte der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter sich an dem Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt, und hätten nicht einige größere Verbände (in Vorrang für die Zukunft) im Berichtsjahre größere Beitragsbeträgen durchzuführen, so hätten die christlichen Gewerkschaften, wie dies aus der Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände mit ausreichender Klarheit zu erhellen ist, auch in 1912 sich eine Gesamtmitgliederzunahme von 20 000 bis 30 000 sichern können.

Das ist ja zum Buzelbaum schlagen! Wichtig als eine einmalige Mitgliederzunahme ist der Rückgang unserer Bewegung — von Dauer hoffentlich —, denn die sozialdemokratische Bewegung ist durch unsere Streikbrücheparoxysm im Kampfe gegen das Kapital geschwächt worden!

Das verkünden in ihrer Ueberweisheit die M.-Gladbacher Streikbruchorganisatoren und Streikbruchherrlicher. Darin sind wir mit ihnen einig: die Schwächung der christlichen Gewerkschaften ist kein Nachteil — für die Arbeiter! Vielleicht berührt es die Unternehmer schmerzhaft.

Berlin und Umgegend.

Formerstreik bei der Firma Hartung.

Im Jahre 1911 wurden nach einem Streik von 10 Wochen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Formner und Giebereiarbeiter Berlins zwischen dem Verbands Berliner Metall-Industrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband durch schriftliche Vereinbarung geregelt.

Durch eine Verarmung glaubte die Firma, indem sie sich auf ihre Arbeitsordnung berief, weil sie andauernd mit großem Verlust arbeite, die Verdienste herabsetzen zu dürfen sowie die tägliche Arbeitszeit zu verlängern.

Im 8. 12. der zwischen beiden Organisationen getroffenen Vereinbarung heißt es wörtlich: § 12. Wo bereits bessere Arbeitsverhältnisse als im obigen vereinbart sind, bestehen, sollen dieselben nicht verschlechtert werden.

Die Verschlechterungen, welche die Firma vorsah, bedeutete für die Formner und Giebereiarbeiter: 1. Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 8 1/2 auf 9 Stunden.

2. Die Bezahlung der Zuschläge für Ueberstunden erst von der 10. Stunde ab. (Bisher vom Schluß der regulären Arbeitszeit ab.)

3. Herabsetzung des Einstellungslohnes für Hilfsarbeiter von 45 Pf. auf 42 Pf. per Stunde.

4. Reduzierung der Affordpreise für Maschinenformner um z. B. 15 Proz. Reduzierung der Affordpreise für Schmelzer von 22 Pf. auf 20 Pf. pro 100 Kilo.

Während früher die Firma die beiden Bedienungsmannschaften am Sandstrahlgebläse mit zusammen 88 M. pro Woche bezahlte, und die Pufferkolonne 7 M. zuzuzahlen hatte, sollte in Zukunft die Pufferkolonne den Betrag von 60 M. pro Woche allein bezahlen.

Das Biertrinken sollte allgemein nicht mehr gebildet werden. Stauchen sollte nur noch den Formner und Maschinenformner, welche in Afford arbeiten, während des Gießens erlaubt sein. Alles in allem ein ganzes Bündel von Verschlechterungen, welche die Arbeiterkraft auf sich nehmen sollte, um nach Meinung der Firma diese lohnrentenzufähig zu erhalten.

Wenn die Arbeiterkraft diese Verschlechterungen nicht hinnahm, drohte die Direktion, den Betrieb zu schließen. Nachdem alle friedlichen Mittel, um den Abzug abzuwehren, erschöpft waren, beschloßen die Arbeiter den Streik.

Die Firma verfuhr nun in ganz Deutschland, Formner, Kernmacher, Puffer und Giebereiarbeiter unter Verschleierung des wahren Tatbestandes durch Zeitungsannoncen zu bekommen.

Der Betrieb der Firma Hartung-Lichtenberg ist für Metallarbeiter aller Berufe streng gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Glasarbeiter und -arbeiterinnen bei der JsoLa, Schleißische Straße 26, ist beendet und ist am Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Firma zahlt wieder die tarifmäßigen Löhne und hat die Streikenden mit Ausnahme von einem, welcher freiwillig verzichtete, und einem anderen, welcher erst einige Tage später anfangen sollte, sämtlich wieder eingestellt.

Deutsches Reich.

Arbeiterferien in Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe.

Zu den Gewerben, in denen die Gewährung von Erholungsurlaub an die Arbeiter in den letzten Jahren verhältnismäßig stark zugenommen hat, gehört auch das der Chemigraphen und Kupferdrucker. Diese Gruppe graphischer Arbeiter ist dem Verbands der Lithographen und Steindruckers angegeschlossen, der seit Anfang 1904, also seit annähernd zehn Jahren, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle dieser Berufsgruppen angehörenden Mitglieder durch einen mit den Unternehmern dieser graphischen Branche abgeschlossenen Zentraltarif geregelt hat.

Heber den gegenwärtigen Umfang der Feriengewährung unterrichtet eine Statistik, die die Zentralkommission für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker am Anfang d. J. aufgenommen und jetzt bekannt gegeben hat. Sie umfaßt 142 tariffreie Firmen mit 2513 Gehilfen, von denen in 75 Firmen mit 1722 Gehilfen Ferien eingeführt sind; 67 Firmen mit 791 Gehilfen gewähren keine Ferien. Demnach waren in 52,8 Proz. der von der Statistik erfaßten Firmen mit 68,5 Proz. der in letzteren beschäftigten Gehilfen Ferien eingeführt. Diese Verhältnisziffern lassen erkennen, daß die 43,2 Proz. der Firmen, in denen Ferien noch nicht gewährt werden, meist kleinere Firmen sind, da auf sie nur 31,5 Proz. der Gehilfen entfallen.

Ferien gewährenden Firmen auf die reinen Chemigraphiebetriebe und die gemischten Anstalten, wie Buchdruckereien, Stein-druckereien usw., in denen die Chemigraphie nur als eine Abteilung des Gesamtbetriebes geführt wird. Von den 142 Firmen waren 50 mit 1071 Gehilfen rein chemigraphische und 92 mit 1442 Gehilfen gemischte Betriebe. Von den reinen Chemigraphiebetrieben gewährten 31 mit 865 Gehilfen Sommerurlaub, 19 mit 206 Gehilfen aber nicht; demnach war in 62,0 Proz. dieser Betriebe mit 80,8 Proz. der in solchen Anstalten beschäftigten Gehilfen Urlaub eingeführt. Von den gemischten Betrieben gewährten jedoch nur 44 mit 857 Gehilfen Ferien, während in 48 mit 585 Gehilfen Urlaub noch nicht eingeführt war; hier waren also in 47,8 Proz. der Betriebe mit 59,4 Proz. der Gehilfen Ferien eingeführt. Ein Vergleich der reinen Chemigraphiebetriebe mit den gemischten Anstalten fällt also bezüglich der Feriengewährung sehr zuungunsten der letzteren aus; denn während von den gemischten Betrieben 52,2 Proz., mehr als die Hälfte, mit 40,6 Proz. der Gehilfen noch keine Ferien eingeführt hatten, waren es von den reinen Chemigraphiebetrieben nur 33,0 Proz. mit 19,2 Proz. der Gehilfen. Uebrigens zeigen auch diese Zahlen, daß die Firmen ohne Sommerurlaub im allgemeinen kleineren Umfangs sind. Freilich traten noch nicht alle Gehilfen, die in Ferien gewährenden Firmen beschäftigt sind, in den Genuß der Ferien. Denn nur sechs Firmen gewährten den Urlaub schon im ersten Beschäftigungsjahre; in den übrigen nur eine längere Zeit der Beschäftigung zu erfüllen, bevor ein Gehilfe in den Genuß von Ferien kam, und in einem Betriebe mußte man erst das 25 jährige Jubiläum gefeiert haben! Ebenso schwankt die Dauer des Urlaubs zwischen einem und 14 Tagen. Nach einer zweiten Erhebung über die Zahl der Gehilfen, die in diesem Jahre Ferien haben, wurde festgestellt, daß 83 Gehilfen nur einen, 70 je zwei, 255 je drei, 86 je vier, 32 je fünf, 369 je sechs, ein Gehilfe sieben, 6 je acht, sechs je 9, ein Gehilfe 10, neun je 12 und fünf je 14 Tage Urlaub erhielten. Das sind insgesamt 873 Gehilfen. Von 10 Firmen mit 189 Gehilfen lagen keine Angaben über die diesjährige Urlaubsgewährung vor. Im ganzen dürften von den 1722 Gehilfen, die in Ferien gewährenden Firmen beschäftigt sind, rund 950—1000 dieses Jahr mit Ferien bedacht sein. Ferner waren von 16 Kupferdruckereien mit 220 Gehilfen in 18 mit 196 Gehilfen Ferien eingeführt. Von diesen 196 Gehilfen hatten dieses Jahr rund 100 Ferien. Rechnet man diese den Ferien gewährenden Chemigraphen zu, so ergibt sich, daß dieses Jahr 88 1/2 Prozent aller von der Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker umfaßten Gehilfen in 68 Prozent der tariffreien Firmen in den Genuß von bezahlten Ferien gekommen sind. Es ist daher erklärlich, daß die Gehilfen bei der in diesem Jahre bevorstehenden Tarifrevision auch die tarifliche Regelung der Ferienfrage fordern.

Zum Streik der Werftarbeiter.

Zu der Erklärung der Hauptursachen mögen die Vertrauensleute der Werftarbeiter in Hamburg einige Mitteilungen. Sie geben zu, daß sich der Beginn des Streiks nicht mit dem Statut vereinbaren lasse. Die Mehrzahl der einschlägigen Hamburger Werftarbeiter bedauere auch die ersten Arbeitsniederlegungen, könne aber diesen Schritt, der sich aus allem Voraufgegangenem erkläre, sehr wohl begreifen.

Im Jahre 1907 setzten die Werften die Einstellungslohne fest. 1910 wurden diese in der Praxis überholten Einstellungslohne zugrunde gelegt, als die Arbeiter nach neunwöchentlichem Streik eine Erhöhung der Einstellungslohne um 2 Pf. erzielt hatten. Die derzeit bestehenden Löhne wurden um 2 Pf. erhöht, die Arbeitszeit pro Woche um eine Stunde verlängert. Da die Werften bei der Wiederaufnahme der Arbeit sich auf den Standpunkt stellten, daß die rückständigen Affordverdienste nicht ausgegahlt zu werden brauchten (das sei ein Irrtum in den Abmachungen), legten die ermittelten Arbeiter unter ähnlichen Umständen wie am 14. Juli d. J. die Arbeit sofort wieder nieder, bis nach zehn Tagen die Auszahlung der rückständigen Affordüberschüsse zugestanden wurde. Die Frage der Afforde hat denn auch seit 1910 die größte Rolle gespielt und die meisten Konflikte hervorgerufen. Die Arbeitsordnungen bestimmen, daß derjenige seinen Affordüberschuss verliert, der seine Entlohnung nimmt, oder aus den Gründen des Ausschluß-Paragrafen 123 der Gewerbeordnung entlassen wird. Die unerhörte Härte dieser Bestimmung, die bisher beargwöhnt worden, wird erst dann recht klar, wenn man bedenkt, daß die Afforde teilweise bis zu einigen Tausend

Kleines feuilleton.

Einakteristen. Wie nennt man einen Menschen, der seiner Familie den Schmerz verursacht, berufsmäßig Einakter zu schreiben? Man nennt ihn einen „Einakteristen“.

Wer uns das schöne Wort nicht glauben will, braucht es nur in der letzten Nummer des „Kunstwarts“ aufzusuchen, wo wir es auch gefunden haben.

Freilich: Der Erfinder setzt es vorläufig noch in schamhafte Gänsefüße, offenbar, weil er von dem inneren Wert seiner Erfindung noch nicht vollständig überzeugt ist.

Das schauerliche Wort „Eheirung“ aber, das jetzt auch in der gut redigierten Presse allgemein gebraucht wird, wurde zunächst aus unter Gänsefüße gelegt, weil sich niemand getraute, das Ding so schlantweg auszusprechen. Ein Mensch von gesundem Sprachgefühl hat immer nur von „Frrungen“ in der Mehrzahl gesprochen, etwa wie in dem vorzüglichen Gleichklang „Frrungen und Wrrungen“. In der Einzahl hat man immer und ewig von einem Frrtum gesprochen, niemals aber von einer Frrung.

Obwohl also der „Eheirung“ das gesunde Sprachgefühl entschieden widerstand; obwohl es laichlich die humoristische Ansicht enthielt, daß jemand irrtümlich eine fremde Frau anstatt der eigenen lieben könne, und obwohl es überdies mit einem schauerlichen Status belastet ist, hat das Wort doch allgemeine Geltung gefunden.

Unter diesen Umständen soll man so leicht nichts verschwören, und so erleben wir am Ende noch, daß die jungen Leute der Berliner Theaterjournalist! ihren vorzüglichen Stil mit der Bezeichnung „Einakteristen“ auf originelle Weise herauspucken. Wir glauben aber kaum, daß der „Kunstwart“ diesen Erfolg beabsichtigt, und darum bitten wir den verantwortlichen Herausgeber — oder besser: wir bitten den verantwortlichen Zeitschriftlichen, seinen geschätzten Kritikerlisten in Zukunft die hübsche Form „Einakteristen“ streichen zu wollen.

Der verlorne Doktorhut. Daß in manchen südamerikanischen Staaten Doktor diplome gekauft werden können, und daß ab und zu auch der Professoreitel dort für nicht allzu hohen Preis zu haben ist, diese hübsche Tatsache ist schon oft genug festgelegt und daher nicht einmal mehr ein öffentliches Geheimnis. Immerhin stellt eine Ausschreibung, die die Cooperativa universitaria zu Sao Paulo im Anzeigenteil einer großen Zeitung der gleichnamigen Stadt erlassen hat, eine bis jetzt unübertroffene Leistung dar. Die Anzeige hat folgenden Wortlaut:

Cooperativa universitaria de Sao Paulo. Diplome für Mediziner, Ingenieure, Advokaten, Apotheker, Zahnärzte, Geodäten, Agronomen, Buchhalter, Notare und Professoren gegen 30 Milreis. Zur Erleichterung der Zahlung kann die Tage in zweimonatlichen Raten gemacht werden mit Remissionsauslösung nach der paulistaner Lotterie. An des Besens unkundige Individuen

werden keine Diplome abgegeben; jeder Kandidat ist verpflichtet, das Einschreibungsbuch mit eigener Hand zu unterzeichnen.

Die Doktor diplome werden also in dem glücklichen Sao Paulo ebenso ausgelost wie Taschenuhren, Spazierstöcke und Grammophone. Man macht eine Anzahlung und bekommt eine numerierte Quittung. Entspricht nun diese Nummer den letzten Zahlen des ersten Gewinnes der Staatslotterie an einem bestimmten Tage, so ist man wohlbestallter Mediziner, Ingenieur oder — Geodäte.

Uebrigens sind die Zeiten noch nicht lange vorbei, daß auch bei uns die Doktorhüte auf der Durchreise erworben wurden. Bekannt ist die Anekdote, nach der ein Engländer in Heidelberg erst für sich und dann für seinen Kutscher den Doktor kaufte und schließlich auch noch sein Pferd zum Doktor machen wollte. Wenn nun auch die wissenschaftlichen Anforderungen an die Doktorarbeiten heute bedeutend gestiegen sind, so ist doch der Besitz eines Doktor diploms keineswegs ein Beweis für eine besondere wissenschaftliche Leistung. Aber in dem losjähigen Lande der Titelucht und der Ueberhebung der sogenannten akademischen Bildung mag man das Dr. nicht missen. Selbst graduierte Parteigenossen lassen sich bei uns gern so anreden. In romanischen und englischen Ländern ist dagegen diese Lächerlichkeit unbekannt.

Handchrift und Charakter. Mit der Lehre von der Handschrift als Wissenschaft befaßt sich der Pathologe Prof. Schneidenmuhl und er hat das Ergebnis seiner ersten, sich über Jahrzehnte erstreckenden Forschungen kürzlich in einem Lehrbuch veröffentlicht. Durch physiologische und psychologische Erwägungen weist er nach, daß die Eigenart einer Handschrift nicht durch körperliche Eigenschaften und äußere Einflüsse bedingt ist, sondern fast ausschließlich von dem Charakter bzw. der jeweiligen Gemütsstimmung des Schreibers abhängt, eine Theorie, die durch die Ergebnisse hypnotisch-graphologischer Experimente eine wesentliche Stütze erhält. Eine besonders große Bedeutung wird der graphologischen Diagnose in der Pädagogik beigemessen. Von Einfluß auf die Deutung der Handschrift sind die verschiedenen Schrifttypen, das Alter, das Geschlecht und der Beruf. Auch kann man den Zeitgeist und den Volkscharakter in den Schriftzeichen der verschiedenen Zeiten und Völker nachweisen. In Beziehung zum Charakter des Schreibers stehen die verschiedenen Schriftmerkmale: der Abstand der Buchstaben, Wörter und Zeilen, die Art der Buchstabenverbindung, die Länge und Richtung der Zeilen, die Schriftgröße, die Stärke und viele andere Momente der Schrift. Die Form der Buchstaben, die Größe, die Rundung, die An- und Abstriche, die Interpunktion usw. sind von graphologischer Bedeutung. Dennoch kann die Graphologie niemals eine exakte Wissenschaft im strengen Sinne werden; sie trägt viel zu viel den Charakter einer subjektiven Wissenschaft, d. h. einer Kunst, die nur zum Teil gelehrt, in der Hauptsache jedoch durch persönliche Erfahrung erworben werden kann.

Pflasterer mit Druckluft. Das Rammen des Pflasters ist eine recht mühsame und zeitraubende Arbeit. Die Pflasterer müssen

etwa zwei Finger breit in die Vertiefung eingetrieben werden, eine Arbeit, die von Hand — zumal bei fester Unterbettung — mit dem im Gewicht beschränkten Rammen nur unter größter Anstrengung des Arbeiters ausführbar ist. Unter den für diesen Zweck bereits vorgeschlagenen mechanischen Rammvorrichtungen sind unstreitig jene am zweckmäßigsten, die die Handarbeit am treffendsten nachahmen. Es werden deshalb heute schon vielfach mit Druckluft betriebene Handrammen verwendet, die in ihrem Aufbau durchaus den letzteren ähneln. Die Druckluft, durch eine fahrbare Kompressenanlage erzeugt, wird durch lange Schläuche, die von den Rammen bei der Arbeit an einem Behälter getragen werden, dem Kopf der Ramme zugeführt. Unterhalb des rechten Handgrieffs befindet sich ein Hebel, der zur Steuerung dient. Beim Anziehen dieses Hebels wird die Ramme durch die Druckluft hochgehoben, wobei sie sich mit einer in ihrem Innern befindlichen Stange auf den einzuhammernden Stein stützt. Läßt der Arbeiter den Hebel los, so fällt die Ramme durch ihr eigenes Gewicht auf das Pflaster herab. Man kann mit der Ramme ohne Anstrengung von einem Stein zum anderen übergehen; sie ist vor ihrer Aufwärtsbewegung nur nach der Richtung etwas zu neigen, nach der übergegangen werden soll. Der Hammer kann Schläge (bis zu 80 in der Minute) in jeder Fallhöhe ausführen.

Man hofft, wie in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure aufgeführt wird, daß der Maschinenbetrieb den Unternehmern wesentlich leistungsfähiger mache, damit er nicht mehr den oft übertriebenen Forderungen der Arbeiter machtlos gegenübersteht. Nun, die Arbeiterbewegung wird auch mit dieser Maschine fertig werden.

Notizen.

In der Sommeroper im Schiller-Theater fällt die Freitag-Aufführung „Stella maris“ aus. Die für Freitag gelösten Billette können für die Sonntag-Aufführung von „Stella maris“ an der Kasse umgetauscht werden.

Wie schade! Ein großes Berliner Musikblatt läßt sich durch Privattelegramm melden: Roald Amundsen, der berühmte Polarfahrer, ist von seiner amerikanischen Vortragstour nach Kristiania zurückgekehrt. Niemand war von seiner Ankunft unterrichtet, so daß er unbemerkt sich ein Landhaus aussuchen konnte.

Offenlich läßt die Personalnachrichtenpresse Amundsen nun nicht in Ungnade fallen, weil er so wenig Rücksicht auf sie nimmt.

Lebens Eskimo-Expedition. Die kanadische Regierung hat den Polarforscher Christian Eder beauftragt, eine Forschungsreise, die sich über eine Dauer von 10 Jahren erstrecken soll, zu den Eislandstämmen der Hudson Bay zu unternehmen. Der Hauptzweck der Forschungsreise liegt auf ethnographischem Gebiete. Daneben wird jedoch auch anderen Disziplinen weitgehende Beachtung geschenkt werden. So soll die primitive Kunst der Eskimos, von der schon mancherlei bekannt geworden ist, eingehend studiert und möglichst auch phonographisch festgehalten werden.

Stunden laufen. Durch rigorose Arbeitsreduzierungen wurden die geringen Erfolge der Bewegung von 1910 zum guten Teile wieder weitgemacht. Bei einzelnen Arbeiten wurde ein den Stundenlohn übersteigender Arbeitsverdienst überhaupt nicht mehr erzielt. Seit einigen Monaten ging man bei der Firma Wahn u. Hoff dazu über, die Arbeit in der Weise zu regeln, daß in ganz willkürlicher Weise „angrenzende Bauteile“ oder „angrenzende Bauteile nach Angabe des Meisters“ dem Arbeiter zugesprochen wurden. Besonders hatten darunter die Rieter zu leiden. Dafür ein Beispiel. Bei Wahn u. Hoff wurde einem Rieter vom Kalkulationsbüro ein Aktord pro 100 Rieter mit 6 M. bzw. 12 M. berechnet, d. h. daß ein Teil der Arbeit höher zu bewerten war. Nach Fertigstellung der Arbeit fehlte der Rieter den Preis für den höher zu bewertenden Teil der Arbeit von 12 M. auf 6 M. herab. Eine Beschwerde des Rieters hatte keine Entlassung zur Folge. Eine Kommission, die wegen dieser Sache vorzeitig wurde, wurde nicht nur abgewiesen, sondern sie mußte sich Verleumdungen über die beteiligten Arbeiter fügen lassen. Diese Dinge brachten in die Arbeiterkassen die Erregung hinein, die zur Arbeitsniederlegung am 14. Juli führte, als die Arbeiter durch Einstellung gelber Elemente und Entlassung organisierter Arbeiter provoziert wurden.

Die die Verwaltungssache Hamburg des Metallarbeiterverbandes bekannt macht, wird die erste Unterstützung an ihre freitenden Mitglieder am 26. Juli ausgezahlt. Eine nennenswerte Anzahl von Streikbrechern hat sich bis jetzt nicht heranschaffen lassen, was bei der großen Zahl der Streikenden auch schwer fallen dürfte. Wie mitgeteilt wird, versucht man, Reparaturarbeiten im Ausland fertig zu stellen, damit in der Schiffahrt keine Störungen eintreten. Hält der Streik längere Zeit an, so werden sich solche Störungen nicht mehr vermeiden lassen.

In Stettin streiken noch den jetzt vorliegenden genauen Zahlen gegen 6648 Werftarbeiter mit Einschluß der seit voriger Woche streikenden Rieter. Davon entfallen 5143 auf die freien Gewerkschaften, 1900 auf die Gewerkschaften, 3480 Streikende sind im Metallarbeiterverband organisiert, 860 gehören dem Holzarbeiterverband und 370 dem Holzarbeiterverband an. Außerdem sind 187 Mitglieder des Verbandes der Schiffbauarbeiter, 75 Kupferschmiede, 47 Maler, 34 Maschinisten und Feiger an dem Streik beteiligt. Ferner kommen noch ca. 40 Transportarbeiter und Bauarbeiter in Betracht, die sich ebenfalls dem Streik angeschlossen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren paar Mitgliedern die Entschädigung selbst überlassen.

Am Dienstag tagte eine Vertrauensmännerversammlung, die zur Erklärung der Zentralvorstände Stellung nehmen wollte. Da diese noch nicht im Druck vorlag, begnügte man sich, die sofortige Einberufung einer Werftarbeiterkonferenz und einen außerordentlichen Verbandstag der beteiligten Organisationen zu fordern. Die Sitzung wurde auf Mittwoch früh verlegt. Nach einer erregten Diskussion wurde in dieser Sitzung einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen die Darstellung protestiert wird, daß die Arbeitsniederlegungen auf „Putsch“ zurückzuführen sind und die ruhig abwägenden Kollegen beeinträchtigt wurden. Die Stettiner Werftarbeiter verwahren sich dagegen, daß seitens der Zentralvorstände die Unterstützung verweigert wird, obgleich die Arbeiter das Resultat der letzten Verhandlungen abgewartet haben, so daß die feiernden Werftarbeiter mit Recht glauben, von dem letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, Gebrauch machen zu können. Eine ähnliche Resolution wurde am Dienstagabend in einer von den auf den Werften beschäftigten Holzarbeitern einberufenen Versammlung angenommen.

Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, soweit sie auf den Werften in Bremen beschäftigt sind, haben in einer Sonder-Versammlung beschlossen, nicht am Streik teilzunehmen, bis der Konflikt im Sinne der Hamburger Konferenzbeschlüsse geregelt ist.

Zur Lohnbewegung im Stettiner Hafen

Nahmen am Dienstagabend zwei zahlreich besuchte Versammlungen der beteiligten Arbeiter Stellung. Ihre Forderungen betrafen die neunstündige Arbeitszeit, und achsstündiger für die Schichtarbeiter der tonnarbeiterischen Betriebe, für Handwerker, Kranführer, Waldschmiede, Feiger, Feuerhausarbeiter und Borarbeiter 26 M. Wochenlohn, steigend pro Jahr um 1 M. bis zum Höchstbetrag von 32 M. Für ungelernete Arbeiter, einschließlich der Saison- und Hilfsarbeiter 23 bis 28 M. Wochenlohn, der sich in den gleichen Steigerungsschritten bewegt. Der Tagelohn unständiger Hilfsarbeiter im Freihafen soll 3,80 Mark betragen. Die bisherige Dienstzeit soll bei der Einrangierung in die Lohnklasse angerechnet werden. Oberbürgermeister Dr. Adernann hat der Kommission der Arbeiter allerdings wenig Hoffnung gemacht. Bei der schlechten Finanzlage der Stadt sei die Erfüllung ihrer Wünsche unmöglich, doch über Einzelheiten lasse sich reden, wenn im September die städtischen Kommissionen und Körperschaften wieder beschlußfähig zusammen seien. Sobald die für solche Fragen eingesetzte gemischte Kommission wieder beschlußfähig sei, werde dieselbe einberufen. Falls die Arbeiter sich bis dahin beschließen würden, werde er dafür sorgen, daß die eventuellen Zugeständnisse vom 1. August ab datiert werden. Die Versammelten gaben sich mit diesem Bescheid vorläufig zufrieden und nahmen mit 1005 Stimmen eine Resolution an, welche die Verhandlung und Lohnkommission mit den weiteren Verhandlungen betraut.

Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

In den einzelnen Gegenden Deutschlands macht sich in den verschiedensten Formen eine immer höhere Arbeitslosigkeit bemerkbar. So haben die Textilarbeiter in Ronneburg S.-A. neuerdings eine Fällung der Webstühle und eine Prüfung darüber vorgenommen, wie sie besetzt sind. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig den höchsten Stand erreicht hat, der je zu verzeichnen war.

Ende 1912 wurden 1112 Webstühle gezählt, deren Zahl sich durch Renauffstellungen auf 1115 steigerte. Im Januar 1912 waren 840 Stühle mit Kette besetzt, 272 standen leer. Im Oktober 1912 hob sich die Zahl der besetzten Stühle etwas, fast aber im Dezember auf 795. Im ersten Quartal 1913 machte sich wieder ein Steigen bemerkbar, so daß im März wieder 846 Stühle besetzt waren. Dann ging es stark abwärts. Im Juni waren 648 Stühle besetzt und 470 standen leer, Anfang Juli war aber die größere Hälfte mit 626 leer und nur 492 Stühle waren besetzt. Naturgemäß sank auch die Zahl der Beschäftigten entsprechend und die Fabrikanten machen es sich noch insofern leicht, als sie auch die Beschäftigten noch tagelang auf Material warten lassen.

Die Arbeiter machten den Versuch, diesen üblen Zustand etwas auszugleichen und haben die Fabrikanten um Freigabe des Sonnabendnachmittags. Der Wunsch wurde abgeschlagen; wahrscheinlich steht dahinter der Sächsisch-Thüringische Weberverband, der seinen Mitgliedern einfach verbietet, mit den Arbeitern Vereinbarungen zu treffen. Man fürchtet, daß der freie Sonnabendnachmittag eine dauernde Einrichtung werden könnte.

Aus der Partei.

Zusammenliste der Partei.

Ein Veteran der Parteibewegung starb in Daxmund in der Person des Genossen Ernst Zoos. Schon in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes betätigte er sich in seiner Heimats-

Stadt Heseloh, wo er als Schlosser tätig war. In den 90er Jahren stand er im Vorderreihen der Bewegung. Nebenamtlich vertrat er die Sozialdemokratischen und Expedition der „Volksstimme“, eines in Dortmund gedruckten Kopfdienstes der „Arbeiterzeitung“. 1901 kam er nach Dortmund, wo er bis zum Jahre 1911 Inzeratendirektor der „Arbeiterzeitung“ war. Ein schweres Leiden verbot ihm in den letzten Jahren die öffentliche Betätigung, aber bei der letzten Landtagswahl schleppte er sich noch unter dem Kufelot aller Kräfte zum Wahllokal. Der Tod kam dem 61jährigen als Erlöser.

Kritik an der Haltung der Reichstagsfraktion.

Ueber die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Wehrbeitrag und den Besitzsteuern referierte in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rühlhausen i. S. Lf. vom Montag, den 21. d. M., der Reichstagsabgeordnete Genosse Emmel. Der Abgeordnete des Kreises Rühlhausen ist mit dieser Zustimmung, der er sich bei der Abstimmung im Reichstag mit den übrigen Abgeordneten der Minderheit in der Fraktion aus Gründen der Disziplin unterwarf, nicht einverstanden, und er erwartet von dem diesjährigen Parteitag in Jena, daß er für künftige Fälle mit aller Deutlichkeit eine andere Direktive gibt. Er erklärte: Dinge das in Zukunft so weiter, so hätte die Regierung immer nur nötig, bei Steuervorlagen zur Deckung von Heeres- und Marineausgaben direkte Steuern zu präsentieren, und die sozialdemokratische Fraktion müßte diese Steuern für den Reichs-Militarismus schnellstens bewilligen, — bewilligen bis ins Ungemessene. Dagegen müsse die Partei Stellung nehmen, sie dürfe sich nicht durch die Bewilligung von Steuern für militärische und marine Zwecke in den Dienst des Imperialismus stellen, sie müsse zurückbleiben zu dem guten alten Wahlspruch, der uns zu so vielen Siegen geführt hat: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Wollte man selbst zugeben, daß den Besitzsteuervorlagen zugestimmt werden könnte, um zu verhindern, daß nach der gegen unsere Stimmen erfolgten Annahme der Heeresvermehrung an die Stelle von direkten Steuern indirekte treten, so ist doch auf keinen Fall die Zustimmung zu dem Wehrbeitrag von einer Milliarde auf dieselbe Weise zu rechtfertigen, denn es ist von Regierungseite selbst ausgesprochen worden, daß es steuerlich undurchführbar wäre, diesen einmaligen Wehrbeitrag auf dem Wege der indirekten Besteuerung zu erheben. Diese Zustimmung zu dem einmaligen Wehrbeitrag wurde, wie Emmel der Versammlung mitteilte, in der Fraktion mit 52 gegen 37 Stimmen beschlossen bei einigen Enthaltungen. „Da muß der Parteitag in Jena a. G. Sorge dafür tragen, daß einem weiteren Hinabgleiten auf dieser schiefen Ebene vorgebeugt wird.“

An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in deren Verlauf die Genossen Gsell, Wich, Martin, Müller und Hartmann dem Standpunkte des Referenten, was die Kritik der Zustimmung zum Wehrbeitrag betrifft, beitrugen, während nur Genosse Zimmer die Gründe, welche die Reichstagsfraktion zu ihrer zustimmenden Haltung veranlaßten, als durchschlagend anerkannte.

Im Gegensatz zu dieser Versammlung traten von den eschlothringischen Wahlkreisen die vor einiger Zeit in Strahburg und Reg abgehaltenen Parteiverfassungen nach Anhörung von Referaten der Abgeordneten Böhle und Dr. Weill dem Standpunkte der Reichstagsfraktion bei.

In einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M., die Dienstag stattfand, wurde über die verfallene Landtagswahl diskutiert. Dabei wurde festgestellt, daß 264 Genossen nicht gewählt und 4 Parteimitglieder bürgerlich gewählt haben. Die Redner kritisierten sehr scharf die Nichtbeteiligung von Parteimitgliedern am Wahlakt. Besonders wurde verurteilt, daß führende Genossen, wie die Redakteure Quard und Zielowski, nicht wählten. Quard sprach am Abend vor der Wahl in Köln und fuhr von dort um eine Familienangelegenheit zu regeln, nach Holland. Zielowski hat sich an den Wahlarbeiten beteiligt. Er entschuldigt seine Nichtwahl damit, daß er als Listenführer nicht abgeloßt worden wäre. Die Versammlung erkannte diese Gründe nicht als berechtigt an. Sie stimmte einer Resolution zu, in der mit aller Schärfe verurteilt wird, daß 264 Genossen, insbesondere die Genossen Quard und Zielowski, ihrer Wahlpflicht nicht nachgekommen sind. Wegen die Genossen, die bürgerlich gewählt haben, wird das Einschlußverfahren eingeleitet.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Beckum-Lüdinghausen-Warendorf konnte auf seiner Generalversammlung am letzten Sonntag feststellen, daß die Sozialdemokratie im schwarzen Winterlande gute Fortschritte macht. Das Berichtsjahr brachte einen Gesamtzuwachs von 804 Mitgliedern, worunter 80 Frauen sind. Dabei hatten zwei Orte einen kleinen, durch einen Streik veranlaßten Rückgang. Auch die Massenverhältnisse sind gut. Die Agitation wird aber durch die infolge der bekannten „Koleranz“ der Schwarzen mangelhaften Lokalverhältnisse sehr behindert. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Vom Wachstum der „Humanität“. Die Ergebnisse der Vergrößerung der „Humanität“ — von 4 auf 6 Seiten — sind überaus günstig. Innerhalb 3 Monaten (vom 23. Januar bis 30. Juni) ist der Verkauf von Einzelnummern im Seine-Departement von 24 788 auf 48 108 gestiegen, also auf das Doppelte. Im gleichen Verhältnis ist die Abonnentenzahl gestiegen, von 4400 auf 8664. Die Provinz und das Ausland zeigen im Januar 22 100 Nummern ab, jezt 30 707. Der Gesamtabsatz beträgt jezt im Durchschnitt 87 500 Exemplare bei einer Auflage von 125 000.

Aus Industrie und Handel.

Die Rentabilität der Versicherungsgesellschaften hat sich im letzten Jahre erheblich gesteigert. Die 108 Aktiengesellschaften, die Anfang 1912 ihre Bilanzen mit Bezug auf den Dividendenvertrag vergleichbar veröffentlicht haben, verzeichneten eine Erhöhung ihres gesamten Aktienkapitals von 161,61 auf 168,46 Millionen Mark. Die von ihnen ausgeschüttete Dividende betrug im vorhergehenden Geschäftsjahr 82,67 Millionen Mark, im laufenden Jahr 86,03 Millionen Mark. Der Dividendenbeitrag stieg somit von 20,4 auf 22,0 Prozent des Nominalaktienkapitals. Für den Vergleich von Reingewinn und Verlust der Versicherungsgesellschaften in den beiden letzten Jahren kommen von den im Januar bis Mai veröffentlichten Bilanzen 105 in Betracht. Die Zahl der Reingewinn bringenden Gesellschaften stieg von 101 auf 104. Im Geschäftsjahr 1912 schloß nun eine mit Verlust ab. Folgende Tabelle gestattet im einzelnen einen Vergleich der Geschäftsergebnisse der mit Gewinn- resp. Verlust abschließenden Gesellschaften.

Januar—Mai	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital	Reingewinn resp. Verlust
in Millionen Mark			
1911	101	157,83	130,988
	4	3,87	0,487
1912	104	161,23	145,528
	1	0,25	0,028

Während also der Reingewinn sämtlicher 105 Gesellschaften von 180,98 auf 145,52 Millionen Mark gestiegen ist, fiel der Gesamtverlust von 0,487 auf 0,028 Millionen Mark. — Diese Zahlen zeigen, welche große Gewinne heute in die Taschen der Aktionäre fließen und damit den Versicherten entzogen werden, die diese Summen zusammengebracht haben. Durch die Errichtung der „Volksfürsorge“ ist es jetzt den Arbeitern möglich, sich der Dividenden- und Zinsentzogenheit der bürgerlichen Versicherungskassen zu entziehen.

Kein Stabeisenverband. Als im vergangenen Jahre der Stahl-Verbandsverband erneuert wurde, ohne die Produkte B (Stabeisen-

Walzdraht, Bleche, Röhren) in die Schindigung mit hineinzuziehen, setzten sehr bald die Versuche ein, wenigstens für Stabeisen ein solches Schindikat zustande zu bringen. Die großen Schindigekosten forderten aber bei den Gründungsverhandlungen so hohe Beteiligungskquoten, daß die Gründung vorläufig nicht zustande gekommen ist. Ein Telegramm aus Düsseldorf meldet unterm 23. Juli: Die Verhandlungen zur Bildung eines Stabeisenverbandes müßten endgültig eingestellt werden, nachdem sich ergab, daß mit einer Anzahl Werken wegen der Beteiligungsziffern eine Einigung nicht zu erzielen war.

Soziales.

Verteuerung der Arzneien.

Seit Jahren wehrte sich die Regierung gegen die Forderungen der deutschen Apotheker, die in jeder Form auf eine wesentliche Verteuerung der Arzneimittel hinauszielten. Gernüchlich stimmten dann an Schlusse einer jeden Beratung die Vertreter der Regierung mit den Vertretern der Krankenkassen gegen jede beabsichtigte Verteuerung und dann auch wieder einträchtig mit den Apothekern zusammen gegen den Antrag der Krankenkassenvertreter auf Verbilligung der Arzneimittel. Doch in diesem Jahre scheint sich das Blatt gedreht zu haben. Die Apotheker haben einen großen Siegesertrag. Auf ihr Drängen hat sich kürzlich das Kaiserliche Gesundheitsamt zu einer Erörterung verstanden und den Unterscheidung für die Arzneitage zusammenberufen. Die Regierung wollte Auskunft über die Frage haben, wie man den armen Apothekern helfen könnte, die über ihre Notlage klagten. Da fehlte das Schemata der Apotheker ein: durch die Ausdehnung der Krankenversicherung werde der Preis der Privatpatienten immer kleiner, die Ärzte verordneten immer billiger und einfacher, die freie Konkurrenz der Heilmittelhändler bei jährlicher Waren werde immer fühlbarer, und auf der anderen Seite sei eine tiefgreifende Verteuerung der Rohstoffe eingetreten.

In der ausgedehnten Debatte wurde den Herren vorgehalten, daß sie durch die Ausdehnung der Krankenversicherung doch höhere und sichere Einnahmen hätten, wie ja auch ihre eigenen Annoncen beim Verkauf von Apotheken hiesigen. An der Verbilligung einzelner Apotheker in der Großstadt sei die Privatindustrie schuld, da man ja heute Apotheken zu wahren Summen ankaufe und dann keine genügende Verzinsung fände. Das Volk sei aber an dieser Frage unbeteiligt, also auch nicht dafür verantwortlich zu machen. Eine gewisse Katalog der Apotheker auf dem Lande sei wohl vorhanden, die sich aber sicher etwas hebe, wenn die Krankenversicherung im Jahre 1914 mehr durchgeführt wäre und an Stelle der Hausmittel der Bauern die Arznei aus der Apotheke auf Kosten der Kasse verordnet würde. Hier könnten aber auch die Gemeinden und der Staat helfen, indem man den Apothekern auf dem Lande Subvention gewähre, wie ja auch einzelne Gemeinden zusammen sich einen Arzt angestellt haben und für eine gewisse Einnahmesumme garantierten. Der Staat habe ja in erster Linie die Pflicht, hier zu helfen, wenn eine Apotheke am Ort zu halten sei.

Bei den Beratungen der einzelnen Anträge stimmten die Regierungsvertreter die allen Anträge der Krankenkassen treulich mit den Apothekern zusammen nieder. Große Mühe gab sich hingegen die Regierung, einzelne Anträge der Apotheker schamhaft zu machen. Hier zeigte sich wieder der große Einfluß dieser Herren auf die Behörde, denn sie haben ja ihre Kollegen als Geheimräte und Räte in der Regierung sitzen, und die Beratungen zeigten deutlich das warme Herz dieser Berater für ihre Kollegen. Abgelehnt wurden bei der Abstimmung doch der Aufmerksamkeit der Kassenvertreter alle Anträge der Apotheker auf Verrechnung jedes Tropfen Wassers bei der Arzneivorbereitung, Erhöhung des Grammepreises, der Grundzins usw. Dagegen ließ die Regierung durchblicken, daß sie für eine eventuelle Erhöhung der Preise für starkwirkende Mittelstoffe usw. zu haben sei. Denn man hat diesen Antrag auf die Rosenbergsche zurückgestellt, damit noch weitere Beweise gesammelt werden könnten. Ebenso einen Antrag: bei Abgabe fabrikmäßig hergestellter Zubereitungen, die nur in fertiger Ausmachung (Originalpackung) in den Handel kommen, zum Einkaufspreis von bis zu 1 M. einen Zuschlag von 100 Proz., zum Verkaufspreis von 1 bis 1,25 M. einen Verkaufspreis von 2 M. und darüber einen Zuschlag von 60 Proz. zu berechnen!

Will man wirklich die Arzneimittel auf diese Weise künstlich dem Volke verteuern? Kaufen der Apotheker zum Preise von 1 M. ein fertiges, wohlverpacktes Präparat ein, so kann er für seine viele Mühe, die nur darin besteht, daß er das kleine Paket aus dem Schrank holt und dem Patienten einhändig, schon 1 M. Verbilligung berechnen. 100 Proz. Zuschlag, also mehr als 99 Proz., die unsere „Hölzer“ ja auszeichnen. Sehr naive war die Ansicht der Apotheker, die Kassenvertreter dafür zu gewinnen: auf die sich noch der Arzneitage ergebenden Preise der für Private angefertigten Rezepte einen bestimmten Prozentsatz (etwa 10 Proz.) aufzuschlagen, um so die wirtschaftliche Lage der Apotheker zu verbessern. Man suchte den Kassenvertretern begreiflich zu machen, daß es sich doch hier um reiche Leute handle, die sehr gut 10 Pf. für eine Arznei oder Schokolade mehr zahlen könnten als die armen Leute, die ja versichert seien. Es wurde erwidert, daß die Kassenvertreter nicht beirren seien, dem Volke die Arzneimittel noch mehr zu verteuern, sondern zu verbilligen, und daß dann bei einer Verteuerung in erster Linie das ärmernde Volk für die niedrigeren Familienmitglieder höhere Preise zu zahlen hätte, ebenso der arme Handwerkermeister, dessen Lage doch immer gebessert werden solle.

Bei den wichtigsten Abstimmungen zeigte sich, daß sich die Regierung sehr oft auf ihre eigenen Leute nicht verlassen kann. Denn die Mitglieder des Reichs-Gesundheitsrates stimmten in vielen Fällen mit den Apothekern zusammen gegen die Kassenvertreter und Regierung, so daß einzelne Anträge vom Gesundheitsrat zum Vergnügen der Apotheker angenommen, vom gesamten Plenum dann aber abgelehnt worden sind. Es gehört kein einziger Kassenvertreter dem ständigen Reichs-Gesundheitsrat an, sie sind nur zur Beratung zugelassen. Sie werden entweder von den Krankenkassen delegiert und bezahlt oder vom Reich.

Auffällig war, daß ein Vertreter des kaum gegründeten „Nationalen Krankenkassenverbandes“ zu Essen“ erschienen war, des Verbandes, den die Ärzte in Elberfeld neulich als ein „Weilchen, welches im Verborgenen blüht“, genannt haben. Da war die Regierung sehr schnell bei der Hand und rief den braven Mann in den Rat. Hatte sie großen Gewinn davon? Der gute Herr war während der ganzen Tagung sehr ruhig und sprach kein Wort. Solche Leute werden gesucht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, dem 24. Juli, von 10 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Vordruck und eine Zahl als Bezugsnummer beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Kennzeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

B. 6. Wir raten, beim Kauf anzufragen. — B. 99. Sofern Sie nicht zu den Verwandten gerader Linie gehören, ist die Einfindung von Erbansprüchen möglich. Die Höhe der Erbansprüche kann nur dann beurteilt werden, wenn aus der vermachenschaftlichen Erbansprüche ist. — B. 99. Eine Zurückziehung des Straftatbestandes ist nicht statthaft. Für den Fall, daß Hauptverhandlung stattfindet, können Sie im Termine über Zeugnis verweigern, vorausgesetzt erfolgt dann Freisprechung.

B. 2. 100. 1. Nur dann, wenn die Frau keinen Scheidungsgrund hat, andernfalls nicht. 2. Nein. — B. 30. 1. Die Rinder gebären einer Reihungsgemeinschaft nicht an, sofern der Richter der Weizen schon vor der Geburt erfolgt ist. 2. Sonst ist ein Ausweis nicht erforderlich. 3. Leider ist — G. 6. 11. Nein. — G. 6. 101. 1. Für die Zeit bis zum Tode ihres Bruders ist die Schwägerin zur Zahlung des vererbten Betrages verpflichtet, weigert sie Zahlung, so kann wegen dieses Betrages Klage erhoben werden. 2. Nein. 3. Falls aus der Ehe ihres Bruders Kinder nicht vorhanden sind, kann ihre Mutter als gesetzliche Miterbinde in Anspruch genommen werden, wenn der Nachlass ihres Bruders andernfalls lassen sich Ansprüche für die Zeit nach dem Tode ihres Bruders nicht erheben. — G. 8. Wirtshausfrage. Ihnen stehen Ansprüche nicht zu.

Die Schauspielerin.

„Erlaubt ist das Leben, heiter die Kunst!“ Wie gern wendet man dies Wort an. Wie leicht ist man geneigt, seine Bedeutung auch auf die Übertragung, die die heitere Kunst in den Ernst unseres Lebens bringen. Man stellt sich das Künstlerleben als eine schier lebenslustiger junger Menschen vor, die von heute auf morgen in Sauf und Brauf leben, die keine Not und keine Sorgen kennen, oder wenn diese auch an sie herantreten, mit leichtem Sinn darüber fortzukommen. Wohl wußte man auch früher, daß es unter ihnen jammervolle Existenzen gab, aber man suchte sie meist nur unter den sogenannten fahrenden Künstlern, unter den Angehörigen der Schmierer. Daß das Elend unendlich groß ist auch unter den Mitgliedern der größeren Theater, ja auch unter den Darstellern, die an Hoftheatern angeheftet sind, das ist erst in der neueren Zeit so recht zum Ausdruck gekommen. Und wie ja in fast allen Berufen die Frauen noch mehr benachteiligt sind als die Männer, so ist auch das Elend der Schauspielerinnen noch weit größer als das ihrer männlichen Kollegen. Der Entwurf zu dem Reichstheatergesetz, der dem Reichstag zugegangen ist, hat in Form von Vorträgen, Broschüren und namentlich durch den Bericht der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger Aufschluß gegeben, wie die glänzende Reifezeit des Künstlerlebens einen Abgrund jammervoller Existenzen birgt, der nur mit Mühen und Schminke mühselig verschleiert wird. Schuld daran ist der bisherige Mangel an Organisation, die Rechtslosigkeit der Künstler gegenüber den Direktoren, die Gleichgültigkeit der Bühnenleiter gegenüber ihren Kollegen und Kolleginnen. Seit im Lichte des sozialen Problems eine Macht vom Theaterelend aufleuchtet, knüpfen sich alle Hoffnungen auf Reform und Besserung an das Kommen des Theatergesetzes, so heißt es in dem von Dr. Seelig, Mannheim, herausgegebenen Beitrag zu der sozialen Frage des Theaters. Es wird darin nachgewiesen, daß die Künstler weder ausreichend bezahlt noch wirtschaftlich geschützt sind. Der Dienstvertrag sichert dem Unternehmer alle Rechte, während dem Schauspieler alle Pflichten zugewiesen sind. In dem Buche „Theaterelend“ bildet die Kostfrage, die notwendig die weiblichen Bühnenmitglieder am härtesten trifft, das ergreifendste Kapitel. Sie beziehen an sich schon geringere Gagen als ihre männlichen Kollegen. Die Durchsetzung eines Mindesteinkommens scheitert an dem Ueberangebot und dem Volontarismus. Während nach dem Bühnendienstvertrag die Schauspieler wenigstens die historischen Kostüme geliefert bekommen, heißt es: „Weibliche Mitglieder haben sich, außer den Männerkostümen alles auf eigene Kosten zu stellen und sind verpflichtet, alle Weisungen der Bühnenleitung in betref der Haartracht, der Schminke und dergleichen genau zu befolgen.“ Nur an größeren Hoftheatern und einigen Stadt- und Privattheatern erhalten die Schauspielerinnen die historischen Kostüme geliefert. Am schwersten aber werden sie mit dem Aufwand moderner Toiletten belastet, der in den letzten Jahren ins Ungemessene gestiegen ist. Eine Umfrage von Engel Reimers bei den Schauspielerinnen stellt fest, daß häufig nicht nur die Hälfte oder zwei Drittel des Einkommens, sondern auch das ganze Einkommen und noch darüber hinaus von dem Aufwand für Toiletten verschlungen wird. Daß die Prostitution unter den Schauspielerinnen so häufig ist, daß man sie beschuldigt, leichtsinnig zu sein und reiche Liebhaber zu haben, hat seinen Grund nur zu oft in den ungeheuren Anforderungen, die die Regie im Interesse des Publikums an die Künstlerinnen stellt. Denn gewisse Kreise des Theaterpublikums und gerade die am meisten zahlenden sehen im Theater mehr eine Toilettenrevue und eine Schönheitskonkurrenz als wahre Kunst. In der Nachberichterstattung der Schauspielerinnen vom 1. auf 2. März 1910 führte Anna Kubner aus: „Innerhalb des Schauspielerstandes gibt es tatsächlich Prostitution. Einer der wichtigsten Gründe ist darin zu suchen, daß der Dienstaufwand der Schauspielerinnen in keinem richtigen Verhältnis zu ihrer Gage steht. Die Gagen sind so gering, daß man sie nicht aufbringen kann, um die Kosten der Prostitution zu decken, und gerade die am meisten zahlenden sehen im Theater mehr eine Toilettenrevue und eine Schönheitskonkurrenz als wahre Kunst. In der Nachberichterstattung der Schauspielerinnen vom 1. auf 2. März 1910 führte Anna Kubner aus: „Innerhalb des Schauspielerstandes gibt es tatsächlich Prostitution. Einer der wichtigsten Gründe ist darin zu suchen, daß der Dienstaufwand der Schauspielerinnen in keinem richtigen Verhältnis zu ihrer Gage steht. Die Gagen sind so gering, daß man sie nicht aufbringen kann, um die Kosten der Prostitution zu decken, und gerade die am meisten zahlenden sehen im Theater mehr eine Toilettenrevue und eine Schönheitskonkurrenz als wahre Kunst.“

Eine andere Schauspielerin, Margot von Halle, schildert die Ursachen der Prostitution mit Rücksicht auf die Kostfrage: „Wald weiß man, wer bleiben wird, d. h. man weiß, wer die besten Toiletten hat. Denn es geht hier nicht etwa nach Talent und künstlerischem Können, wenigstens durchaus nicht in erster Linie.“ Ergreifende Schilderungen des Elends der Schauspielerinnen enthält auch das Tagebuch einer deutschen Schauspielerin „von Helena Scharfstein“. Die Verfasserin wurde wegen Ledertreibung und Unmäßigkeit des Trunks angeklagt, mußte aber freigesprochen werden, da sie für alle ihre Angaben den Wahrheitsbeweis erbringen konnte.

Wenn auch Eitelkeit und Rivalität der Schauspielerinnen wenn auch das Publikum mit seinen gesteigerten Ansprüchen einen großen Teil der Schuld tragen, so sind doch die Unternehmer im Grunde die eigentlich Verantwortlichen, wenn sie von den Mitgliedern einen höheren Aufwand für Kostüme verlangen, als der Gage entspricht. Nach Rartheit sind Tausende von Frauen und Mädchen an deutschen Theatern mit Monatsgehältern von 20 bis 50 M. angestellt. Das königliche Schauspielhaus in Berlin zählte 1904 den kleinen Schauspielerinnen 60 M. im Monat.

Aber nicht nur unter dem Toilettenaufwand leiden die Schauspielerinnen. Eine bedeutende Rolle spielt auch das Nebengewerbe, die Gage und die Häufigkeit der Ordnungsstrafen. Jeder Verstoß gegen die vom Unternehmer aufgestellte Hausordnung ist mit Geldstrafen belegt, führt sogar häufig dahin, daß er dem Unternehmer das Recht zur Kündigung gibt. Auch von diesem Kündigungsrecht werden wieder die Schauspielerinnen am härtesten betroffen. Eine Überschuldung z. B. gibt dem Unternehmer das Recht zur außerordentlichen Kündigung. Der Künstlerin kann sogar eine Wiederannahme ihrer künstlerischen Tätigkeit während der Dauer ihres früheren Vertrags verboten werden. Als Grund wird angeführt, daß das Mitglied eine Überschuldung zum Vorwand nimmt, um sich vom Vertrag zu befreien und einen anderen eingeben zu können. Das kann vorkommen, ist doch aber nicht die Regel. Das Tätigkeitsverbot schädigt in vielen Fällen die Künstlerin. Die verschiedenen Gründe können sie bestimmen, nach ihrer Verheiratung wieder aufzutreten, z. B. pekuniäre Verhältnisse oder der in vielen Fällen so unabweisliche Drang, sich zu betätigen. Es kann zur Scheidung kommen, oder sie kann Witwe werden. Sie ist auf alle Fälle durch dieses Verbot benachteiligt.

Eine große Schädigung der Künstlerinnen liegt ferner darin, daß uneheliche Schwangerschaft ein Entlassungsgrund ist. Diese Differenzierung zwischen der Schwangerschaft eines verheirateten

und eines nicht verheirateten Mitglieds muß „eine soziale Rückständigkeit ersten Ranges“ genannt werden.

Auch die vielen Gefahren an Krankheiten und Unfällen treffen die Schauspielerinnen besonders hart. Im Fall der Krankheit kann schon nach kurzer Zeit Spielgeld und Gage gekürzt werden. Bei der Dürftigkeit des Einkommens und bei den an sie gestellten Ansprüchen, ist eine Künstlerin selten in der Lage, Ersparnisse zu machen. Pensionberechtigung findet man aber nur an ganz wenigen Bühnen.

Man sieht, daß die Theateraufbahn zu den Frauenberufen gehört, die ganz besonders recht- und schutzlos sind. Es ist höchste Zeit, daß sich auch hier die Frauen organisieren, daß sie auf die gleiche Einflüsse zu erlangen suchen, die ihnen Rechte geben den Unternehmern gegenüber, die Leistung und Gegenleistung sichern. Auch der Dienst der Kunst ist als Arbeit aufzufassen, und jede Arbeit abelt jede Arbeit ist befreiende lebenerzeugende Kraft. In diesem Sinne werden die Schauspielerinnen in der Sozialdemokratie ihre wirkliche Stütze finden. N. B.

Zur Frage des Geburtenrückganges.

In Nr. 23 der „Gleichheit“ äußert sich Genossin Matilde Bunt im Anschluß an statistische Mitteilungen über den Geburtenrückgang in Berlin folgendermaßen zu der wichtigen Frage „Was bedeutet der Geburtenrückgang für die proletarische Frau?“

Die Anschauung, als ob der Geburtenrückgang der Frau eine Hebung ihrer Lage bringe, hat vielfach Wurzel gefaßt, und das auch unter den Genossinnen. Aber auch in dieser Frage und gerade in ihr trennt sich die sozialdemokratische Auffassung von der bürgerlichen. Ob die einzelne Frau und Mutter entlastet wird von der großen Sorge, der körperlichen und geistigen Ausbeutung eines häufligen Wochenbettes, das kann nur dann für die Allgemeinheit von Bedeutung sein, wenn diese Entlastung dazu beiträgt, die Lage der Frauen, der Arbeiterklasse überhaupt wirtschaftlich und sozial zu bessern. Daß die Verminderung der Geburten aber nicht von dieser Wirkung begleitet ist, hat die Lage der französischen Arbeiterklasse schon längst bewiesen. Das Zweifelhafte ist in Frankreich sehr weit verbreitet, doch hat sich in der Folge hier weder die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gebessert noch die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen gebessert. Wir hören nichts von einer höheren Entlohnung der Frauenarbeit in Frankreich oder von der Zuerkennung politischer Rechte für das weibliche Geschlecht.

Mag das einzelne Elternpaar auch zwei Kinder besser ernähren und erziehen können als sechs, so bleiben doch nichtdestoweniger Eltern und Kinder genau demselben kapitalistischen Ausbeutungsregime unterworfen, die ihre Klasse drückende politische und wirtschaftliche Rechtslosigkeit bleibt bestehen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Täuflingen über die Bedeutung verminderter Kinderzahl zu nähren, sie liegt vielmehr darin, mit aller Macht auf eine Besserung der Arbeiterklasse und sozialer Reformen überhaupt hinzuwirken. Ein ausreichender Wächterschutz und Säuglingschutz, wie die sozialdemokratischen Kräfte ihn forderten und wie ihn die Reichsversicherungsordnung nicht bringen sollte, steht an der Spitze dieser Forderungen. Gesunde Wohnungen, öffentliche Spiel-, Turn- und Badeplätze für die Kinder gehören zu ihnen und sind zuletzt eine Herabsetzung aller Lebensmittelpreise durch Beseitigung der Hölle, indischen Stierern und Grenzsteuern.

Reformen auf der ganzen Linie sind die notwendigen Voraussetzungen für die Hebung der Geburtenziffer. Schränken die Wohlhabenden die Kinderzahl ein, teils aus Nequemüßigkeit, teils um ihren Reichtum zusammenzubehalten, so geschieht es bei den Unbemittelten aus dem harten Mangel der Not des Nüchternkönnens. Aber noch niemals hat die Arbeiterklasse Erfolge und Fortschritte errungen durch Verzicht — und die Einschränkung der Kinderzahl bedeutet einen ganz wesentlichen Verzicht auf Gegenwartsgenossen und Zukunftshoffnung der Wertigen. Erfolge und Fortschritte für das Proletariat werden auch nicht erreicht durch die materielle Verbesserung der Einzelfamilien, sondern durch den Kampf der Klasse, der zur Erfüllung unserer sozialpolitischen Forderungen zwingt, die die proletarischen Massen und ihren Nachwuchs zu gesunden, kräftigen und widerstandsfähigen Menschen machen sollen.

Das Problem des Geburtenrückganges zwingt die Frauen, sich mit den Fragen der Erwerbstätigkeit, der wirtschaftlichen und politischen Stellung des weiblichen Geschlechts noch eingehender zu beschäftigen als bisher. Die bürgerliche Auffassung dagegen, daß die Herabsetzung der Geburtenzahl die Lage der Arbeiterklasse zu bessern oder gar zu ändern vermöge, müssen wir mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die Gleichberechtigung erzieht die Frau nicht durch weniger Kinder, sondern aller Reaktion zum Trotz durch ihren energischeren und ausgebreiteteren Kampf, dessen treibende Kraft ihre wirtschaftliche und politische Inertheit in Staat und Gesellschaft ist.

Bürgerliche Bewegung.

Woher die Enttäuschungen? Das Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins „Neue Bahnen“ legt mit Recht dar, daß in den letzten Wochen die Frauen zwei herbe Enttäuschungen erlebt haben: bei der Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (im Reichstag) und des Gesetzentwurfes über das Verfahren gegen jugendliche Hebelräuber (in einer Reichstagskommission) ist auf die Wünsche der Frauen keinerlei Rücksicht genommen worden. Das Blatt schließt daraus:

„Die geschilderten Vorkommnisse haben wieder einmal deutlich bewiesen, daß die politischen Parteien über die Wünsche der Frauen keinen Herzog zu Tageordnung übergehen, weil hinter den weiblichen Parteimitgliedern, insolge des Fehlens staatsbürgerlicher Rechte, keine reale Macht steht.“

Schließlich trifft dieser Vorwurf nur insoweit zu, als die bürgerlichen Parteien erst nach Einführung des Frauenstimmrechts die Wünsche der Frauen mehr berücksichtigen werden. Was die Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes angeht, schreiben die „Neuen Bahnen“ selbst, daß „außer auf Seiten der Sozialdemokratie keinerlei Verständnis für die Wünsche der Frauen vorhanden war“ und daß „der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Landsberg ein Verdiger in der Wüste blieb.“

Ebenso kann von einer Laune bei der Beratung der Forderung auf weibliche Schöffen für Jugendgerichte nur bei den Liberalen die Rede sein. (Der fortschrittliche Abgeordnete v. Litzki wird offensichtlich dafür bereit von seiner in dieser Frage fortschrittlicheren Tochter abgestraft worden sein.) Daß unsere Abgeordneten mit aller Energie für die Zulassung weiblicher Schöffen eingetreten sind, wird auffälligerweise von den „Bahnen“ verschwiegen. Nur dadurch kann man vor den Lesern die Polemik dahin verschieben, daß die Frauen „von reinen Männerparlamenten auch in Zukunft wenig zu erwarten haben werden“. Wenn die Frauen nur gewissenhaft darauf achten wollten, wer eigentlich ihre Interessen vertritt, und dann nur die Parteien unterstützen würden, die sich ihrer annehmen, dann lände es heute um die Verwirklichung aller berechtigten Frauenforderungen besser. Jetzt haben es ja die bürgerlichen Parteien gar nicht nötig, sich ihrer weiblichen Parteimitglieder anzunehmen, denn diese Damen bleiben treu trotz der Angriffe ihrer männlichen Parteifreunde. Die konsequente Parole: Unterstützung nur der Sozialdemokratie, Kampf allen bürgerlichen Parteien (denn alle vertreten die Sache der Frauen im entscheidenden Moment), ist das beste und einzige Mittel, die reinen Männerparlamente zu beseitigen. Voraussetzung dafür ist allerdings objektive Berichterstattung und wirkliche Unterstützung der eigenen Anhänger. Dann bewahrt man sich auch vor Enttäuschungen.

Frauenarbeit.

Krankenspielerin und Privatwohnung. Der Amsterdamer Magistrat genehmigte mit einer Stimme Mehrheit einen Vorschlag unserer Parteigenossen dahingehend: es einem Teil der Krankenhäuser

schwärmern zu ermöglichen, außerhalb der Krankenhäuser zu wohnen. Der Vorschlag wurde durch verschiedene Magistratspersonen scharf bekämpft. Unter den Gegenargumenten wurde angeführt, daß die Krankenspielerin den Befürhungen der Großstadt preisgegeben sein würden, daß sie zu spät zu Bett gehen könnten, daß sie zu viel Freiheit empfinden und dadurch erhalten würden und endlich, daß das finanzielle Folgen nach sich ziehen könnte. Die beiden letzten Argumente werden wohl von den Gegnern am meisten gefürchtet. Aber jeder, der etwas von dem Klosterleben in den Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen kennt, wo eine Anzahl von Frauen, eben durch ihre Wohnung gezwungen, fast ihr ganzes Leben in der gleichen Umgebung zu verbringen hat, wird begreifen, welche große Verbesserung diese probeweise Einrichtung bringen kann. Nicht mehr das „Altschick“, nicht mehr die künstliche Abgeschlossenheit vor der Außenwelt! Dr. de Ran, ein Liberaler, erklärte sogar, daß er ganz mit dem Vorschlag der Sozialdemokraten einig gehe und daß es sehr im Interesse der Krankenverpflegung läge, daß die Schwestern dem ewigen Druck der Direktoren und Oberpflegerinnen entzogen würden.

In Deutschland liegen die Verhältnisse ganz ähnlich die Augen der Schwestern, daß sie durch Direktion und Oberinnen schwer drangaliert werden, sind an der Tagesordnung.

Frauenstimmrecht.

Frauenwahlrecht in Illinois. Der dreißigste Staat der Union, das rund 6 Millionen Einwohner zählende Illinois hat sich nun, als erster Staat östlich des Mississippi, den Frauenwahlrechtskräften angeschlossen. Verhältnismäßig wurde das Recht allen großjährigen Frauen für die Gemeinde- und Bundes- (Kongress-) und Präsidentschaftswahlen, nicht aber für die Staatswahlen verliehen. Letzteres wollen die Gegner des Gesetzes, das am 1. Juli in Kraft trat, dessen Rechtsgültigkeit vor den Gerichten anfechten. Die Unterzeichnung durch den Gouverneur wurde vom feierlichen Akt, dem die Frau des Gouverneurs, die Führerinnen der Frauenbewegung bewohnten und der, recht zeitgemäß, auch kinematographisch aufgenommen wurde. Das Gesetz gibt rund einer Million Frauen das Wahlrecht.

Gesundheitspflege des Kindes.

Die fähigt man sein Kind am sichersten vor Tuberkulose? Diese wichtige Frage beantwortet Dr. H. Schelle wie folgt: Das Kind muß besonders in den ersten drei Lebensjahren vor dem Umgang mit Personen, die Tuberkulosebazillen ausstrahlen, bewahrt werden, denn einmal kommt die Tuberkulose des Kindes in den meisten Fällen von kranken Erwachsenen aus der Umgebung des Kindes (viel seltener spielt die Milch oder die Vererbung eine Rolle) und zweitens ist die Mehrzahl der tuberkulösen Kinder vor dem fünften Lebensjahre angesteckt worden. — Für Proletariatsfamilien, wo zu Hunderttausenden sechs und mehr Personen mit einem Wohnraum sich begnügen müssen, ein sehr billiger Rat. Nicht ohne Ursache heißt die Tuberkulose im Proletariat „Proletariatskrankheit“.

Sam Kinderwagen. Auf die ungewöhnliche Ausstattung der Kinderwagen macht Dr. Forstner aufmerksam. Die Wagen sind in der Regel mit Wachsöl ausgefettet. Dadurch wird die Luftzirkulation ausgeschlossen und eine Wärmeentwicklung herbeigeführt, die zur Erkrankung und zum Tode der Säuglinge führen kann. Ein jeder, der einen Gummimantel getragen hat, wird die durch ihn bedingte Wärmeentwicklung und die hierdurch erzeugte Verdrängung empfunden haben. Ein Verdunstet der durch den Körper ausgeschiedenen Sekretionen, des Schweißes usw., ist auch in solchen Kinderwagen nicht möglich. Es muß darum darauf gesehen werden, daß die Kinderwagen nicht mit Wachsöl, sondern mit durchlässigen Zeuggeweben ausgefettet werden. Auch verdient deshalb ein Wagen aus Korbbast den Vorzug vor solchen aus festem Holzstoff. — Proletariatsmütter allerdings sind froh, wenn sie überhaupt nur einen Korb als eigene Bettstelle für ihren Säugling beschaffen können. Weist müssen sich ihre Kinder mit ein paar Lumpen in irgendeiner Zimmerdecke begnügen oder das Bett mit älteren Geschwister und Erwachsenen teilen. Zu einem Wagen für Ausfahrten reicht das Geld überhaupt nicht.

Literarisches.

Die deutschen Arbeiterinnen-Organisationen von Dr. Lily Hauff (Galle & S., Ehrhardt Karras Verlag, 1912, 188 Seiten). Die Studie gibt eine Uebersicht über die Geschichte und den Stand der Arbeiterinnen-Organisationen im Jahre 1910/11. Obgleich die Verfasserin sich mehr auf eine rein historische und statistische Darstellung beschränkt, stellt sie in Wort und Schrift eine wichtige Maßgabe für die Beurteilung der Organisationen zusammen. Sie stellt mit Recht das geeignete Mittel zur Erzielung einer Besserung der Verhältnisse unter den erwerbstätigen Frauen in der Selbsthilfe der Arbeiterklasse auf dem Wege des gemeinsamen Zusammenschlusses. Im Interesse der Arbeiterinnen fordert sie dabei die Aufnahme der Frauen in die Verbände der Männer, also eine weibliche Organisation in gemeinsamen Verbänden. Geist und Leitung dieser Organisationen sollen das Klassenbewußtsein, Verantwortlichkeitsgefühl und Selbstbewußtsein der Mitglieder heben. Das erfordert weiter, daß die Arbeiterin selbst aus ihrer Mitte die Erzieherin wählt und auf die Hilfe von Frauen anderer Stände in großen Ganzen verzichtet. Obgleich diese Forderungen am besten in den freien Gewerkschaften verwirklicht sind, führt das Bestreben nach völliger Neutralität die Verfasserin zu einer unbegründeten Anerkennung anderer Organisationen. So urteilt sie über den Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands, die Ziele dieses Verbandes sind in jeder Weise anzuerkennen, trotzdem dieser Verband in erster Linie religiös-konfessionelle Interessen vertritt, von Weiblichen geleitet wird, die Entwicklung des Klassenbewußtseins durch Verhinderung der Gegensätze zwischen Unternehmer und Angestellten“ hemmt. Nachsicht für die hauswirtschaftliche Ausbildung vgl. — kurz den Forderungen der Verfasserin in keiner Weise entspricht. Gerechter ist das Urteil über die Hirsch-Dunderdschen Gewerkschaften, deren Mitgliederfluktuation keine hoffnungstreue Stimmung für die weitere Entwicklung“ erweckt. Entwicklung und Tendenzen der freigewerkschaftlichen Organisationen werden mit ruhiger Sachlichkeit besprochen. An dieser Stelle mag es interessieren, daß die „Gleichheit“ mit besonderer Anerkennung bedacht wird: „Diejenige Arbeiterin, die mit Aufmerksamkeit diese Zeitung liest, wird im Laufe der Zeit einen reichen Schatz an Kenntnissen und demnach auch an Verständnis für die gewerkschaftliche Arbeit gewinnen.“

Bunte Mappe.

Eine Stiftung für weibliche Opfer des Klassenkampfes. Schweden besitzt seit kurzem eine neue und zweckmäßige Stiftung. Der unserer Partei seit langer Zeit nahestehende Großhändler Rikis Berg hat seine in der Umgebung Stockholms gelegene Besitztung Karholmén sowie einen Betrag von 480 000 M. einer Stiftung zugewendet, die zur Versorgung weiblicher Opfer des Arbeiterkampfes bestimmt ist. In erster Linie sollen bedürftige Frauen, die direkt oder durch ihren Mann an einem Arbeiterkampfe beteiligt waren, dort untergebracht werden, dann aber auch Frauen, die unter einer langen Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Dem Kuratorium der Stiftung gehören außer dem Gründer noch ein sozialdemokratisches Mitglied der ersten Kammer und der Obmann des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes an. Die Statuten bestimmen, daß jede freiverdende Stelle im Kuratorium von dem Landessekretariat der Gewerkschaften neu zu besetzen ist, und daß nach dem Tode des Gründers sein ein weibliches Mitglied dem Kuratorium anzu gehören hat.

Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau

Zum 8. September 1913 finden die

Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse

im Lokal von G. Gaaf, Germaniastraße, Streifowplatz 19, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt in der Zeit von 10 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 9 Uhr nachmittags statt.

Gewählt wird gemäß § 15 der Reichsversicherungsordnung nach den Grunddaten der Verhältnisse.

Zu wählen sind 60 Ausschussmitglieder, und zwar 30 Arbeitgeber und 30 Arbeitnehmer sowie 40 Arbeitgeber-Stellvertreter und 30 Arbeitnehmer-Stellvertreter.

Für die Wahlen sind dem Vorstand der unterzeichneten Kasse Vorschlagslisten, getrennt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bis spätestens den 11. August 1913 einzureichen.

Die eingereichten Vorschlagslisten liegen vom 18. August bis 6. September im Lokal, Breite Straße 69, während der Dienststunden von 8-1 Uhr vormittags zur Einsicht aus.

Wahlberechtigt sind außer den volljährigen Kreditgebern und Versicherern der Allgemeinen Ortskrankenkasse auch die volljährigen Arbeitgeber und Versicherern der sich am 1. Januar 1914 anschließenden Klassen:

1. der Ortskrankenkasse der Handwerker,
2. der Ortskrankenkasse der Tischler,
3. der Ortskrankenkasse der Zimmerer,
4. der Ortskrankenkasse der Maurer,
5. der Ortskrankenkasse für das Schuh- und Pantoffelmachererwerb.

Zur Feststellung der Wahlberechtigung liegen die Mitgliederverzeichnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie folgt zur Einsicht aus:

1. für die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Ortskrankenkasse der Handwerker und die Ortskrankenkasse der Tischler bis zum 11. August cr. in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Lokal, Breite Straße 69.
2. für die Ortskrankenkasse der Zimmerer bis 11. August cr. in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Lokal, Mittelstraße 2.
3. für die Ortskrankenkasse der Maurer bis 11. August cr. in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Lokal, Wolkestraße 49.
4. für die Ortskrankenkasse für das Schuh- und Pantoffelmachererwerb bis 11. August cr. in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Lokal, Marktstraße 11.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus den Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnissen ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Bezeichnung des Ausschlussgrunds spätestens bis zum 11. August cr. unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand der unterzeichneten Kasse einzulegen.

Ferner hat sich jeder Wahlberechtigte bei der Wahlhandlung mit einer Legitimation zu versehen. Es ist dies für die Arbeitgeber die letzte Beitragsanmeldung, für die Versicherer die Mitgliedskarte oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und 10 x 8 Zentimeter groß sein.

Spandau, den 21. Juli 1913.

274/5

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Gadescher Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntags geöffnet.

Wandbildhau! Hermannplatz 6. Spotbilliger Bettdeckenverkauf. Polsterverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldmalerlager. Preisermäßigung! Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls!

Teppich-Thomas! Drantenstr. 126, verkauft farblichste Teppiche (Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken) halben Preis. Vorwärts! 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Bettenhaus 9, Brunnstr. 70, im Keller. 1909/10

Borjädige elegante Herrenanzüge und Ballets aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Verlanbau Germania, Unter den Linden 21.

Zintwischäfer, Jober, Sit- wachen, Badematten. Speziallabor Reichensbergerstraße 47. Lefern 5 Proz.

Steppdecken! Spotbilliger Sommer-Raumüberwurf! Einmalige 3,85, 4,85, 6,00 bis 10,75. Tischdecken 2,50 bis 8,75, moebelte 4,75. Wolle! Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlerstr.). Monntagen 10 Prozent Rabatt.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Arbeiter - Bildungsschule.

Donnerstag, den 31. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im Schullokal, Grenadier-Str. Nr. 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren.
2. Wahl der Unterrichtsleiter und der Bibliotheksführer.
3. Schulangelegenheiten.
4. Anträge und Beschlüsse.

Mitgliedsbuch legitimiert! Ruchständige Beiträge müssen bezahlt werden. 6/9

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin. Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden 4518

Sonntag, den 27. Juli 1913, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15 (Saal 4):

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gustav Bauer über: Die Bedeutung der „Volksfürsorge“ als Volksversicherung für die Arbeiterschaft. 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1913. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verbandbuch oder Kontrollkarte legitimiert zum Eintritt. Es ist Pflicht jedes Arbeiters, sich mit dem Besen der „Volksfürsorge“ bekanntzumachen. Darum, Kollegen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. 44/1

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

300 Mark

Ansatz an verkaufte Parzellen von 2000 R. an 10. W. Tour elektr. Bahnhöfe 164. Rosenhöfenhausen, Hauptstr. 17, Hof pt.

Phänomen

Qualitäts Cigarette



Genauere Augengläser



Lieferant für alle Krankenkassen. Optiker Stendel, Inh. Emil Klein, Berlin C, Roßstraße 32. 10 Minuten vom Gewerkschaftshaus.

Graumanns Festsäle und Garten

Nannynstraße 27
Bühne mit elektrischer farbiger Beleuchtung. Sonnabende und Sonntage im August noch zu vergeben. Sonnabend, der 13. September, freigegeben. 1830/2 G. Graumann, Nannynstr. 27.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatl. Teilzahlung - Für jedes Instrument gewähre ich zwanzigjährige schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten

vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reichlicher Auswahl. Stück 5 Pf.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Gadescher Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntags geöffnet.

Wandbildhau! Hermannplatz 6. Spotbilliger Bettdeckenverkauf. Polsterverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldmalerlager. Preisermäßigung! Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls!

Teppich-Thomas! Drantenstr. 126, verkauft farblichste Teppiche (Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken) halben Preis. Vorwärts! 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Bettenhaus 9, Brunnstr. 70, im Keller. 1909/10

Borjädige elegante Herrenanzüge und Ballets aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Verlanbau Germania, Unter den Linden 21.

Zintwischäfer, Jober, Sit- wachen, Badematten. Speziallabor Reichensbergerstraße 47. Lefern 5 Proz.

Steppdecken! Spotbilliger Sommer-Raumüberwurf! Einmalige 3,85, 4,85, 6,00 bis 10,75. Tischdecken 2,50 bis 8,75, moebelte 4,75. Wolle! Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlerstr.). Monntagen 10 Prozent Rabatt.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Möbel!

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Reichlich bis Lützow, von Stendel bis Rottbus, angeschlossen in Karion 2,60 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Wissen Sie, Herr Schlingler, mit meinem besten Freunde habe ich Frach gepacht. Ich glaube, er wollte mich verarschen, und da wurde ich halt krank. Na, warum denn? Na, er erzählte mir so mir nichts, dir nichts: Ich habe mit heut eine Winterjoppe gekauft. Eine Winterjoppe? Ist Dir die Hitze zu Kopf gestiegen oder willst Du eine Herbstjoppe durchbringen? Nicht von alledem; ich laufe mit eine Winterjoppe halt für 17 Mark für 12 Mark im Sommerverkauf bei Schlingler. Sie wird wohl auch nicht mehr wert sein? Klar hier. So, hm, hm, und da hab ich mir sie angezogen, und da mußte ich mich die Nase bezahlen, die ich vermerkt habe, und nun bin ich hier. Wollen Sie auch eine Joppe? Nein, meine ist noch gut, die ich vor drei Jahren von Ihnen hatte. Aber einen Winterjoppe brauche ich, und wenn ich ihn jetzt billiger bekomme, laufe ich ihn schon jetzt. So kommt man im Sommer zu Winterjoppen bei Hermann Schlingler, Turmstraße 38.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame Bismarckstr. 10, II links.

Kleines möbliertes Zimmer zu vermieten Schwarzkopffstraße 13, parterre links. 1343B

Teilnehmer für möbliertes Vorderzimmer, Jolort, 15 Mark. Gerny, Graefstraße 62 II. 1413B

Möbliertes Zimmer, ein auch zwei Personen. Bauer, Luisenufer 34.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren. Bahns, Straußenerstraße 33, vorn. 791*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Gesucht, vier tüchtige Zementierer, welche Strichen putzen können. Neubau Künstlerische Osterode (Döbren). Rautenberg u. Co. C. Kapte.

Ein Mechaniker, geübt auf Bronzedrehen, verlangt G. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42.*

Wir suchen einen tüchtigen **Monteur für Eisenhochbau**, der event. einen Vorarbeiterposten übernehmen kann. Bewerber mit Zeugnissen, Bild, Angabe der Personennamen und der Lohnansprüche an **Bruno Heine, G. m. b. H., Magdeburg.** [120/16]

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gewerrt: Bautischlerei Gebr. Raabe, Hiebamt 31, Goldbleichenfabrik Raethel, Voedstr. 25. Das Berliner Arbeitswillegenvermittlungsbüreau d. gelben Handwerker- und Bauarbeitervereins d. Stellmachereinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz. Zugang ist streng ferngehalten. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Berliner Nachrichten.

Der Leutnant a. D. als Handlungs-kommis.

Das preussische Kriegsministerium ist beforat um die Unterbringung verabschiedeter Offiziere im Zivildienst. Da es vorläufig noch nicht möglich ist, die Behörden in ähnlicher Weise wie bei den Militärämtern zur Einstellung verabschiedeter Offiziere zu zwingen, so appelliert jetzt der Kriegsminister an die Gutherzigkeit und Milde der Bank-, Handels- und Industrie-Kreise. Er hat den Handelskammern ein Schreiben zugehen lassen, in dem er sie bittet, in ihren Bezirken „dabin wirken zu wollen, daß den mit Aussicht auf Anstellung im Zivildienst verabschiedeten Offizieren der Zutritt zu geeigneten Stellen des Handels und der Industrie ermöglicht wird“.

In der Stadtbahn.

Aus dem Nebenabteil Klara Musik herüber zu mir. Der Zug hatte die Station Wedding verlassen und durchschritt den hohen Norden Berlins, die Hochburg der proletarischen Bevölkerung. Es war nachts um die elfte Stunde, und ich kam aus einer politischen Versammlung. Neben mir sah eine alte Frau mit einem großen Korbe vor sich, sonst war niemand in unserem Abteil.

Draußen huschten die Lichter vorüber, ab und zu auch Züge. Und dann tauchten wieder Straßen auf, in unabschätzbaren Längen, in denen die blinkenden Laternen wie endlose Feuerketten sich hinogen.

Rur durch die Holzwand von uns getrennt, spielten im Nebenabteil zwei Jnasseln auf der Mundharmonika. Der eine hatte die Führung und der andere begleitete. Sie spielten flott und sicher, mit Schwung und Wärme. Sie spielten auf. Zwei Köpfe von durchsichtiger musikalischer Begabung und feinem Gehör. Tänze, Märche und die neuesten Varietés- und Operettenklänge wechselten in bunter Reihenfolge miteinander ab.

Mit stiller Freude lauschte ich, lässig in die Eden gelehnt, dem hübschen Doppelspiel und bedauerte nur, daß diese künstlerischen Kräfte sich auf der Mundharmonika und im Dilettantismus erschöpfen mußten.

Wir waren einige Stationen weiter gekommen. Auf der letzten hatte sich zu den Spielenden ein neuer Fahrgast gesellt. Sie hörten auch sofort mit Musikzieren auf und begannen eine rege Unterhaltung. Jetzt konnte man heraushören, daß es zwei junge Burschen — sogenannte Halbstarke, und zwar der üblichen Sorte — waren. Ihr Jargon und der rauhe Tonfall in der jugendlichen Stimme verrieten sie ohne weiteres als solche. Der neueingestiegene dritte Passagier mußte den beiden bekannt sein, denn man hörte eine weibliche Stimme dann und wann grell aufkreischen und sich sehr lebhaft in das Gespräch mischen. Das letztere war nicht gerade dezenter Natur. Da drüben, in dem Nebenabteil, wurde das Sexualgesebiet in einer Weise erörtert, daß zwei jüngere Frauen, die mir gegenüber saßen, ganz verlegen zum Fenster hinaussehen. Was an Unflut und Schmutz nur aufgeboden werden kann, schien da drüben wie in einem Becken zusammenzulaufen. Eine alte Marktenderin hätte schamrot werden können beim Anhören dieser Konversation. Den Rippen, die kurz vorher noch die schönsten Weisen formlen, entströmten nunmehr wahre Schlammfluten der Gemeinheit. Gut, daß das edle Trifolium, als der Zug wieder hielt, den Wagen verließ. Ich konnte mir die drei nun genau ansehen. Es waren zwei Burschen im Alter von siebzehn bis achtzehn Jahren. Der eine klein und unterseht, der andere groß, hager, und mit schlendernden Bewegungen. Sie hatten die zerknüllten Schiebermützen tief in den Nacken geschoben und die fettglänzenden Haare in einer schorfen Kurve über die Stirn gekämmt. Der Kleinere hatte ein rotes Gesicht, mit wulstigen Lippen, um die noch das gemeine Lachen aufste,

während sich bei seinem Gefährten die bleiche, mit Finnen durchzogene Haut straff über die spigen Wadenknochen spannte, zwischen denen eine schmale Habichtsnase scharf herunterbrang. Seine Schultern waren hohl und eingezogen. Die Hände hatte er tief in die Taschen der viel zu weiten Hosen verstreckt, die er von Zeit zu Zeit mit einem heftigen Stuck wieder hochzog.

Die Dritte im Bunde, ein junges Mädchen von mittlerer Figur und nicht unshönen Zügen, ging in der Mitte und hatte die beiden Kavaliere untergefaßt. Sie ging in der Schürze und ohne Hut und die goldgelben Ponnfloeden hingen ihr frech bis in die Augen herab. Noch einmal sah ich die drei in dem Gewimmel der Passagiere auftauchen, dann rollte unser Zug aus der Halle.

Da stieg ein bitteres Weh und eine dumpfe Wut in mir auf. — Begabte Menschen, kaum den Kinderbüchern entwachsen, von allen Lasteren umklammert, rettungslos verloren. Früchte unserer christlich-kapitalistischen Erziehung, Produkte der gottgewollten Gesellschaftsordnung!

„Die Schiffbrüchigen.“

Da das Interesse für das Werk andauernd ein sehr starkes ist, haben wir uns entschlossen, noch drei aufeinanderfolgende Abendvorstellungen im Deutschen Theater zu belegen und zwar Mittwoch, Donnerstag und Freitag, den 30. und 31. Juli, sowie 1. August 1913, abends 7 1/2 Uhr.

Die Karten werden wieder für 90 Pf., Galerikarten zu 60 Pf. abgegeben. Der Verkauf für sämtliche drei Vorstellungen beginnt am Montag, den 28. Juli, in folgenden Ausgabestellen:

- NW, Oldenburger Str. 10, Paersch, Restauration.
N, Brunnenstr. 145, Diejeler, Restauration.
O, Stralauer Platz 1/2, Bureau des 4. Wahlkreises, von 9-1 und von 4-7 Uhr.
SO, Engelufer 15, Horch, Zigarrengeschäft.
SW, Lindenstr. 2, vorn I, im Berliner Bureau von 9-1 und 4-7 Uhr.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Jagow über die Fütterung auf dem Viehhofe.

Der Berliner Polizeipräsident hat eine neue Verordnung erlassen. Diesmal bezieht sie sich auf die Viehfütterung. Wegen dieser Fütterung waren zwischen verschiedenen Interessenten Differenzen entstanden, die nunmehr durch folgende Verordnung beseitigt werden sollen:

Für die vorgeschriebene Fütterung und Tränkung der auf dem Viehhofe eingestellten Rinder, Schweine und Schafe haben die Eingraber zu sorgen. Rälber dürfen nur von den Angestellten der Viehhofverwaltung nach deren Anordnung getränkt werden, wofür die tarifmäßige Gebühr zu entrichten ist. Das Vieh ist alsbald nach der Ankunft zu füttern und zu tränken. Rinder und Schafe, die nach den festgesetzten Stunden eintreffen, dürfen nur Heu und Wasser erhalten. Vieh, das in der Nacht vor dem Markttage nach 12 Uhr eintrifft, ist in besondere Ställe zu bringen und dort zu füttern und zu tränken. Rinder und Schafe dürfen nur Heu und Wasser erhalten. Die Rälber sind auch in diesem Falle nur von den Angestellten der Verwaltung zu tränken. Das nach 12 Uhr nachts eingetroffene Vieh ist in der von der Verwaltung bestimmten und bekannt gegebenen Art zu zeichnen. Im übrigen ist das Vieh täglich mindestens einmal hinreichend zu füttern und zu tränken. Im einzelnen gelten noch folgende Bestimmungen:

Rindern und Schafen darf am zweiten Tage vor dem Markttage kein anderes Futter als Gerstenschrot, Kleie, Heu und Wasser gereicht werden. Die Fütterung muß um 8 Uhr abends beendet sein, Wasser darf auch während der Nacht gegeben werden. Am Tage vor dem Markttage darf kein anderes Futter als Gerstenschrot, Heu und Wasser verabreicht werden. Die Fütterung muß um 6 Uhr abends beendet sein. Um 8 Uhr abends ist das Vieh hinreichend zu tränken. Nach 6 Uhr abends darf nur noch Heu und Wasser gegeben werden. Nach 12 Uhr nachts ist jede Fütterung und Tränkung verboten. Die Fütterung der Schweine muß bis 12 Uhr nachts vor Beginn des Marktes beendet sein. Die Tränkung der Rälber muß bis 12 Uhr nachts vor Beginn des Marktes beendet sein. Futter und Wasser, das bis zu den angegebenen Stunden nicht verzehrt ist, muß aus den Ställen sowie aus den beweglichen Trögen entfernt werden. Während der Marktstunden dürfen die zum Verkauf gestellten Tiere weder gefüttert noch getränkt werden. Jede über die Bestimmungen hinausgehende Tränkung und Fütterung, insbesondere die Verwendung nicht zugelassener Futtermittel, ferner das Verabreichen von Salz und anderen die Freiheit und den Durst steigenden Mitteln ist verboten. Die Verwaltung des Viehhofes ist bei Zuwiderhandlungen berechtigt, das Vieh am nächsten Markttage vom Verkauf auszuscheiden und bis nach Marktschluss in Verwahrung zu nehmen.

Die Verordnung, die am 21. Juli erlassen ist, ist bereits in Kraft getreten.

Aus einer Heilstätte für Angestellte.

Uns wird geschrieben: Sonderbare Vorstellungen von dem Leben eines Stehproletariats scheint sich die neugegründete Reichsversicherung für Privatangestellte zu machen. Während die Invalidenversicherung von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgeht, daß die in die Heilstätten aufzunehmenden Patienten ihre paar Kröten, wenn sie überhaupt welche hatten, für Arzt und Medizin längst ausgegeben haben, liefert sie — wenigstens in Weesly — den neuen Patienten alles; sogar Zahnbürste und Seife.

Das umgekehrte Verfahren schlägt die Reichsversicherung für Privatangestellte ein. In der Heilstätte Belgig verlangt man von aufzunehmenden Patienten eine Ausrüstung, als wenn dieselben eine Reise zum Nordpol antreten sollen. Es wird niemand aufgenommen, der nicht verfügt: Ueber zwei sehr gute Anzüge, einen guten Ueberzieher, drei Paar Stiefel, warme Schuhe, sechs Paar Strümpfe, sechs tadellose Hemden, 6 Taschentücher; dann kommen diverse Unterhemden, Unterhosen, Mütze usw. Auch über einen guten Regenmantel muß der Glückliche verfügen, der in der Anstalt herumspazieren will.

Wenn man bedenkt, wie ein großer Teil der bei der Angestelltenversicherung (unter enorm hohen Beiträgen) versicherten Personen sich durchs Leben schlagen muß, so muß man über solche Forderungen der Anstaltsleitung geradezu staunen. Oder soll es Ablicht sein, daß nur die Elite der Versicherten die 200-300 M. für die Ausrüstung aufzubringen vermag, einzig Anrecht auf den Aufenthalt in der Heilstätte haben soll?

Wenn nicht alles täuscht, verfolgt man hier ganz offen die Absicht, eine Heilstätte für Vesperstuierte zu gründen, in der man sich die Proleten vom Leibe hält. Hierzu würde auch stimmen, daß im Gegenfalle zu mancher anderen Anstalt über Behandlung und Kost im allgemeinen nicht zu klagen ist und das Trinkgeldbewußtsein auch ganz erheblich eingegriffen sein soll.

Jedenfalls ist zu fordern, daß die zuständigen Instanzen auf die Heilstätte der Angestelltenversicherung ihr Augenmerk richten.

Eine betriebsame „guädige“ Frau.

Wir veröffentlichten dieser Tage ein Inserat aus dem „Total-Anzeiger“, in dem eine Frau von Arnim in Röchlendorff U. M. für 8 Wochen eine gewandte Schneiderin bei bescheidenen Ansprüchen suchte, die auf Wunsch „nur sechsstündige Arbeitszeit“ zu leisten hätte, wenn sie auf Gehalt verzichtete, wofür sie Landluft atmen könne. Diese menschenfreundliche Dame scheint recht betriebsam zu sein, denn sie sucht auch unter gleichen Bedingungen eine Maschinenstrickerin. Ein Inserat vom 22. Juli im „Total-Anzeiger“ lautet:

„Nehme a. Land für 2-3 Wochen erholungsbed. Maschinenstrickerin. Gebe bei 6stünd. Arbeitszeit fr. Stat., fr. Reise. Dubled der Stridmasch. hier. Frau v. Arnim, Röchlendorff, U. M.“

Wie menschenfreundlich doch Frau v. Arnim ist. Eine erholungsbedürftige Maschinenstrickerin kann sich sechs Stunden am Tage abrodern, ohne einen Pfennig Entschädigung zu erhalten. Wie gültig!

Eine Arzneiverwechslung in „Bethabara“.

Ein Mädchen, das sich in der Obhut der Erziehungsanstalt „Bethabara“ (Weihensee) befand, ist das Opfer einer Arzneiverwechslung geworden. Die 16jährige Margarete K. aus Berlin war, weil sie sich umhergetrieben hatte, vorläufig in dieser Anstalt untergebracht worden, während ein gegen sie eingeleitetes Verfahren auf Uebertretung zur Fürsorgeerziehung schwebte. Eine Krankheit, an der sie litt, wurde in „Bethabara“ behandelt, und hierbei passierte einem anderen Mädchen der Anstalt das Versehen, der Margarete eine zu äußerem Gebrauch bestimmte Arznei irrtümlich zu innerem Gebrauch zu geben. Darreichung von warmer Milch als Gegenmittel beseitigte die Lebensgefahr, doch zeigte sich bei der ärztlichen Behandlung, daß der Magen erheblich verletzt war. Als einige Tage später die Mutter in der Anstalt einen durch Postkarte angemeldeten Besuch machte, hatte man Margarete aus dem Bett herausgeholt, und die Erzählung der Tochter wurde von der Vorsteherin ergänzt durch die beschwichtigende Versicherung, daß das Schlimmste ja schon überstanden sei. Das war Anfang März, aber die erwartete Genesung blieb aus, so daß schließlich Mitte April das noch immer kranke Mädchen dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weihensee überwiesen werden mußte. Hier konnten die Eltern zunächst über den Zustand ihrer Tochter keine rechte Klarheit gewinnen, weil das Krankenhauspersonal auf Befragen immer wieder von der Geschlechtskrankheit sprach, mit der sie in „Bethabara“ eingeliefert worden war. Erst jetzt im Juli hat endlich ein Arzt des Krankenhauses die Mutter belehrt, der Magen sei durch ätzende Flüssigkeit so angegriffen worden, daß man sich zu einer Operation werde entschließen müssen. Als die Mutter nicht einwilligen wollte, wurde ihr geantwortet, dann werde die Tochter hinfieren. Diese Mitteilung läßt es dringend nötig erscheinen, daß eine amtliche Aufklärung der Angelegenheit herbeigeführt wird. Wenn nicht etwa die Mutter den Arzt mißverstanden hat, leidet das Mädchen noch jetzt an den Folgen jener um fast fünf Monate zurückliegenden Arzneiverwechslung. Wie kommt es, daß bisher eine Wiederherstellung der Margarete K. sich nicht hat erreichen lassen? Warum ist sie nicht sofort Ende Februar, sondern erst Mitte April einem Krankenhaus überwiesen worden? Was ist von Ende Februar bis Mitte April in „Bethabara“ getan worden, um sie wiederherzustellen? Und wie war es überhaupt möglich, daß die Arzneien verwechselt wurden? Wird nicht die Darreichung von Arzneien durch Anstaltspersonal beaufsichtigt oder mindestens überwacht? Wir halten es für selbstverständlich, daß die Direktion von „Bethabara“ damals sofort eine amtliche Untersuchung zu veranlassen hatte. Den Eltern ist von einer solchen bisher nichts bekannt geworden.

Selbstmorde wegen Arbeitslosigkeit.

Die immer stärker in die Erscheinung tretende Krise hat Tausende von fleißigen Arbeitern ihrer Arbeit und ihres Einkommens beraubt. Fast täglich kommen Nachrichten über Verzweiflungstaten arbeitsloser Arbeiter. Heute liegt folgende Meldung vor:

Geschossen aufgefunden wurde gestern früh auf dem Laubengänge am Weihensee ein 20 Jahre alter Arbeiter Theodor Mater, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt. Er hatte sich mit einem Revolver zwei Kugeln in den Kopf geschossen. Leute, die auf die Schüsse hin herbeieilten, fanden ihn betäubungslos und stark blutend daliegen. Weil er noch Lebenszeichen von sich gab, brachten sie ihn nach dem Krankenhaus in der Prinz-Albert-Straße. Hier konnte der Arzt aber nur noch seinen Tod feststellen. Die Leiche wurde daraufhin von der Polizei beschlagnahmt. Ueber den Grund zu seinem Selbstmord hat der Lebensmüde nichts hinterlassen. Ohne Zweifel haben jedoch Arbeits- und Mittellosigkeit den jungen Mann in den Tod getrieben.

Zu der Verlegung eines Arbeiters durch eine Pulverexplosion in Maschow bei Weihensee, über die wir kürzlich berichteten, bittet uns die Firma Nieland in Mariendorf mitzuteilen, daß der Unfall nicht bei ihr, sondern bei der Firma Reichmann u. Gallwitz passierte.

Ein tödlicher Straßenausschlag ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Anton- und Müllerstraße. Dort geriet beim Ueberfahren des Fahrdammes ein etwa 12 bis 13 Jahre alter Knabe unter eine Autodroschle. Die Räder gingen über den Bedauernswerten hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er bald darauf verstarb. Nachdem auf der Hülfsstraße in der Lindower Straße, wohin er mit der Droschle sofort gebracht wurde, sein Tod festgestellt worden war, wurde die Leiche von der Polizei beschlagnahmt und dem Schauhaus überwiesen. Wer der getötete Knabe ist, ließ sich noch nicht feststellen. Wie es scheint, war er auf dem Wege, eine Befragung für seine Angehörigen zu verrichten, denn an der Stelle, wo er überfahren wurde, konnten ihn die anderen Kinder nicht. Der Knabe trug eine graue Hose, ein braunes Manchesterjacket, ein weißes Hemd und schwarze Schuhe. Strümpfe trug er nicht.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam am Mittwoch nachmittag am Mariannenplatz 23 gegenüber der Thomaskirche aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen aus allen Ecken und Enden aus dem Dachstuhl des Vorderhauses mächtig empor. Die Berliner Feuerwehre rückte auf mehrmaligen Alarm sofort mit den Zügen 1, 4, 5, 6, 7 und 8 aus. Ueber mehrere mechanische Leitern und die total verqualmten Treppen wurde mit fünf Schlauchleitungen angegriffen und große Wassermengen in die Glut gedrückt. Die Flammen hatten reiche Nahrung gefunden und bedrohten die Nachbarhäuser. Den Bemühungen der Löschzüge, die unter Leitung des Brandmeisters Schumil mit großer Bravour vorgingen, gelang es, den Brand auf den Dachstuhl des Vorderhauses zu beschränken und die Piano-fabrik von E. Jakob zu schützen. Der Brand, der weithin sichtbar war, hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. In der am Sonntag abgehaltenen Ausschussung wurde der Arbeiter-Gesangverein kurzschlag bei Helden aufgenommen. Das Sängerfest, an dem auch die „Sozialistische Liedertafel New York“ teilnimmt, findet am Sonntag statt. In Ehren der amerikanischen Gäste findet am Dienstag, den 29. Juli, abends, im Gewerkschaftshaus ein Kommerz statt. Die Eintrittskarten hierzu sind am Freitag in der Generalprobe zu haben. Sodann gab der Vorstand die Statistik über die Mitwirkung bei der Raifeier bekannt, wobei konstatiert wurde, daß die Beteiligung eine gute zu nennen war. Ferner wurde mitgeteilt, daß sich die Vereine „Sängerkränz“ und „Deutsche Eiche“ unter dem Namen „Sängerkränz Deutsche Eiche“ und in Neukölln die Vereine „Schnegglöcher“ und „Melodie“ unter dem Namen „Liedertafel Neukölln“ verschmelzen haben. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß der Bildungsausschuss den Vereinen beim Engagement von Künstlern zu ihren Konzerten gern bereit ist zu sein.

Wer ist der Tote? Bei Hefentrost wurde die Leiche eines ungefähr 22 bis 24 Jahre alten Mannes gefunden, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Der unbekannte Tote trug einen braun gestreiften Jäckelanzug, ein blauweiß gestreiftes Oberhemd, einen weißen Kragen, eine blaue Krawatte und schwarze Strümpfe und Schuhschuhe. Sein Taschentuch ist A. G. gezeichnet. Bei der Leiche, die nach dem Friedhof in Rahnsdorf gebracht wurde, fand man eine Kettensäge, eine Vereinsnadel und einen Kottzettel.

Verloren wurde in der Brunnenstraße eine Handtasche, enthaltend Krankenbuch, Mitgliedsbuch für Laubstumm, Kottzettel, Arbeitslofenchein, Schlüsselbund und Portemonnaie mit Inhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Tasche Anklamer Straße 81, bei Karsten abzugeben oder im Bureau des Buchbinderverbandes, Engelauer 15 II.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. **Wahlfest der „Vereinigung Jugendheim“.** Am Sonntag, den 27. Juli, veranstaltet die „Vereinigung Jugendheim“ ein großes, allgemeines Wahlfest, wobei Belustigungen und Spiele unter erprobter Leitung für Jung und Alt, sowie eine Verlosung von praktischen Geschenken stattfindet. Für das leibliche Wohl ist bestens Sorge getragen. Für eventuell vorkommende Unfälle hat der Samariterbund bereitwillig ein Geld zur Verfügung gestellt. Man kann dem Fest nur wünschen, daß sich die Arbeiterenschaft daran beteiligt. Karten à 10 Pf. sind in den bekannten und mit Plakaten belegten Lokalen zu haben. Festplatz: Königsheide, Baumgartenweg, direkt hinter der Brücke vom Verbindungskanal rechts.

Ferienpiele. Bei dem Besuch des Zoologischen Gartens am Dienstag ist in einem Straßenbahnwagen ein Schirm gefunden worden. Dieser kann abgeholt werden bei Wielepp, Weißstr. 17 IV.

Der Arbeiter-Kahfahrbund Solidarität, Ortsgruppe Neukölln, hält am Sonntag, den 27. Juli, im Establiement von Richard Jellisch, Steinfelderstr. 48/49, ein Sommerfest, verbunden mit Spezialitäten, sportlichen Aufführungen und Ball ab. Nachmittags 8 Uhr Korsofahrt der auswärtigen sowie hiesigen Bundesmitglieder vom Startplatz des Restaurants Karlshagen, Karlshagenstr. 6 bis 10. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Wilhelmshagen.

Die hiesigen Schulverhältnisse haben jetzt endlich einmal das Bürgeramt auf den Plan gerufen. Die Schließung der Schule wegen Erkrankung eines Familienmitgliedes des Lehrers an einer anscheinend Krankheit veranlaßte den Haus- und Grundbesitzerverein, in seiner letzten Sitzung hierzu Stellung zu nehmen. Die Versammlung erhob Beschwerde, daß es zu einer Schließung der Schule, in welcher der Lehrer wohnt, gekommen ist, da in dem leeren Räume genügend zur Verfügung stehen, die zu Unterrichtszeiten hätten gemietet werden können. Für den Lehrer selbst hätte eine Vertretung gestellt werden müssen, da für derartige Zwecke Mittel im Etat vorgezogen seien und hier eine Sparmaßnahme nicht angebracht sei. Die Versammlung gab der Erwartung Ausdruck, daß in Zukunft diese Anregungen bei der zuständigen Stelle Beachtung finden.

Diese Forderung — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen kann — ist völlig unzureichend. Wie wir schon vor einem Jahre an dieser Stelle eingehend nachwies, reichen weder der eine Lehrer noch die jetzigen Schulkäume aus, um den Volksschülern einen annähernd zweckmäßigen Unterricht zu erteilen. Der Mibstand, daß der Hausfrau zu Unterrichtszwecken verwendet wird, ist ja glücklicherweise beboben, ebenso die Hinzuziehung der älteren Kinder zum Unterricht der jüngeren. Aber immer noch liegt in einem Lehrer die Last ob, circa 80 Kindern der verschiedensten Jahrgänge die Elementarfächer in einer beschämend kurzen Unterrichtszeit, die durch den Religionsunterricht noch auf das Äußerste zusammengebrängt wird, beizubringen. Dieser mangelhafte Schulunterricht in mangelhaften Räumen wirkt um so krasser, wenn man die große pompöse Kirche vor sich sieht, wenn man ferner beobachtet, wie einige Menschen- und Küchenselbstredigende Stützen des Bürgeramtes eifrig für die Errichtung eines Krüppelheims agitieren, aber an der geistigen Verküppelung der jungen Menschenkinder achtlos vorübergehen. Auf die Beachtung „zuständiger Stellen“ warten, wie es der Haus- und Grundbesitzerverein will, ist ein zweckloses Bemühen; der durch das rückgratlose Bürgeramt unterhaltenen preußische Landtag sorgt schon dafür, daß der Sinn für derartige Beachtungen bei den „zuständigen Stellen“ sich nicht allzu scharf entwickelt. Hier muß vielmehr ganz entschieden die Verstärkung der Lehrkräfte und Erweiterung der Schulkäume gefordert werden, und diese Forderung muß verstärkt werden durch Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, der einzigen, die es wirklich ernst mit der Verbesserung der Volksschule meint.

Reifenfee.

Die geplante Kinssteuer auf ein Jahr verlag, so lautet der Beschluß der Finanzkommission, nachdem die gemachten Erhebungen wohl kein günstiges Resultat gezeigt haben. Auch herrsche an und für sich keine rechte Stimmung für diese Steuer, so daß anzunehmen ist, daß die ganze Vorlage nach einem Jahre überhaupt unter den Tisch fallen wird.

Stegly.

Zu den Ferienpielen versammeln sich die Kinder von jetzt ab um 1/2 Uhr, Treffpunkt stets am Bahnhof Stegely. Gespielt wird Dienstags und Freitags im Brunenwald, Donnerstags im „Vierwäldchen“ in Stegely.

Mariendorf.

Zu einem lustigen Proschmäußerfest gestaltet sich eine Auseinandersetzung der „großen politischen Parteien“ Mariendorfs in den Spalten der hiesigen Ortszeitung. Die Tatsache, daß bei der Landtagswahl die Sozialdemokratie die Hälfte der zu wählenden Wahlmänner durchgebracht hat, macht den Wismaschführern am Ort eher Kopfweh, und in ihrer grenzenlosen Verlegenheit schieben sie sich gegenseitig die Schuld zu.

Natürlich und amüsan ist es zu hören, daß bei der nächsten Wahl die liberalen Wähler wohl konservativ wählen werden, weil sie diesmal über ihre Parteizugehörigkeit nicht genügend aufgeklärt waren. Derselben Ansicht — natürlich im entgegengekehrten Sinne — ist der große Parteiführer der Liberalen am Orte. Sauer werden die Trauben in Mariendorf; im Südbender Ortsteil ging's etwas liberaler zu. Der Einsender bekennt ganz unbedünkt, daß sich die erstklassigen Wähler eigentlich nur gegenseitig ernannt haben, von einer Wahl war keine Rede. Ganz unsere Meinung!

Aber warum denn nun der gegenseitige Groll?

Der tapfere oppositionelle Einsender räumt sich doch in seiner Erwiderung damit, daß die liberalen Parteien im Reichstage bei der Mehrvorlage alles glatt bewilligten, während den Konservativen vor der Dedung graute. Die ganze Stimmung hat anscheinend nur den Zweck, bei der bevorstehenden Vermehrung der Gemeindebedienten

die Mandate unter sich zu verteilen und den im Hintergründe arbeitenden Drahtzieher in den Sattel zu helfen. Der Arbeiterschaft am Orte ist dieses Treiben jedoch längst bekannt und sie wird bei der bevorstehenden Gemeindevahl genau wie bei der Landtagswahl den Konservativen und Liberalen Geldern einen gehörigen Denzettel verabfolgen, damit Mariendorf in kommunal- und sozialpolitischer Hinsicht vorwärtskommt.

Lichtenrade.

Die Gemeindevorwähler-Ergebnisse findet am Donnerstag, den 24. Juli, statt. Die Wähler an die Genossen das Erfuchen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß jeder erreichbare Gemeindevähler auf seine Pflicht, zu wählen, aufmerksam gemacht und an den Wahllokalen gebracht wird. — Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse Albert Nassow (Angelesener.) Die Wahlzeit ist von 5—9 Uhr nachmittags im Wirtshaus Lichtenrade am Bahnhof.

Orig-Budow.

Aus dem Wahlverein. Dem in der Generalversammlung des Wahlvereins erstatteten Vorstandsbericht für das 1. Quartal, ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand trotz der Aufnahme von zwei Frauen von 588 auf 587 gesunken ist. Die Zahl der „Vorwärts“-Leiter ist gefallen von 860 auf 823. Die Einnahme betrug 749,86 M., die Ausgabe 745,69 M.; bleibt ein Bestand von 4,26 M. An Stelle des aus dem Vorstand ausgetretenen Genossen Ruprecht wurde Genosse Rich. Schmidt zum Schriftführer gewählt. Der Bildungsausschuss wurde um die Genossen Stiller, Gehrke, Strich und die Genossin Frau Feinisch vergrößert. Zur Verbandsgeneralversammlung am 8. August wurden die Genossen Jartwig, de Kay und Otto Schulze und zur Kreisgeneralversammlung am 24. August außer zwei Mitgliedern des engeren Vorstandes der Genosse Gehrke delegiert. Dem Bericht über die Gemeindevorwähler ist zu entnehmen, daß für das zur Hebung des Ortes angelegte Rosarium 3500 M. in den Etat eingestellt sind. Im vorigen Jahre sind aus dem Verkauf von Rosen 525 M. und für Reiser und Pflanzen 600 M. erzielt worden. Diese Konkurrenz gefällt aber untern Gärtnereibesitzern gar nicht. Das Projekt der Anlegung des Rosariums ist zwar von ihnen ausgegangen, doch die Gemeinde soll nur zahlen. Jetzt stellen sie das Ansuchen, daß der Verkauf von Rosen, Reiser und Pflanzen einzustellen sei. Nach längerem Unterhandeln erklärten sich die Besitzer bereit, den Anfall im Umlageverfahren decken zu wollen. Wähler haben sie noch nichts bezahlt, sie verlangen aber, daß ihnen Rosen, Reiser und Pflanzen in Höhe des Betrages übergeben werden. Andererseits bemüht sich der Leiter des Rosariumsausschusses, um die Preise zu halten, nicht zu viel Rosen auf den Markt zu bringen, sondern lieber zu verzichten.

Betreffs der Umbenennung der letzten Gemeindevahl der dritten Klasse auf einen Freitag wurde festgestellt, daß dies auf Verreiben der Bürgerlichen geschehen ist, obwohl der Bürgermeister zugestimmt hatte, die Wahl wie im vergangenen Jahre auf einen Sonntag anzusetzen. Bei Wespung der späten Aufstellung der Abschrift der Wählerlisten entschloß sich dem bürgerlichen Vertreter Grau in der sich entpinnenden Auseinandersetzung das interessante Beständnis, daß er vom Gemeindevorstand alles was er wünsche, Wählerlisten und dergleichen, vor der öffentlichen Auslegung erhalte. Da dies von untern Vertretern sofort angeknagelt wurde, bestritt derselbe, sich in diesem Sinne geäußert zu haben.

Zum Regierungsjubiläum sind 25 000 M., deren Zinsen zur Säuglingsfürsorge bestimmt sind, bewilligt worden. Unsere Fraktion stimmte für den Antrag. Wenn wir auch den Anlaß nicht gutheißen können, so sei der Zweck doch ein guter. Die bürgerliche Mehrheit ist sonst nicht für soziale Aufgaben zu haben, wenn sie sich nicht zugleich ein nationales Mäntelchen umhängen kann.

Als seinerzeit die Genehmigung für die Straßenbahnverlängerung bis Budow erteilt wurde, geschah dies mit der ausdrücklichen Versicherung, daß der Reihpennigtarif für Origer Gebiet nicht durchbrochen werden dürfe. Jetzt erhebt die Große Berliner trotz dem den erhöhten Tarif von Haltestelle Origer Mühle ab. Zur Rede gestellt, erklärt der Bürgermeister, das habe sich doch nur auf den bebauten Teil von Orig bezogen. Haben Worte und Abmachungen bei solchen Interpretationen einen Sinn?

Nowawes.

Der New Yorker Arbeitergesangverein „Liedertafel“, der mit etwa 100 Sängern auf einer Tournee durch die größten Städte Deutschlands begriffen ist, trifft am kommenden Montag, 28. Juli, nachmittags gegen 2 Uhr, in Potsdam ein, um nach gemeinsamer Mittagstafel im Parkhotel „Friedrichsgarten“ die Stadt und die Anlagen von Sanssouci zu besichtigen. Sodann fahren die Teilnehmer per Extrawagen der Straßenbahn bis zur Glentender Brücke, um von dort durch Klein-Glienide und den Park Babelsberg abends gegen 7 Uhr Nowawes zu erreichen, wo im Restaurant „Volksgarten“, Priesterstr. 31, ein Gartenkonzert stattfindet, an dem außer der „Liedertafel“ auch die beiden freien Männerchöre Nowawes und Potsdam mitwirken werden. Bei unglünstiger Witterung wird das Konzert, dessen Beginn um 8 Uhr festgesetzt ist, in den Saal verlegt. Angesichts der selten gebotenen Gelegenheit, einen so großen ausländischen Arbeitergesangverein zu hören, steht ein guter Besuch des Konzerts zu erwarten.

Bei der Steuererhebung geht die Gemeinde jetzt in einer Weise vor, die angesichts der allgemeinen Arbeitslosigkeit und der dadurch bedingten Notlage vieler Arbeiterfamilien unbedingte Verurteilung verdient. Zur Illustration sei nur folgender Fall mitgeteilt: Der Bauarbeiter L. erhielt nach etwa achtwöchiger Arbeitslosigkeit endlich in einer hiesigen Fabrik Beschäftigung, nachdem er sich vergeblich um passende Beschäftigung im Wäuberzweck bemüht hatte. Am ersten Lohnzahlungstage, an dem er einen Vorschuß von 15 M. erhalten sollte, wurde ihm von der Fabrikleitung mitgeteilt, daß sie von der Gemeinde den Auftrag erhalten habe, ihm vom Lohn 21,35 M. an rückständigen Steuern für das erste Quartal abzugiehen. L., der wenige Tage zuvor wegen seiner Steuerreformaktion auf dem Steuerbureau gewesen war und bei dieser Gelegenheit auch Angaben über seine längere Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Notlage seiner sechsköpfigen Familie gemacht hatte, war im ersten Augenblick über das rückwärtslose Vorgehen der Steuerbehörde dermaßen erregt, daß er am liebsten sofort die Arbeit hätte niederlegen mögen, da er mit Recht befürchtete, die Firma würde ihn, um unnötigen Scheerereien mit der Behörde aus dem Wege zu gehen, doch bald wieder aufs Pfahler setzen. Auf Jureden der Fabrikleitung begab er sich schließlich aufs Steuerbureau, um eben die Zurücknahme der Zwangsbeitreibung oder eine mögliche Ratengahlung zu erwirken. Das gelang ihm jedoch nicht; der Steuerbeamte ermächtigte vielmehr nur die ursprünglich verlangte Summe auf 7,93 M., welcher Betrag etwa der Steuer nach dem im letzten Jahre erzielten Arbeitsverdienst entspricht. Diese Summe wurde ihm denn auch von dem Vorschuß von 15 M. in Abzug gebracht.

Jugendveranstaltungen.

Pankow. Am Sonntag, den 27. Juli, findet im Niederhöfenhauken bei Rethly, Wankenburgstr. 4, eine öffentliche Jugendversammlung statt. — Referent: Herr Pies-Stegly über: Die Ziele der freien Jugendbewegung. — Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr Pankow Kirche.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Vierter Wahlkreis, 25. Abteilung, Montag, 28. Juli veranstalten die Genossinnen im Café Bellevue in Krummholzberg ein Kaffeeloch. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr bei Köhn, Bolener Str. 10.

Briefkasten der Redaktion.

A. J. Bauernoffenschaft „Paradies“, Kolbitzer Ufer 44. — C. G. S. Vereinigung für Wohlfühligkeitsbewegungen, Geschäftsstelle Charlottenburg, Berliner Str. 137. — G. R. 31. Erklären Sie am besten in einem Vorgesicht. — R. P. 63. Automobilgesellschaft. — G. P. 4. 1. Teil 2. Teil. — S. J. 10. Man laßt Tabak- oder Ballnahlblätter ab und Inveratenteil veranzt.: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

begleitet nach Maßgabe der bekannten Pfandgenosse hier damit. — G. T. 100. Beides. — G. O. 88. Fragen Sie beim Transporth- Arbeiter-Verband, Section Seeleute, an. — S. T. 1876. Wenden Sie sich an die Lehrkräfte- Vermittlungszentrale, Am Rühlischen Bar 3. — W. T. 31. Per Deltograph, den Sie in jedem Schreibwarengeschäft für billigen Preis erhalten. — S. T. 45. Sie sind für die Zeit bis zum 1. August zahlungspflichtig.

Marktpreise von Berlin am 22. Juli 1913. nach Ermittlungen des Königl. Vorkreisamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,46 bis 20,50, mittel 20,38—20,42, geringe 20,30—20,34. Roggen, gute Sorte 00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,10—17,60, mittel 16,80—17,00, geringe 16,10—16,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,00, mittel 16,60—17,50. Mais (mixt), gute Sorte 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,30. Weizenstroh 0,00, Heu, alt 0,00, neu 5,90—7,40.

Paris 11 allen pretie. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Weizenbrot, weiße 35,00—50,00. Umlen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbll.) 8,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Nudeln 1,80—2,60. Kafe 1,60—3,20. Jander 1,40—3,60. Getrie 1,80—2,80. Barfche 1,00—2,40. Schtete 1,50—3,50. Steie 0,80—1,60. 60 Stück Kebab 1,00—45,00.

Witterungsübericht vom 23. Juli 1913.

Stationen	Vorwetter	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Vorwetter	Windrichtung	Windstärke	Temperatur		
Ewinemde	759	SE	2	Regen	15	Kabaranda	760	SE	2	halb hb.	23
Hamburg	757	SE	3	Regen	13	Petersburg	761	SE	1	wolkenl.	20
Berlin	758	S	1	halb hb.	13	Schwetzn	767	NO	2	wolkenl.	14
Frankfurt a. M.	758	SE	3	Regen	12	Aberdeen	768	SE	3	wolkenl.	12
Königsberg	759	SE	3	Regen	11	Paris	762	SE	3	bedeckt	12
Wien	758	NO	1	Regen	12						

Wetterprognose für Donnerstag, den 24. Juli 1913.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		am		
	22. 7.	21. 7.	22. 7.	21. 7.	
Remel, Mühl	213	-4	Saale, Großk.	86	+2
Bregel, Zisterburg	-21	+4	Saale, Spandau	10	0
Wegeln, Thon	422	-21	Rademom	-14	+3
Dber, Raibor	342	+6	Spree, Spremberg	68	0
Kroffen	256	+2	Seeberg	81	-1
Frankfurt	228	+8	Weser, Rindben	173	+10
Barthe, Schrimm	176	-2	Weser, Rindben	236	0
Landberg	48	+7	Rhein, Wagnitzkanal	574	+28
Rehe, Nordam	-25	+16	Raub	290	+7
Eibe, Zeimert	-18	0	Rin	280	+9
Dröben	-138	-4	Reze, Heilbronn	109	-13
Sarje	101	-3	Rain, Jann	139	-2
Ragdeburg	92	-5	Reise, Jann	55	+1

) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Dankagung.

Für die rege Beteiligung bei der erfolgten Verlobung meiner ungeliebten Frau Marie Przybil am 22. d. M. sage ich hiermit allen Freunden, Bekannten sowie dem Verein der freien Gewerbetreibenden Charlottenburgs meinen herzlichsten Dank.
Charlottenburg, den 23. Juli 1913.
Heinrich Przybil,
16126 Fürstenbrunn, Westend.

Sterbekasse

chem. Pfingstlicher Arbeiter (Hevelsche Kasse).

Sonntag, den 27. Juli 1913, nachmittags 9 1/2 Uhr pünktlich General-Versammlung im Vereinshaus Berliner Musiker, Kaiser-Wilhelm-Str. 15m, unterer Saal. 14925*

Lagerordnung:
1. Kasernenbericht (Januar bis Juni 1913). 2. Bericht der Redatoren. 3. Bericht über das Ergebnis des zur Erhöhung von Kassenleistungen angefertigten mathematischen Gutachtens. 4. Festlegung der Publikationsorgane für das Jahr 1913/14. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.
H. G. Weaner.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S, Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tälibettdecken etc. in allen Stilarten.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken,
1 Posten reich-gostickter
Erbstüll-Bettdecken mit Volant
à 335 485 (bisher 6 bis 8 M.).
Erbstüll-Stores mit Volant
à 335 475 (bisher 6 bis 8 M.).
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.
Spezialarzt
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Gynäkologikum.
Spt. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenstamm.

Unbekannte Erben.
Die Erben der **Johanna Elisabeth Seifert, geb. Woltschach,** geb. am 20. Oktober 1845 in Buchwald, Kreis Freytag, fordern ich auf, ihre Erbansprüche bei mir geltend zu machen. In Betracht kommen die Geschwister der Erblasserin bzw. die Kinder der Geschwister.
Schlüter, Rechtsanwalt.

Essig stets frisch und rein!
Guten Essig von unbedenklichem Reinheitsgrad bereitet man sich im Haushalte sehr billig und doch einfach selbst mit **Reichel's Essig-Essenz** vorteilhafteste Marke
Grüßt mit kochendem Wasser verdünnt, sofort seinen süßen und mit abgekochtem Wasser (essigfreien) hiesigen **Einmach-Essig.**
Die erhabene * Tauernd hier bleiben. * Drei von Essig-Ballen. In jedem Essig eingemachte Früchte halten sich erheblich länger als gewöhnlich. Man vermeide ohne Konservenverpackungsmittel. 1.10 M., 1/2 60 Pf., mit 1/2 für 12 h. 6 Pf. * Dreifach. In den Drogenen erhältlich; man vermeide aber nur Originalfabrikate, die mit Marke * Licherth * versehen sind. Wo nicht vorrätig, werden man sich an Otto Licherth, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Fernruf: Westort 474-63.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.